

# MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

FEBRUAR 1967

---

## INHALT

Neue kreditpolitische Maßnahmen . . . . .	3
Sozialprodukt und Einkommen im zweiten Halbjahr 1966 . . . . .	6
Die wichtigsten Ergebnisse der Zahlungsbilanz für das Jahr 1966 . . . . .	17
Statistischer Teil . . . . .	31
Bankstatistische Gesamtrechnungen . . . . .	32
Deutsche Bundesbank . . . . .	37
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen . . . . .	37
Ausweis . . . . .	40
Kreditinstitute . . . . .	42
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen . . . . .	42
Zwischenbilanzen . . . . .	58
Mindestreservesätze und Zinssätze . . . . .	71
Kapitalmarkt . . . . .	76
Öffentliche Finanzen . . . . .	88
Außenwirtschaft . . . . .	94
Allgemeine Konjunkturlage . . . . .	104
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse . . . . .	108
Zinssätze im Ausland . . . . .	110
Saisonbereinigte Reihen . . . . .	111

---

*Die Angaben dieses Berichtes beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West). Das Saarland ist ab Januar 1960 in den Angaben für das Bundesgebiet mitenthalten.*

Abgeschlossen am 3. März 1967

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

## Neue kreditpolitische Maßnahmen

Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat in seiner Sitzung am 16. Februar 1967 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Diskontsatz und der Satz für Kassenkredite werden mit Wirkung vom 17. Februar 1967 von  $4\frac{1}{2}\%$  auf  $4\%$  herabgesetzt. Der Lombardsatz wird vom gleichen Zeitpunkt an von  $5\frac{1}{2}\%$  auf  $5\%$  gesenkt.
2. Die Mindestreservesätze für reservspflichtige Verbindlichkeiten werden mit Wirkung vom 1. März 1967 linear um 10 vH gesenkt.
3. Die Abgabesätze für Geldmarktpapiere werden mit Wirkung vom 17. Februar 1967 linear um  $\frac{3}{8}\%$  herabgesetzt (nachdem sie bereits mit Wirkung vom 17. Januar und vom 20. Januar dieses Jahres um zusammen  $\frac{3}{8}\%$  gesenkt worden waren).

Mit der Senkung des Diskontsatzes ermäßigten sich gemäß den Bestimmungen der Zinsverordnung die zulässigen Höchstsätze für die Kreditkosten der kürzerfristigen Bankkredite um  $\frac{1}{2}\%$  p. a. Die Banken dürfen nun nicht mehr als  $8\frac{1}{2}\%$  p. a. für Kontokorrentkredite, nicht mehr als  $7\frac{1}{2}\%$  p. a. für Akzeptkredite und nicht mehr als  $7\%$  p. a. für den Diskont von bundesbankfähigen Wechseln verlangen. Es ist anzunehmen, daß auch solche Bankkredite billiger werden, für die schon bisher niedrigere Sätze als die Höchstsätze vereinbart waren. Jedenfalls ist die Bankenliquidität in den letzten Monaten beträchtlich gewachsen und durch die jüngste Mindestreservesenkung weiter angereichert worden, so daß sich das Angebot von Krediten weiter vergrößern wird. Entsprechend der allgemeinen Zinssenkungstendenz dürften sich auch die Sätze für nicht der Zinsbindung unterliegende Bankeinlagen eher leicht ermäßigen. Ebenso ist bei den der Zinsbindung unterliegenden Einlagen mit einer Zinssenkung, zumindest bei wichtigen Einlagekategorien, zu rechnen — sei es, daß die zur Zeit geltenden Maximalsätze gesenkt werden, sei es, daß die Zinsbindung, wie es der Bundesminister für Wirtschaft erwägt, ganz aufgehoben wird. Die Aufhebung der Zinsbindung dürfte im einzelnen freilich unterschiedliche Wirkungen aufweisen, da sich bei völliger Liberalisierung sicherlich merkliche Verschiebungen im „Zinsgefüge“ ergeben würden.

Mit den jüngsten kreditpolitischen Maßnahmen setzte die Bundesbank die Auflockerung der Restriktion fort, die bereits seit Mitte 1966 im Gange ist. Während sich die Bank zunächst darauf beschränkt hatte, dem marktbedingten Liquiditätszufluß zu den Banken nicht entgegenzuwirken, sondern ihn als mit der abgeschwächten wirtschaftlichen Lage im Einklang stehend zu tolerieren, hat sie seit Dezember Maßnahmen zur Anreicherung der Bankenliquidität und zur Senkung des Zinsniveaus ergriffen. Den Beschlüssen vom 16. Februar 1967 waren die Senkung der Mindestreservesätze für Auslandsverbindlichkeiten im Februar und die Diskontsenkung im Januar vorangegangen. Außerdem war schon im Dezember eine Senkung der Mindestreservesätze für Inlandsverbindlichkeiten (ohne Spareinlagen) um 10 vH erfolgt, die allerdings vom Januar ab in ihrer Wirkung auf das gesamte Reserve-Soll dadurch weitgehend aufgewogen wurde, daß die Kompensationsmöglichkeit für Auslandsverbindlichkeiten (durch Halten bestimmter Auslandsaktiva) bei der Berechnung des Mindestreserve-Solls abgeschafft wurde. Gleichwohl hätte eine Erleichterung am inländischen Geldmarkt erwartet werden können, wenn nicht das hohe Zinsgefälle gegenüber den internationalen Geldmärkten der nach Aufhebung der Kompensationsregelung erhofften teilweisen Repatriierung von kurzfristigen Auslandsanlagen der Banken entgegen gewirkt hätte.

Für die letzten Beschlüsse der Bundesbank war, ebenso wie für die vorangegangenen Schritte, die Änderung der konjunkturellen Lage entscheidend. Wie im Bericht der Deutschen Bundesbank vom Januar dieses Jahres bereits ausführlich dargestellt wurde und wie durch die folgenden Aufsätze über Sozialprodukt und Einkommen und über die Zahlungsbilanz im Jahre 1966 erneut belegt wird, hat die Wirtschaft der Bundesrepublik im Verlauf des Jahres das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wieder erreicht, und die Tendenzen zur Geldwertverschlechterung sind gegen Ende des Jahres weitgehend zum Stillstand gekommen. Hinzu kam, daß der Bundeshaushalt durch energische Abstriche der Bundesregierung bei konsumtiven Ausgaben einem besseren Ausgleich nahegebracht wurde und daß dem Anstieg der inländischen Lohn- und Gehaltskosten

durch die Verminderung der Nachfrage nach Arbeitskräften engere Grenzen gezogen wurden. Die auf eine Beendigung der inflatorischen Tendenzen abgestellte Stabilitätspolitik hat damit ihr Ziel in hohem Maße erreicht.

Der Übergang zu einem inflationsfreieren Wirtschaftsklima vollzieht sich freilich nicht reibungslos. Unter dem Einfluß schrumpfender Gewinnmargen ist vor allem die Investitionsneigung der Unternehmen gesunken. Damit ist das vorher besonders dynamische Konjunktürelement so stark abgeschwächt worden, daß jetzt eine Belebung erforderlich ist. Die Festigung der außenwirtschaftlichen Position der Bundesrepublik und die daraus resultierenden Überschüsse in der Zahlungsbilanz schaffen zwar ein wichtiges Gegengewicht gegen die Abschwächung der Investitionstätigkeit; ohne baldige zusätzliche Impulse aus dem Inland könnte aber die Übergangsphase bis zur Wiedererholung der Konjunktur verhältnismäßig lange dauern. Überdies könnte es für unsere Handelspartner zu größeren Schwierigkeiten führen, wenn die Bundesrepublik sich darauf beschränkte, den neuen Konjunkturaufschwung hauptsächlich auf die Aktivierung des Außenhandels zu stützen, die sich in anderen Ländern in stärkeren Passivierungstendenzen niederschlagen müßte. Die Bundesbank hielt es daher für angezeigt, die inländische Investitionstätigkeit von der monetären Seite her zu erleichtern. Sie glaubte es auch unter geldwertpolitischen Gesichtspunkten verantworten zu können, die Maßnahmen, die die Bundesregierung durch Zulassung von Sonderabschreibungen und Schaffung eines zusätzlichen Investitionshaushalts bereits ergriffen hat, zu unterstützen und zu ergänzen.

Die Bundesbank ließ sich dabei von der Überlegung leiten, daß die jüngsten Maßnahmen nicht nur das Potential der Banken zur Kreditgewährung erhöhen, sondern daß durch Senkung der Kreditkosten auch die Kreditnachfrage im Inland angeregt wird. Die neuesten Daten über die Kreditentwicklung lassen erkennen, daß bereits im Januar die öffentlichen Stellen in erheblich stärkerem Maße als vorher Kredite aufnahmen, und zwar nicht nur der Bund, sondern auch die übrigen öffentlichen Körperschaften. Bis zu einem gewissen Grad wird damit die Verringerung der Kreditaufnahme kompensiert, die bei der privaten Wirtschaft seit einiger Zeit zu beobachten ist. Die öffentlichen Stellen reagierten also insofern „antizyklisch“, als sie die konjunktur-

bedingten Einnahmeausfälle durch größere Schuldaufnahme ersetzten. Die inländische Investitionstätigkeit wird unmittelbar durch das Sofortprogramm des Investitionshaushalts des Bundes gestützt, das bereits zu zusätzlichen Aufträgen geführt hat oder alsbald führen wird. Auch dürfte die Erleichterung der Kreditbedingungen die Investitionsplanungen der Unternehmer positiv beeinflussen. Für die weitere Investitionstätigkeit der Unternehmer wird freilich viel davon abhängen, ob sich bald bessere Gewinnerwartungen durchsetzen. Bis zum zweiten Halbjahr 1966 sind die Gewinnraten noch gesunken. Nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen waren — wie dem folgenden Aufsatz zu entnehmen ist — die Gewinne der privaten Unternehmen in Relation zu den Umsätzen und zu den gesamten Einkommen im zweiten Halbjahr 1966 niedriger als seit langem. Die Gewinnerwartungen können nur dann wieder optimistischer werden, wenn nicht nur wachsende Umsätze, sondern auch sinkende Kosten zu erwarten sind. Die Zinskosten sind bereits rückläufig, und außerdem wird sich die Steuerbelastung der Unternehmen infolge der zugelassenen Sonderabschreibungen vorübergehend verringern. Nicht minder wichtig für die Gewinnerwartungen aber ist die weitere Entwicklung der Löhne und Gehälter. Die Bundesbank ging bei ihren jüngsten Beschlüssen davon aus, daß die Tarifpartner bei ihren künftigen Lohnvereinbarungen im Sinne der von der Bundesregierung eingeleiteten „konzertierten Aktion“ den konjunkturpolitischen Erfordernissen ausreichend Rechnung tragen werden. Die Bewährungsprobe hierfür kommt freilich erst, wenn sich die Konjunktur unter dem Einfluß der jetzigen Kreditlockerungen und der Ankurbelungsmaßnahmen der Bundesregierung wieder stärker beleben wird. Es wird dann, wenn der Markt wieder leichter eine Übersteigerung der Einkommensansprüche zuließe, entscheidend darauf ankommen, ob durch die „konzertierte Aktion“ die Ansprüche an das Sozialprodukt sachgerecht begrenzt werden können.

Die kreditpolitischen Erleichterungen, die die Bundesbank im Februar beschloß, sind zugleich in engem Zusammenhang mit den jüngsten Tendenzen auf dem Kapitalmarkt zu sehen. Die bisherigen Liquiditätszuflüsse haben — wie in früheren Perioden nachhaltiger Liquiditätsanreicherung — dazu geführt, daß die Ban-

ken in größerem Umfang wieder Wertpapiere kaufen. Sie stärkten damit nicht nur die Zinssenkungstendenz am Kapitalmarkt, sondern erlaubten auch eine beträchtliche Ausweitung des Absatzes von festverzinslichen Wertpapieren, wenn auch in erster Linie bisher nur relativ kurzlaufende Papiere erworben wurden. Die Tendenz zur Festigung des Wertpapiermarktes wäre aber einer starken Belastungsprobe ausgesetzt worden, wenn die Bankenliquidität im März, der Saisontendenz entsprechend, vorübergehend fühlbar eingeengt worden wäre. Die Freigabe von Mindestreserven ab 1. März in der Größenordnung von rd. 1,7 Mrd DM wirkt einem sonst möglichen Rückschlag auf dem Wertpapiermarkt entgegen, und sie wird auf etwas längere Sicht auch die Tendenz zur Zinssenkung verstärken. Die Bundesbank mußte bei der Bemessung der Reservenfreigabe freilich in Rechnung stellen, daß die Zinssenkung auf dem inländischen Geldmarkt der Tendenz auf den internationalen Geldmärkten gegenwärtig etwas voraneilt, so

daß bisher — trotz Zinssenkung auch in anderen Ländern — die Geldmarktsätze im Ausland, insbesondere am Eurodollarmarkt, höher sind als im Inland. Die Banken neigen daher weiterhin zu „Geldexporten“ und tragen damit tendenziell dazu bei, daß sich die Zinssätze auf dem inländischen Geldmarkt nicht in dem Umfang ermäßigen, wie es auf Grund des Zuflusses an freier Liquidität an sich zu erwarten wäre. Den Geldexporten der Banken erwächst zwar allmählich eine — freilich nicht starre — Grenze, und zwar sowohl aus Gründen ihrer Geschäftspolitik als auch dadurch, daß kreditpolitische Maßnahmen in anderen Ländern und die Intensivierung des internationalen Kreditverkehrs, nicht zuletzt auch mit der Bundesrepublik, das Zinsniveau auf ausländischen Geldmärkten weiter senken dürften. Fürs erste mußte aber in Rechnung gestellt werden, daß Liquiditätsfreigaben in der Bundesrepublik dem inländischen Markt nicht in vollem Umfang zugute kommen.

## Sozialprodukt und Einkommen im zweiten Halbjahr 1966

Der folgende Bericht über Sozialprodukt und Einkommen beschränkt sich im Gegensatz zur Gepflogenheit in früheren Jahren auf die zweite Hälfte des vergangenen Jahres, in der die konjunkturelle Entwicklung zum Teil wesentlich gedämpfter verlief als in der ersten Jahreshälfte, über die bereits im letzten September-Heft berichtet wurde. Die Zahlenangaben für das gesamte Jahr 1966, die aus den Tabellen ersichtlich sind, lassen diese Tendenzänderung im Verlauf der Periode nur ungenügend erkennen. Die Jahreszahlen stammen hinsichtlich der Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts sowie der Verteilung des Volkseinkommens wie immer vom Statistischen Bundesamt; die Halbjahreszahlen und die Angaben für die einzelnen Wirtschaftssektoren sind eigene, für 1966 durchweg vorläufige Berechnungen der Deutschen Bundesbank.

### Gesamtentwicklung

Die Hauptursache für die Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums in der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Halbjahr 1966, nämlich die verminderte Expansion der Inlandsnachfrage, geht aus den ersten vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen deutlich hervor. Die gesamten *inländischen Käufe von Verbrauchs- und Investitionsgütern* (einschließlich Lagerinvestitionen) waren im zweiten Halbjahr 1966 mit 245 Mrd DM nur noch um 2 1/2 vH höher als in der gleichen Vorjahrszeit, während sie in der ersten Jahreshälfte um rd. 7 vH und im Jahr 1965 noch um rd. 10 vH zugenommen hatten. Die Aufwendungen für *Anlageinvestitionen* blieben im zweiten Halbjahr 1966 hinter denen der gleichen Vorjahrszeit zurück, nachdem sie in den ersten sechs Monaten des Jahres 1966 noch um fast 8 vH über das entsprechende Vorjahrsniveau hinausgegangen waren. Besonders ausgeprägt war der Umschwung bei den *Ausrüstungsinvestitionen*, für die in der zweiten Jahreshälfte fast 4 vH weniger aufgewandt worden ist als im Vorjahr, während diese Ausgaben im ersten Halbjahr noch um 5 1/2 vH und 1965 um rd. 13 vH gewachsen waren. Der Rückgang der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern tritt noch deutlicher in dem Nachlassen des Auftragseingangs aus dem Inland bei den inländischen Investitionsgüterproduzenten zu Tage, der im zweiten Halbjahr 1966 um rd. 13 vH niedriger gewesen ist als im Vorjahr. Für *Bauleistungen* dagegen ist im zweiten Halbjahr 1966 noch etwas mehr aufgewendet worden als in der gleichen Vorjahrszeit, jedoch war auch hier die Zunahme wesentlich geringer als in der ersten Jahreshälfte (+ 10 vH) und hätte wohl ebenfalls einem Rückgang Platz gemacht, wenn nicht günstige Witterungsbedingungen die Bausaison im letzten Jahr verlängert hätten. Tatsächlich hat sich die Auftragsvergabe im öffentlichen Tiefbau und der veranschlagte Bauaufwand für genehmigte Hochbauten im zweiten Halbjahr 1966 gegenüber dem Vor-

jahr um 13 bzw. 7 vH vermindert. Schließlich führten die verschlechterten Konjunkturerwartungen bei den Unternehmen auch zu wesentlich größerer Vorsicht in den *Lagerdispositionen*. Nach den vorliegenden — allerdings sehr lückenhaften — Informationen über die Vorratshaltung der Wirtschaft sind die Lager im zweiten Halbjahr 1966, bei im einzelnen oft gegenläufigen Tendenzen, insgesamt abgebaut worden, während sie in der gleichen Vorjahrszeit noch gewachsen waren. Rechnet man Anlage- und Vorratsinvestitionen zusammen, so wurden hierfür im zweiten Halbjahr 1966 um fast 5 vH weniger als im Vorjahr aufgewandt, während die Brutto-Investitionen in den ersten sechs Monaten von 1966 das entsprechende Vorjahrsvolumen noch leicht übertroffen hatten. Da das Bruttosozialprodukt in der Berichtszeit weiter — um 5 1/2 vH — gestiegen ist, ermäßigte sich die gesamtwirtschaftliche *Investitionsquote*, d. h. der Anteil der Brutto-Investitionen am Bruttosozialprodukt, in der zweiten Hälfte von 1966 auf rd. 25 vH und war damit wesentlich niedriger als in dem entsprechenden Zeitabschnitt der beiden Vorjahre (jeweils reichlich 27 vH).

Ein gewisses Gegengewicht gegen die Verminderung der Investitionsausgaben bildete der weitere Anstieg der Ausgaben für den öffentlichen und den privaten Verbrauch, obwohl auch hier die Zuwachsraten kleiner geworden sind. Das gilt vor allem für den *Staatsverbrauch*, der im zweiten Halbjahr 1966 nur um 6 vH zugenommen hat gegen 10 vH in der ersten Jahreshälfte und 13 vH 1965. Allerdings haben dabei lediglich die Aufwendungen für Verteidigungszwecke abgenommen, und zwar auch diese nur deshalb, weil im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Einfuhren von Verteidigungsgütern in Rechnung gestellt werden, nicht dagegen die gerade im zweiten Halbjahr 1966 recht hohen Vorauszahlungen für Lieferungen dieser Art. Die Verwaltungskosten im zivilen Bereich haben dagegen unvermindert kräf-

Tab. 1: Verwendung des Sozialprodukts<sup>1)</sup>  
in jeweiligen Preisen

Verwendungsart	1963	1964	1965 P)			1966 P)			1964	1965 P)	1966 P)		
			ins-gesamt	1. Hj.	2. Hj.	ins-gesamt	1. Hj.	2. Hj.			ins-gesamt	1. Hj.	2. Hj.
	Mrd DM						Veränderung gegen Vorjahr in vH						
1. Privater Verbrauch	215,9	232,9	255,1	118,8	136,3	272,8	129,5	143,3	+ 7,9	+ 9,5	+ 7,0	+ 9,0	+ 5,2
2. Staatsverbrauch	59,2	61,7	69,6	31,9	37,7	75,1	35,1	40,0	+ 4,3	+12,7	+ 7,9	+10,1	+ 6,1
3. Brutto-Anlageinvestitionen	95,3	109,2	119,1	54,9	64,2	122,7	59,2	63,5	+14,5	+ 9,1	+ 3,0	+ 7,8	- 1,1
davon:													
Ausrüstungen	(46,0)	(51,6)	(58,4)	(28,2)	(30,3)	(58,8)	(29,7)	(29,1)	+12,2	+13,2	+ 0,7	+ 5,5	- 3,8
Bauten	(49,4)	(57,6)	(60,7)	(26,8)	(34,0)	(63,9)	(29,5)	(34,4)	+16,6	+ 5,5	+ 5,2	+10,3	+ 1,3
4. Vorratsinvestitionen	2,1	4,7	6,6	6,1	0,5	1,2	3,0	- 1,8	.	.	.	.	.
5. Im Inland verwendete Waren und Dienstleistungen (1 bis 4)	372,6	408,5	450,4	211,7	238,7	471,8	226,8	245,0	+ 9,6	+10,3	+ 4,8	+ 7,1	+ 2,6
6. Saldo im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland <sup>2)</sup>	+ 5,0	+ 5,3	- 0,8	+ 0,1	- 0,9	+ 6,6	+ 1,3	+ 5,3	.	.	.	.	.
Ausfuhr	( 75,0)	( 83,5)	( 91,1)	( 43,9)	( 47,3)	(102,6)	( 48,7)	( 53,9)	+11,4	+ 9,1	+12,6	+11,1	+14,0
Einfuhr (-)	(-70,0)	(-78,2)	(-91,9)	(-43,7)	(-48,2)	(-96,0)	(-47,4)	(-48,6)	+11,8	+17,5	+ 4,5	+ 8,4	+ 0,9
7. Bruttosozialprodukt (5 + 6)	377,6	413,8	449,6	211,8	237,8	478,4	228,1	250,3	+ 9,6	+ 8,7	+ 6,4	+ 7,7	+ 5,3

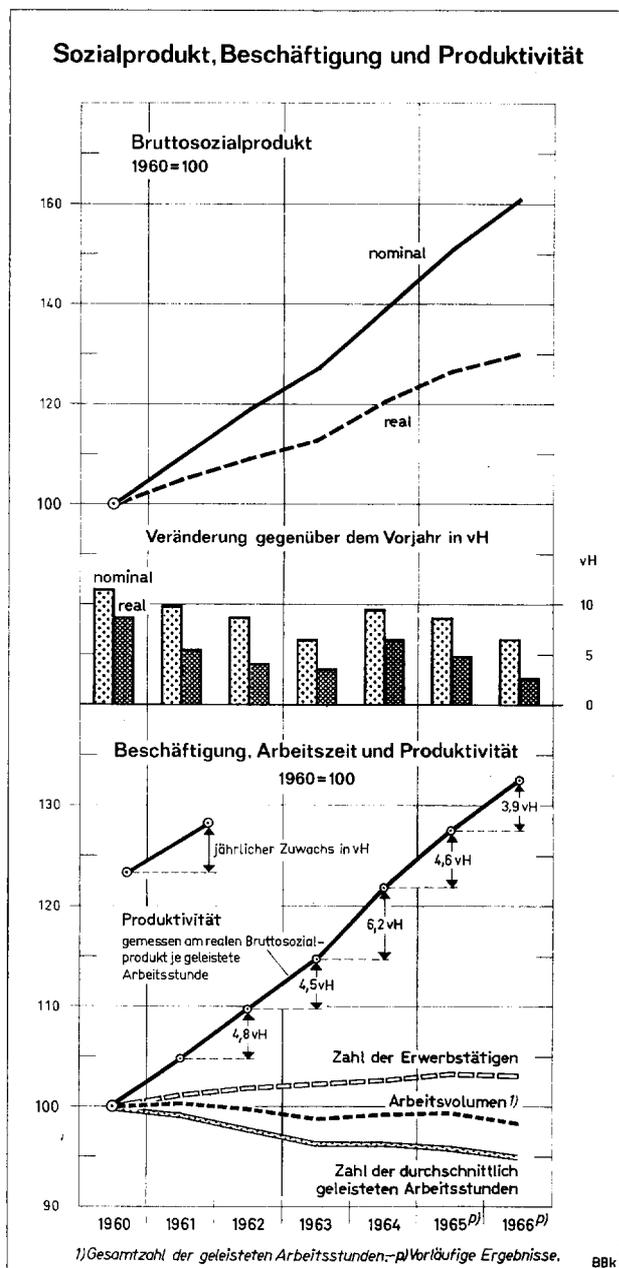
<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der SBZ. — P) Vorläufige Ergebnisse.

tig zugenommen. Auch im zweiten Halbjahr 1966 sind daher die staatlichen Verbrauchsausgaben noch etwas stärker gestiegen als das Bruttosozialprodukt, wengleich die Diskrepanz nicht mehr so groß war wie bis dahin. Die *privaten Verbrauchsausgaben* waren in der Berichtszeit um rd. 5 vH höher als im Vorjahr (gegen 9 vH in den vorangegangenen sechs Monaten). Sie haben sich damit in ihrer Entwicklung dem Einkommenstrend nunmehr weitgehend angepaßt, während sie in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zu 1965 fast unvermindert weiter gestiegen waren, obgleich sich die Zunahme des verfügbaren Einkommens schon damals erheblich verlangsamt hatte.

In engem Zusammenhang mit der Abschwächung der Inlandsnachfrage stand die starke Erhöhung der *Überschüsse im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland*. Wie in dem folgenden Aufsatz über die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik näher dargelegt wird, hatte die Verminderung der Expansion der inländischen Güternachfrage vor allem zur Folge, daß die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen im zweiten Halbjahr 1966 kaum noch zunahm. Dagegen hat die Ausfuhr weiter expandiert. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (die von der der Zahlungsbilanzstatistik vor allem durch die Einbeziehung des Interzonenhandels und einige andere statistische Zuordnungen abweicht) ergab sich im zweiten Halbjahr 1966 ein Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr von nicht weniger als 5,3 Mrd DM gegen 1,3 Mrd DM in der ersten Jahreshälfte. Im ganzen Jahr 1965 war demgegenüber ein Einfuhrüberschuß von 0,8 Mrd DM zu verzeichnen gewesen. Die Verbesserung des Saldos in den außenwirtschaftlichen

Transaktionen vom zweiten Halbjahr 1965 zum zweiten Halbjahr 1966 (gut 6 Mrd DM) entsprach etwa der Hälfte der gleichzeitigen Zunahme des Bruttosozialprodukts (12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mrd DM). Die von der Außenwirtschaft ausgehenden Impulse waren also beträchtlich, sie wogen aber das Nachlassen der Inlandsnachfrage nur teilweise auf. In *jeweiligen Preisen* gerechnet, ist deshalb das *Bruttosozialprodukt* im zweiten Halbjahr 1966 mit 250 Mrd DM, wie schon erwähnt, nur um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> vH höher gewesen als vor einem Jahr, während es im ersten Halbjahr noch um fast 8 vH und im Jahr 1965 sogar um knapp 9 vH gewachsen war.

Das *reale* Wachstum des Bruttosozialprodukts hat sich aber nicht ganz so stark wie das nominelle verlangsamt; es betrug in der zweiten Jahreshälfte 1966 gegenüber der gleichen Vorjahrsperiode rd. 2 vH gegen reichlich 3 vH in der ersten Jahreshälfte und allerdings 5 vH im Jahr 1965. Wie in unseren Berichten zur Wirtschaftslage ausführlicher dargestellt wurde, ging mit der verminderten Produktionssteigerung eine merkliche Entspannung am Arbeitsmarkt einher. Die Zahl der *Erwerbstätigen* verminderte sich in der Berichtszeit gegenüber dem gleichen Vorjahrsabschnitt um 0,7 vH, während sie im ersten Halbjahr 1966 noch gewachsen war. Auch die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden ist gesunken, und zwar sowohl wegen weiterer tariflicher Arbeitszeitverkürzungen als auch wegen des Abbaus von Überstunden und der teilweisen Einführung von Kurzarbeit. Alles in allem ergab sich daraus eine Verminderung des *Arbeitsvolumens*, d. h. der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden, gegenüber dem zweiten Halbjahr 1965 um rd. 2 vH. Die Anpassung der Beschäftigung an die veränderte



Konjunkturlage führte dazu, daß die *Arbeitsproduktivität* trotz der nachlassenden Produktionssteigerung ungeschwächt weiter zunahm. Gemessen am realen Sozialprodukt je geleistete Arbeitsstunde betrug der Produktivitätsfortschritt im zweiten Halbjahr von 1966 gut 4 vH; er war damit sogar eher geringfügig größer als in der ersten Jahreshälfte. Die Unternehmen hatten also in ihren Bemühungen, die Verwendung der Arbeitskräfte zu rationalisieren, zweifellos Erfolge zu verzeichnen, wenngleich hierdurch die Zunahme der Löhne und Gehälter je Arbeitsstunde noch nicht annähernd aufgewogen werden konnte. In der zweiten Hälfte des Jahres 1966 hat sich zwar auch der Lohnanstieg verlangsamt, aber gleichwohl gingen die

Durchschnittsverdienste immer noch um knapp 7 vH und die Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde um 8 vH über das entsprechende Vorjahrsniveau hinaus. Der *Lohn- und Gehaltsaufwand je Produkteinheit* lag daher in der Gesamtwirtschaft in der Berichtsperiode immer noch um knapp 4 vH höher als im Vorjahr, verglichen freilich mit einem Anstieg um jeweils 4 1/2 vH im ersten Halbjahr 1966 und im Jahr 1965.

Die Abkühlung der Konjunktur hat auch den Preisauftrieb im zurückliegenden Halbjahr merklich abgeflacht. Der *Preisindex des Sozialprodukts*, der aus einer Gegenüberstellung des Bruttosozialprodukts zu jeweiligen und zu konstanten Preisen ermittelt wird, übertraf zwar im zweiten Halbjahr das entsprechende Vorjahrsniveau noch immer um rd. 3 vH gegen rd. 4 vH in der ersten Jahreshälfte. Der weitere Anstieg ist jedoch im wesentlichen die Folge davon, daß das Preisniveau bereits um die Jahresmitte erheblich über den vergleichbaren Vorjahrsstand hinausgegangen war. Die Jahreszuwachsrate bringen nicht zum Ausdruck, daß im Verlauf der letzten sechs Monate viele Preise stabil blieben oder sich nur noch wenig erhöhten. So sind die Preise für Investitionsgüter im zweiten Halbjahr nicht mehr weiter gestiegen, sondern gegen Jahresende sogar leicht gesunken. Auch die Güter für den privaten Verbrauch, auf den fast drei Fünftel des gesamten Sozialprodukts entfallen, haben sich — im ganzen gesehen — in dieser Zeit, wenn auch z. T. auf Grund günstiger Saisoneinflüsse, nur noch wenig verteuert.

#### Das Einkommen der einzelnen Sektoren und seine Verwendung

##### *Unternehmen (einschließlich Wohnungswirtschaft)*

Unter dem Einfluß der nachlassenden Wirtschaftsaktivität und des anhaltenden Kostenanstiegs hat sich die Ertragslage der Unternehmen im zweiten Halbjahr 1966 weiter etwas verschlechtert. Das *Brutto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen* ist zwar in der Berichtszeit in gleichem Maße gestiegen wie im ersten Halbjahr, nämlich um gut 2 vH, jedoch lag das vor allem daran, daß die hierin enthaltenen privaten Einkommen aus Geldvermögen infolge der gestiegenen Zinssätze an den Kreditmärkten außerordentlich stark — um rd. ein Viertel ihres Vorjahrsvolumens — zugenommen haben (weiter unten wird hierauf noch näher eingegangen). Im übrigen wird die Gewinnsituation in der privaten Wirtschaft mit diesen Zahlen auch insofern etwas zu günstig dargestellt, als der Unternehmenssektor in der Abgren-

Tab. 2: Zur Entwicklung des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen<sup>1)</sup>

Posten	1963	1964	1965 <sup>P)</sup>			1966 <sup>P)</sup>			1964	1965 <sup>P)</sup>	1966 <sup>P)</sup>		
			insgesamt	1. Hj.	2. Hj.	insgesamt	1. Hj.	2. Hj.			insgesamt	1. Hj.	2. Hj.
	Mrd DM									Veränderung gegen Vorjahr in vH			
1. Brutto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	102,5	112,1	116,8	52,2	64,6	119,3	53,3	66,0	+ 9,4	+ 4,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
2. Einkommen der öffentlichen Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen <sup>2)</sup>	5,0	5,4	5,6	2,5	3,1	5,3	2,4	3,0	+ 6,8	+ 3,5	- 4,0	- 4,1	- 3,9
3. Brutto-Einkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (1 -/. 2)	97,5	106,8	111,2	49,7	61,5	114,0	50,9	63,1	+ 9,5	+ 4,2	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5
4. Direkte Steuern <sup>3)</sup>	29,5	31,1	32,1	15,7	16,4	33,9	17,6	16,3	+ 5,5	+ 3,4	+ 5,4	+11,8	- 0,8
5. Netto-Einkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (3 -/. 4)	68,0	75,7	79,1	34,0	45,1	80,1	33,3	46,8	+11,3	+ 4,5	+ 1,3	- 1,8	+ 3,7
6. Privatentnahmen der Selbständigen und Einkommen der privaten Haushalte aus Vermögen	56,1	60,9	66,8	26,5	40,3	68,8	26,6	42,2	+ 8,6	+ 9,6	+ 3,0	+ 0,6	+ 4,6
7. Nichtentnommene Gewinne (5 -/. 6)	11,9	14,8	12,3	7,5	4,8	11,3	6,7	4,6	+23,8	-16,5	- 8,0	-10,3	- 4,4
8. Empfangene Vermögensübertragungen (netto)	8,5	9,8	11,8	5,1	6,7	12,8	6,1	6,7	+15,2	+20,7	+ 8,5	+18,4	+ 0,9
9. Nichtentnommene Gewinne einschl. Vermögensübertragungen (7 + 8)	20,4	24,5	24,1	12,6	11,5	24,1	12,8	11,3	+20,3	- 1,7	+ 0,1	+ 1,3	- 1,3
10. Netto-Investitionen	44,9	54,5	60,6	31,1	29,5	53,4	29,0	24,3	+21,4	+11,1	-11,9	- 6,5	-17,5
11. Finanzierungsdefizit (9 -/. 10)	-24,5	-30,0	-36,5	-18,5	-18,0	-29,3	-16,3	-13,0	+22,4	+21,5	-19,8	-11,9	-27,8

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden. — <sup>3)</sup> Einschl. eigener Beiträge der Selbständigen zu den Sozialversicherungen. — <sup>P)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

zung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die großen Bundesunternehmen Bahn und Post enthält, deren Ertragslage sich im zweiten Halbjahr 1966 durch Gebührenerhöhungen (Post) günstiger oder etwas weniger schlecht als vordem (Bahn) entwickelt hat. Schaltet man diese beiden Staatsbetriebe aus, so sind die Brutto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit im zweiten Halbjahr eher etwas niedriger als in der gleichen Zeit von 1965 gewesen. Bezogen auf die noch gestiegenen Umsätze und auf den höheren Kapitaleinsatz hat sich die Gewinnrate also weiter vermindert. Dementsprechend ist auch der Anteil des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen, der schon seit längerem rückläufig ist, weiter gesunken. Er lag im zweiten Halbjahr 1966 bei 33 vH, verglichen mit 34 vH und 35 vH im entsprechenden Zeitraum der beiden vorangegangenen Jahre.

Eine gewisse finanzielle Entlastung erfuhren die Unternehmen aber insofern, als die Zahlungen für direkte Steuern in der Berichtszeit etwas geringer waren als ein Jahr zuvor, während sie in der ersten Jahreshälfte außerordentlich stark — um rd. 12 vH — zugenommen hatten. Dabei schlug vor allem zu Buch, daß im zweiten Halbjahr 1966 12 vH weniger Körperschaftsteuern gezahlt wurden als im zweiten Halbjahr 1965. Auch an veranlagter Einkommen-

steuer ist nur wenig mehr als ein Jahr zuvor gezahlt worden. Die Steuerzahlungen der Unternehmen waren im zweiten Halbjahr offensichtlich deshalb verhältnismäßig niedrig, weil nach der Jahresmitte nur noch in geringem Maße Abschlußzahlungen für das gewinnstarke Jahr 1964 zu leisten waren und Abschlußzahlungen für das Jahr 1965, das überdies im allgemeinen schwache Gewinne hatte, bisher kaum fällig gewesen sein dürften. Hinzu kommt, daß verschiedentlich auf Antrag der Steuerpflichtigen die Vorauszahlungen reduziert oder bei Verlusten wegen schlechten Geschäftsgangs überhaupt ausgesetzt wurden.

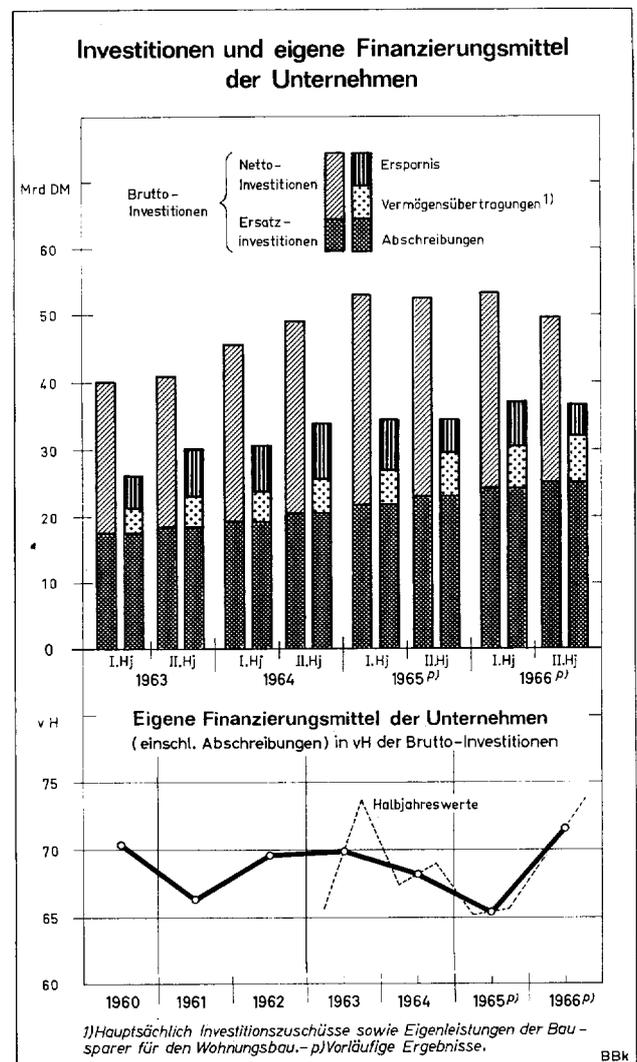
Aber auch nach Abzug der Steuerzahlungen und der sonstigen Abführungen von Unternehmen an öffentliche Stellen (insbesondere Gewinnabführungen kommunaler Betriebe) übertrafen die Nettogewinne der privaten Wirtschaft das Vorjahrsniveau nur wenig. Gegenüber der ersten Jahreshälfte, in der sie wegen des starken Anstiegs der Steuerzahlungen niedriger als im Vorjahr gewesen waren, haben sie sich jedoch etwas günstiger entwickelt. Da aber die Unternehmer gleichzeitig eher etwas mehr für private Zwecke entnommen haben dürften als im Vorjahr (diese Angaben, die statistisch als Rest ermittelt werden, sind mit einer relativ großen Unsicherheitsmarge behaftet), blieb die leichte Besserung der Netto-Einkommen der Unternehmen ohne Auswirkung auf die nichtentnommenen Ge-

winne, die, wie schon im ersten Halbjahr, beträchtlich niedriger waren als in der gleichen Vorjahrszeit. Zwar hat sich rein rechnerisch der Abstand zum Vorjahr in der Berichtszeit vermindert (auf rd. 4 vH gegen 10 vH in der ersten Jahreshälfte), doch hing das vor allem mit der bereits erwähnten Besserung der Ertragsverhältnisse bei der Bundespost und der Bundesbahn zusammen. Ohne die beiden erwähnten Staatsunternehmen waren die nichtentnommenen Gewinne, wie im ersten Halbjahr 1966, um über 10 vH niedriger als ein Jahr zuvor.

Wie schon in den vorangegangenen Perioden erhielten die Unternehmen in der Berichtszeit von anderen Sektoren erhebliche Zuschüsse für Investitionszwecke; im Gegensatz zu früher stiegen aber diese Vermögensübertragungen (netto) im Berichtszeitraum nur noch geringfügig, nachdem sie in der ersten Hälfte des Jahres um fast ein Fünftel über dem Vorjahrsniveau gelegen hatten. Die Zuschüsse der öffentlichen Haushalte blieben sogar erheblich hinter dem Vorjahrsbetrag zurück. Insgesamt, d. h. einschließlich der Vermögensübertragungen, standen den privaten und öffentlichen Unternehmen im zweiten Halbjahr 1966 etwas weniger Eigenmittel für Investitionszwecke zur Verfügung als in der gleichen Vorjahrszeit. Schließt man jedoch die Abschreibungen<sup>1)</sup> mit ein, die weiter stark gestiegen sind (im Jahr 1966 um 11 vH), so verfügten die Unternehmen trotz der geringeren einbehaltenen Gewinne im zweiten Halbjahr 1966 insgesamt um über 6 vH höhere Mittel zur Selbstfinanzierung als ein Jahr zuvor; in der ersten Jahreshälfte hatte die Zunahme 8 vH betragen.

Die Unternehmen nützten das Mehraufkommen an Eigenmitteln zur finanziellen Konsolidierung, nicht dagegen zu einer Ausweitung ihrer Investitionstätigkeit, was im Hinblick auf die zum Teil rückläufige Kapazitätsauslastung einerseits und die in der Vergangenheit eingegangenen hohen kurzfristigen Verbindlichkeiten andererseits auch nahe lag. Die Brutto-Investitionen der Unternehmen blieben jedenfalls im Berichtszeitraum um 5 1/2 vH hinter dem entsprechenden Vorjahrsresultat zurück, während sie in der ersten Jahreshälfte noch knapp über Vorjahr gelegen hatten. Der Anteil der Eigenmittel (einschließlich Abschreibungen und Vermögensübertragungen) an den Brutto-Investitionen erhöhte sich daher im zwei-

<sup>1)</sup> Die Abschreibungen, die das Statistische Bundesamt ermittelt, beruhen auf Schätzungen, die sich aus der Höhe und der wahrscheinlichen Lebensdauer des Anlagevermögens ergeben. Sie sind nicht mit den buchmäßig ermittelten Abschreibungen der Unternehmen identisch. Abweichungen hiervon haben aber lediglich Konsequenzen für die Höhe der Unternehmensgewinne, nicht für den Gesamtbetrag von Gewinnen und Abschreibungen.



ten Halbjahr 1966 auf rd. 74 vH gegen 70 vH in der ersten Jahreshälfte und 66 vH im zweiten Halbjahr 1965. Ohne die Abschreibungen gerechnet und nur auf die Netto-Investitionen bezogen, belief sich der Anteil der Eigenmittel auf rd. 47 vH gegen 39 vH ein Jahr zuvor. Der Nettokreditbedarf der Unternehmen (ihr „Finanzierungsdefizit“) erreichte daher im zweiten Halbjahr 1966 nur 13 Mrd DM gegen 18 Mrd DM im entsprechenden Vorjahrszeitraum. Natürlich ist diese Einschränkung der Nettokreditaufnahme zum Teil von der Verfassung der Kreditmärkte, insbesondere von den hohen Zinssätzen her, mitbestimmt worden. Gerade hierin aber zeigt sich die starke Reagibilität der Wirtschaft auf Veränderungen des Finanzierungsklimas und die damit verbundene Tendenz zur Herstellung eines neuen Gleichgewichts auf den Kreditmärkten.

### Öffentliche Haushalte

Unter dem Einfluß der nachlassenden Wirtschaftsexpansion hat sich das Wachstum der laufenden Ein-

nahmen der öffentlichen Haushalte stark verlangsamt. Mit rd. 91 Mrd DM waren die Einnahmen im zweiten Halbjahr 1966 nur noch um reichlich 5 vH höher als in der gleichen Vorjahrszeit, während in der ersten Jahreshälfte eine Zuwachsrate von über 11 vH zu verzeichnen gewesen war. Insbesondere das Aufkommen an *direkten Steuern*, auf die allein ein gutes Viertel aller laufenden Staatseinnahmen entfällt, ist im Berichtszeitraum nur noch verhältnismäßig schwach, nämlich um knapp 5 vH, gewachsen, verglichen mit 12 vH im ersten Halbjahr 1966. Hauptursache hierfür war die beträchtliche Abschwächung des Lohnanstiegs im Verlauf des Jahres und die bereits im Vorjahr eingetretene Verschlechterung der Gewinnsituation im Unternehmensbereich, die, wie schon erwähnt, zu einer Stagnation der veranlagten Einkommensteuer und zu rückläufigen Erträgen aus der Körperschaftsteuer führte. Auch die *indirekten Steuern*, als quantitativ bedeutendste Einnahmequelle des Staates, sind im zweiten Halbjahr 1966 mit 4 vH wesentlich weniger gestiegen als in der ersten Jahreshälfte (+ 9 vH), was in erster Linie daraus zu erklären ist, daß das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Umsätze konjunkturbedingt deutlich nachgelassen hat. Wesentlich geringere Zuwachs-

raten als früher wiesen im zweiten Halbjahr 1966 auch die *Sozialversicherungsbeiträge* auf. Sie waren in der Berichtszeit nur um etwa 9 vH höher als ein Jahr zuvor, verglichen mit rd. 14 vH im vorangegangenen Halbjahr, in dem sie allerdings wegen der im Sommer 1965 in Kraft getretenen Heraufsetzung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenzen in verschiedenen Sozialversicherungszweigen besonders stark zugenommen hatten.

Die Verringerung des Einnahmezuwachses der öffentlichen Haushalte in der zweiten Hälfte von 1966 hatte freilich wenig Konsequenzen für die *laufenden Ausgaben*, die im zweiten Halbjahr 1966 mit gut 77 Mrd DM rd. 7 vH höher als in der gleichen Vorjahrszeit waren. Gegenüber dem ersten Halbjahr, in dem die Zuwachsrate 8 1/2 vH betragen hatte, ist somit die Zunahme nur wenig schwächer geworden, was sich allein schon daraus erklärt, daß die meisten laufenden Ausgaben auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen und daher schwer an eine verschlechterte Einnahmentwicklung angepaßt werden können. Insbesondere sind die *Verwaltungsausgaben im zivilen Bereich* im zweiten Halbjahr 1966 weiterhin unvermindert, nämlich um über 12 vH, gestiegen. Dabei schlugen vor

Tab. 3: Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte<sup>1)</sup>

Posten	1963	1964	1965 P)			1966 P)			1964	1965 P)	1966 P)		
			insgesamt	1. Hj.	2. Hj.	insgesamt	1. Hj.	2. Hj.			insgesamt	1. Hj.	2. Hj.
Mrd DM													
Veränderung gegen Vorjahr in vH													
1. Laufende Einnahmen													
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	7,3	7,8	8,3	3,9	4,4	8,7	4,1	4,6	+ 7,0	+ 6,4	+ 4,6	+ 4,6	+ 4,6
Indirekte Steuern u. ä. Abgaben	54,0	58,9	63,8	30,8	33,0	67,8	33,5	34,3	+ 9,1	+ 8,3	+ 6,2	+ 8,7	+ 3,9
Direkte Steuern	40,4	44,4	45,6	21,3	24,3	49,3	23,8	25,5	+ 9,8	+ 2,6	+ 8,2	+12,0	+ 4,8
Sozialversicherungsbeiträge <sup>2)</sup>	37,5	39,9	44,2	20,5	23,7	49,2	23,4	25,8	+ 6,3	+10,9	+11,3	+14,2	+ 8,7
Sonstige Übertragungen	1,5	1,5	1,4	0,4	1,0	1,5	0,7	0,8	+ 4,1	- 6,0	+ 3,5	+61,0	-19,8
Laufende Einnahmen insgesamt	140,7	152,5	163,3	76,9	86,4	176,4	85,5	90,9	+ 8,4	+ 7,1	+ 8,0	+11,1	+ 5,2
2. Laufende Ausgaben													
Staatsverbrauch	59,2	61,7	69,6	31,9	37,7	75,1	35,1	40,0	+ 4,3	+12,7	+ 7,9	+10,1	+ 6,1
davon:													
Ziviler Aufwand	(41,9)	(45,8)	(51,6)	(24,1)	(27,5)	(57,9)	(27,0)	(30,9)	+ 9,3	+12,7	+12,2	+12,1	+12,3
Verteidigungsaufwand	(17,3)	(16,0)	(18,0)	( 7,8)	(10,2)	(17,2)	( 8,1)	( 9,1)	- 7,8	+12,7	- 4,4	+ 3,9	-10,8
Subventionen	3,3	3,6	3,9	1,7	2,3	4,1	1,5	2,6	+10,1	+ 8,9	+ 5,3	-10,1	+16,9
Zinsen	2,3	2,4	2,7	1,5	1,3	3,3	1,7	1,6	+ 7,5	+12,8	+21,9	+19,2	+25,0
Renten, Unterstützungen und Pensionen <sup>3)</sup> an private Haushalte	47,5	52,2	58,4	28,6	29,8	63,6	31,4	32,2	+ 9,9	+11,9	+ 8,8	+ 9,9	+ 7,8
Übertragungen an das Ausland	2,7	2,6	2,8	1,7	1,1	2,1	1,2	0,9	- 4,7	+ 8,8	-25,7	-31,6	-16,8
Laufende Ausgaben insgesamt	115,0	122,6	137,5	65,3	72,2	148,3	70,9	77,3	+ 6,6	+12,2	+ 7,8	+ 8,6	+ 7,1
3. Ersparnis (Überschuß der laufenden Rechnung) (1./2.)	25,8	29,9	25,8	11,6	14,2	28,1	14,6	13,6	+16,3	-13,8	+ 9,1	+25,5	- 4,4
4. Geleistete Vermögensübertragungen (netto)	7,3	8,0	9,9	4,2	5,7	9,7	4,3	5,3	+10,2	+23,1	- 2,1	+ 2,9	- 5,8
5. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen (3./4.)	18,5	21,9	15,9	7,4	8,5	18,5	10,2	8,3	+18,7	-27,3	+16,0	+38,4	- 3,4
6. Netto-Investitionen	14,7	17,4	18,1	7,0	11,1	18,3	7,6	10,8	+17,8	+ 4,1	+ 1,4	+ 7,9	- 2,6
7. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (-) (5./6.)	3,8	4,6	- 2,1	0,4	- 2,5	0,2	2,7	- 2,5	.	.	.	.	.

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. Zuweisungen an einen unterstellten Pensionsfonds. — <sup>3)</sup> Im Gegensatz zu Tab. 4 werden hier die Beamtenpensionen brutto, d. h. vor Abzug der Lohnsteuer, nachgewiesen. — <sup>4)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

allem auch die Personalausgaben zu Buch, die sich im zweiten Halbjahr 1966 gegenüber dem zweiten Halbjahr 1965 um schätzungsweise 11 1/2 vH und damit weit stärker als in der Wirtschaft (+ 6 vH) erhöhten. Nicht so stetig haben die Zahlungen für *Renten, Pensionen und Unterstützungen* zugenommen. Für sie wurden im zweiten Halbjahr 1966 etwa 8 vH mehr aufgewandt als im Vorjahr, verglichen mit einem Zuwachs von 10 vH im ersten Halbjahr. Zu ihrem immer noch beträchtlichen Anstieg trugen neben der Heraufsetzung der Sozialrenten seit Beginn des Jahres vor allem die Anhebung der Beamtenpensionen ab 1. Oktober 1966 sowie die starke Zunahme der Zahlungen von Wohngeld bei. Die Einkommensübertragungen aus dem Lastenausgleichsfonds und die Geldleistungen im Rahmen der Kriegsopferversorgung waren dagegen nur etwa ebenso hoch wie im Jahr zuvor.

Infolge der mangelnden Anpassung der laufenden Ausgaben des Staates an die Verminderung des Einnahmewachses ist der *Überschuß der öffentlichen Haushalte in laufender Rechnung* in der Berichtszeit im Vergleich zum Ergebnis des ersten Halbjahres stark zurückgegangen; er war im zweiten Halbjahr 1966 mit 13 1/2 Mrd DM auch um reichlich 4 vH kleiner als in der gleichen Vorjahrszeit, während er im ersten Halbjahr 1966 den Vorjahrsstand noch beträchtlich übertroffen hatte. Da die öffentlichen Haushalte bei der angespannten Lage des Kapitalmarktes den Rückgang an eigenen Mitteln nur teilweise durch stärkere Kreditaufnahme ausgleichen konnten, waren sie gezwungen, sowohl ihre *Vermögensübertragungen* (Investitionszuschüsse und Entschädigungszahlungen an andere Sektoren) als auch ihre *Sachinvestitionen* einzuschränken. Letztere waren netto, d. h. nach Abzug der Abschreibungen, niedriger als im Vorjahr, während sie im ersten Halbjahr noch verhältnismäßig stark gestiegen waren. Gleichwohl gingen Vermögensübertragungen und Investitionsausgaben in der zweiten Hälfte von 1966 über den Überschuß in der laufenden Rechnung — die sog. Ersparnis — hinaus. Das *Finanzierungsdefizit* belief sich im Berichtshalbjahr auf 2,5 Mrd DM; gegenüber dem zweiten Halbjahr 1965 ist es nicht gewachsen, jedoch war die Verschlechterung des Finanzierungssaldos gegenüber dem ersten Halbjahr 1966 weit stärker ausgeprägt als ein Jahr zuvor. Während sich nämlich der Finanzierungssaldo vom ersten zum zweiten Halbjahr 1965 vorwiegend aus Saisongründen um knapp 3 Mrd DM verschlechterte (das Gros der Staatsausgaben fällt immer in die zweite Jahreshälfte), war die Verschlechterung vom ersten zum zweiten Halbjahr 1966 mit über 5 Mrd DM fast doppelt so stark. Diese Zunahme des Netto-

finanzierungsbedarfs der öffentlichen Hand ist primär durch die oben erwähnte Verringerung des Einnahmewachses bedingt, der die Ausgabenentwicklung kaum angepaßt werden konnte. Aufgrund dieser Zwangsläufigkeit verhielten sich die öffentlichen Haushalte bereits im zweiten Halbjahr 1966 „antizyklisch“, denn das wachsende Defizit wirkte dem Rückgang der Gesamtnachfrage entgegen. Von der jetzt bewußt angestrebten antizyklischen Finanzpolitik unterschied sich diese Entwicklung allerdings dadurch, daß nur die konsumtiven Aufwendungen weiter stiegen, während die öffentlichen Investitionen rückläufig waren.

#### *Private Haushalte*

Unter dem Einfluß des gedämpften Expansionstempos der Wirtschaft haben in den letzten Monaten des vergangenen Jahres schließlich auch die Einkommen der privaten Haushalte nur noch verlangsamt zugenommen. Das Wachstum der *Bruttolohn- und -gehaltssumme* blieb mit 6 1/2 vH beträchtlich hinter der Zunahme für das erste Halbjahr (8 1/2 vH) und der für das Jahr 1965 (10 1/2 vH) zurück. Dazu hat einmal beigetragen, daß die *Zahl der Beschäftigten* im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist (— 0,5 vH) und daß die *Durchschnittsverdienste* sich nicht mehr so stark wie bisher erhöht haben. Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten waren im zweiten Halbjahr 1966 um knapp 7 vH höher als in der gleichen Vorjahrszeit, nachdem sie in der ersten Jahreshälfte noch um 7 1/2 vH und im Jahr 1965 um 9 vH über dem vergleichbaren Vorjahrsstand gelegen hatten. Die Verringerung ihres Wachstums hing vor allem mit der Verkürzung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit — teilweise auch infolge der Einführung von Kurzarbeit — zusammen. Im übrigen wären die Durchschnittsverdienste im zweiten Halbjahr 1966 noch weniger gewachsen, wenn die öffentliche Hand nicht in erheblichem Umfang Nachzahlungen für bereits im Frühjahr in Kraft getretene Lohn- und Gehaltserhöhungen und für Höhergruppierungen von öffentlich Bediensteten geleistet hätte. Im Vergleich zu den Effektivverdiensten hat sich der Anstieg der *Tariflöhne und -gehälter* im Berichtszeitraum weniger abgeflacht. Auf Wochenbasis gerechnet, waren die Tarifverdienste im zweiten Halbjahr 1966 um 6 vH höher als in der gleichen Vorjahrszeit gegen 6 1/2 vH im ersten Halbjahr. Gegen Jahresende haben sich die Steigerungsraten der Effektivverdienste, die vordem immer über denen der Tarifverdienste gelegen hatten, der Erhöhung des Tariflohn-niveaus weitgehend angenähert.

Verhältnismäßig stark sind im Berichtszeitraum, wie schon im vorangegangenen Halbjahr, die *Abzüge vom Arbeitseinkommen* gestiegen. Lohnsteuern und

Tab. 4: Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte<sup>1)</sup>

Posten	1963	1964	1965 P)			1966 P)			1964	1965 P)	1966 P)		
			insgesamt	1. Hj.	2. Hj.	insgesamt	1. Hj.	2. Hj.			insgesamt	1. Hj.	2. Hj.
	Mrd DM						Veränderung gegen Vorjahr in vH						
1. Bruttolöhne und -gehälter <sup>2)</sup> (desgl. je Beschäftigten in DM)	166,5 (7 820)	183,4 (8 510)	202,7 (9 280)	96,8 (4 460)	105,9 (4 820)	217,5 (9 940)	104,9 (4 790)	112,6 (5 150)	+10,2 + 8,9	+10,5 + 9,0	+ 7,3 + 7,2	+ 8,4 + 7,6	+ 6,3 + 6,8
2. Abzüge <sup>3)</sup>	28,7	32,4	34,5	15,0	19,5	39,0	17,4	21,6	+13,0	+ 6,6	+12,9	+15,6	+10,9
3. Nettolöhne und -gehälter (1 + 2)	137,8	151,0	168,2	81,8	86,4	178,5	87,5	91,0	+ 9,6	+11,4	+ 6,1	+ 7,0	+ 5,3
4. Öffentliche Einkommensübertragungen	46,8	51,4	57,6	28,2	29,4	62,8	31,1	31,7	+ 9,9	+12,1	+ 9,1	+10,2	+ 8,1
a) Geldleistungen der Sozialversicherungen <sup>4)</sup>	(30,6)	(32,5)	(35,2)	(17,5)	(17,7)	(39,1)	(19,5)	(19,6)	+ 6,1	+ 8,3	+11,3	+11,4	+11,2
b) Geldleistungen sonstiger öffentlicher Stellen <sup>4)</sup>	( 8,3)	(10,5)	(13,1)	( 6,1)	( 7,0)	(13,7)	( 6,7)	( 7,0)	+27,2	+24,9	+ 4,7	+ 9,4	+ 0,5
c) Beamtenpensionen (netto)	( 7,9)	( 8,4)	( 9,3)	( 4,6)	( 4,7)	(10,0)	( 4,9)	( 5,1)	+ 6,2	+10,7	+ 7,1	+ 6,5	+ 7,6
5. Masseneinkommen (3 + 4)	184,6	202,4	225,8	110,0	115,8	241,4	118,6	122,7	+ 9,6	+11,5	+ 6,9	+ 7,8	+ 6,0
6. Privatentnahmen der Selbständigen und Einkommen der privaten Haushalte aus Vermögen <sup>5)</sup>	54,1	58,7	64,0	25,2	38,8	65,6	25,2	40,5	+ 8,5	+ 9,0	+ 2,5	- 0,2	+ 4,3
7. Verfügbares Einkommen (5 + 6)	238,8	261,1	289,8	135,2	154,6	307,0	143,8	163,2	+ 9,4	+11,0	+ 5,9	+ 6,3	+ 5,6
davon verwendet für													
Verbrauch	215,9	232,9	255,1	118,8	136,3	272,8	129,5	143,3	+ 7,9	+ 9,5	+ 7,0	+ 9,0	+ 5,2
Ersparnis	22,8	28,2	34,7	16,4	18,3	34,2	14,3	19,9	+23,8	+23,0	- 1,6	-13,1	+ 8,7
(Sparquote in vH)	( 9,6)	(10,8)	(12,0)	(12,1)	(11,8)	(11,1)	( 9,9)	(12,2)	.	.	.	.	.

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Ohne Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen und ohne freiwillige Sozialleistungen. — <sup>3)</sup> Steuern und Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen einschl. freiwillig gezahlter Beiträge. — <sup>4)</sup> Mit Auflösung der Familienausgleichskassen zum 30. Juni 1964 wird das Kindergeld nicht mehr als Geldleistung der Sozialversicherungen, sondern als solche der „sonstigen öffentlichen Stellen“ erfaßt. — <sup>5)</sup> Nach Abzug sonstiger Übertragungen, vor allem an das Ausland; als Rest ermittelt. — <sup>6)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Sozialversicherungsbeiträge waren zusammen im zweiten Halbjahr 1966 um rd. 11 vH höher als im Vorjahr. Ihre Zunahme ging namentlich wegen der Progression der Lohnsteuer beträchtlich über die der Bruttolöhne und -gehälter (+ 6 1/2 vH) hinaus. Nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge ist die Lohn- und Gehaltssumme in der Berichtszeit gegenüber dem zweiten Halbjahr 1965 um 5 1/2 vH gestiegen, nachdem sie in den vorangegangenen sechs Monaten um 7 vH und im Jahr 1965 um 11 1/2 vH zugenommen hatte. Da auch die Zunahme der öffentlichen Einkommensübertragungen sich im zweiten Halbjahr 1966 merklich abgeschwächt hat — sie betrug im Vergleich zum selben Vorjahrszeitraum rd. 8 vH gegen rd. 10 vH im ersten Halbjahr —, wuchs das Masseneinkommen (Nettolöhne und -gehälter sowie öffentliche Einkommensübertragungen) im zweiten Halbjahr 1966 nur noch um 6 vH, verglichen mit knapp 8 vH in der ersten Jahreshälfte und 11 1/2 vH im Jahre 1965.

Die übrigen Einkünfte der privaten Haushalte (Privatentnahmen der Selbständigen und die privaten Vermögenseinkommen), die ebenso wie das Masseneinkommen in das „verfügbare Einkommen“ dieses Sektors eingehen, sind in der Berichtszeit nur relativ wenig gestiegen (um 4 1/2 vH), und auch dies lediglich infolge der Zunahme der Vermögenseinkünfte aus Einlagen, Wertpapieren und Versicherungsver-

trägen. Diese beliefen sich im zweiten Halbjahr 1966 auf fast 8 Mrd DM und waren damit rd. ein Viertel höher als in der gleichen Vorjahrszeit. Die Entnahmen der Selbständigen für privaten Verbrauch und Ersparnis (eine Größe, die, wie erwähnt, als Rest ermittelt wird) scheinen, ebenso wie in der ersten Jahreshälfte, in der Berichtszeit das Vorjahrsniveau kaum übertroffen zu haben, was schon deshalb wahrscheinlich ist, weil die konjunkturelle Flaute dazu zwang, möglichst viele Mittel im eigenen Unternehmen zu belassen.

Das gesamte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist um 5 1/2 vH und damit etwas stärker als der private Verbrauch gewachsen. Im ersten Halbjahr 1966 waren dagegen die privaten Verbrauchsausgaben um 9 vH, das verfügbare Einkommen aber nur um 6 1/2 vH gestiegen. Der Verbrauch hat sich damit im zweiten Halbjahr wieder mehr der Einkommensentwicklung angepaßt, während im ersten Halbjahr die verhältnismäßig starke Steigerung der Preise für Güter des relativ unelastischen Bedarfs — so für Nahrungsmittel, Wohnungsmieten und Verkehrsleistungen — vielfach zu höheren Ausgaben gezwungen hatte, wenn der Verbrauch real nicht gesenkt werden sollte. Nachdem im zweiten Halbjahr 1966 einige dieser Preise weniger gestiegen und die Nahrungsmittelpreise, die allein für etwa ein Drittel der privaten Verbrauchsausgaben bestimmend sind, sogar etwas zurückgegangen

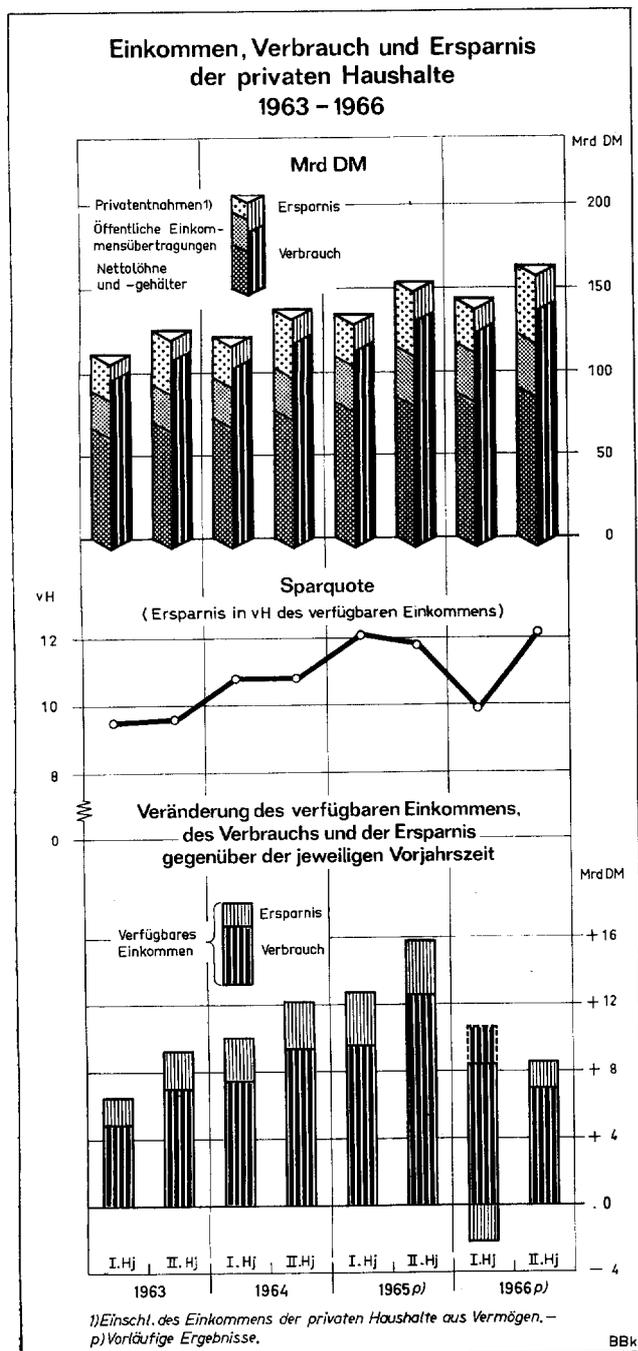
sind, brauchten die laufenden Aufwendungen für Nahrungsmittel nur um reichlich 3 vH gegen 7 1/2 vH im ersten Halbjahr — bei etwa gleichem Zuwachs des Realkonsums — erhöht zu werden. Hinzu kam, daß die Konsumenten in ihren Anschaffungen wegen ungünstigerer Einkommenserwartungen zurückhaltender wurden, was auch in der geringeren Aufnahme von Konsumentenkrediten zum Ausdruck kam.

Die relativ rückläufige Verbrauchsneigung ließ im zweiten Halbjahr 1966 einen etwas größeren Spielraum für die Ersparnisbildung der privaten Haushalte. Diese war ohne Berücksichtigung der Vermögensüber-

tragungen in dieser Periode um etwa 9 vH höher als ein Jahr zuvor, nachdem sie in der ersten Jahreshälfte den Vorjahrsbetrag um 13 vH unterschritten hatte. Der Anteil der privaten Ersparnis am verfügbaren Einkommen (Sparquote) belief sich im zweiten Halbjahr 1966 auf 12,2 vH gegen nur 9,9 vH in den ersten sechs Monaten d. J. und war damit wieder etwas größer als im zweiten Halbjahr 1965 (11,8 vH). Für die Vermögensbildung der privaten Haushalte war außerdem von Bedeutung, daß ihnen im zweiten Halbjahr 1966 8 1/2 vH mehr Vermögensübertragungen zufließen als im Vorjahr, und zwar namentlich als Folge höherer Sparprämienzahlungen. Gleichzeitig haben auch die von den privaten Haushalten geleisteten Vermögensübertragungen stark zugenommen<sup>1)</sup>. Unter Einschluß des Saldos der Vermögensübertragungen standen den privaten Haushalten in der Berichtszeit rd. 18 Mrd DM für Geldanlagen zur Verfügung, ein Betrag, der etwa 7 vH höher war als im zweiten Halbjahr 1965. Diese relativ günstige Sparbilanz beruhte freilich zum Teil auf den stark gestiegenen Zinsgutschriften am Jahresende. Allein auf privaten Sparkonten bei Kreditinstituten wurden gegen Ende Dezember nicht weniger als 4 1/2 Mrd DM Zinsen gutgeschrieben gegen nur 3,4 Mrd DM Ende 1965. Die Spareinlagenentwicklung im Januar 1967 zeigt deutlich, daß diese vermehrten Zinserträge (die selbstverständlich Einkommen der Sparer darstellen) im Monat nach der Gutschrift nicht abgehoben, sondern weitgehend zur Vermögensbildung verwendet wurden.

Unter den einzelnen Sparformen wiesen die Spareinlagen bei Kreditinstituten (einschl. Zinsgutschriften am Jahresende) im zweiten Halbjahr 1966 mit einer Zunahme um rd. 18 vH einen überdurchschnittlich hohen Zugang auf. Verhältnismäßig hohe Zuflüsse an Sparmitteln verzeichneten ferner die Bausparkassen, bei denen sich die Bausparguthaben um rd. 7 vH erhöhten. Dabei hat sicher eine Rolle gespielt, daß sich im Sommer die Diskussion um die Einschränkung der Sparförderung intensiviert, wodurch es im dritten Quartal zu einer starken Belebung des Neugeschäfts bei den Bausparkassen kam. Im Versicherungssparen ergab sich in der Berichtszeit ein Zuwachs von 14 vH, der damit etwas größer war als in der ersten Jahreshälfte. Der Erwerb von Wertpapieren, und zwar sowohl von Aktien als auch von Rentenwerten, blieb im zweiten Halbjahr beträchtlich hinter dem entspre-

<sup>1)</sup> Es handelt sich dabei im wesentlichen um die von Bausparkassen ausgezahlten Eigenmittel der Bausparer, die für den Wohnungsbau verwendet und deshalb nach den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dem Unternehmenssektor zugeleitet werden.



chenden Vorjahrswert zurück, der allerdings bei den Aktien durch die Teilprivatisierung des VEBA-Konzerns im Sommer 1965 besonders hoch gewesen war. Die *Konsumentenverschuldung* nahm in der Berichtszeit wesentlich schwächer zu als in der gleichen Vorjahrzeit; die Kreditaufnahme belief sich nur noch auf gut ein Viertel des vorjährigen Betrages. Die Zurückhaltung bei der Neuverschuldung im zweiten Halbjahr 1966 hing wohl nicht zuletzt mit den nachlassenden Käufen von Kraftwagen zusammen. Gerade im Autokauf — aber natürlich auch bei anderen Käufen längerlebiger Konsumgüter — können die Konsumenten am ehesten Ausgaben zeitweilig aufschieben, wenn dies die Unsicherheit über die weitere Einkommensentwicklung nahelegt.

### Vermögensbildung und Ersparnis

Die vorliegenden Angaben über das Einkommen der inländischen Sektoren und seine Verwendung lassen auch erste Schlüsse auf die gesamtwirtschaftliche Vermögens- und Ersparnisbildung im zweiten Halbjahr 1966 zu. Eine detaillierte Untersuchung der Finanzierungsströme ist allerdings z. Zt. mangels ausreichender statistischer Unterlagen noch nicht möglich. Sie wird, wie üblich, im Monatsbericht für April veröffentlicht werden.

Die *Sachvermögensbildung* der inländischen Sektoren (Brutto-Investitionen abzüglich Ersatzinvestitionen) belief sich im zweiten Halbjahr 1966 auf rd. 35 Mrd DM und war damit um  $5\frac{1}{2}$  Mrd DM oder  $13\frac{1}{2}$  vH geringer als in der gleichen Vorjahrzeit, wozu vor

Tab. 5: Entstehung, Umverteilung und Verwendung des Einkommens nach Sektoren<sup>1)</sup>

Einnahmen bzw. Ausgaben (—) in Mrd DM

Posten	Private Haushalte			Unternehmen			Öffentliche Haushalte			Ausland <sup>2)</sup>			Insgesamt		
	1964	1965 <sup>P)</sup>	1966 <sup>P)</sup>	1964	1965 <sup>P)</sup>	1966 <sup>P)</sup>	1964	1965 <sup>P)</sup>	1966 <sup>P)</sup>	1964	1965 <sup>P)</sup>	1966 <sup>P)</sup>	1964	1965 <sup>P)</sup>	1966 <sup>P)</sup>
1. Beiträge zum Netto-Inlandsprodukt															
Einkommen der Produktionsfaktoren	204,4	225,8	243,2	106,8	111,2	114,0	5,4	5,6	5,3	0,8 a)	1,1 a)	0,8 a)	317,3	343,7	363,4
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	—	—	—	—	—	—	55,3	59,9	63,6	0,0	0,0	0,0	55,3	59,9	63,7
Einfuhr (ohne Faktoreinkommen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	74,9	88,1	92,2	74,9	88,1	92,2
Beiträge zum Netto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (einschl. Einfuhr)	204,4	225,8	243,2	106,8	111,2	114,0	60,7	65,5	69,0	75,7	89,1	93,0	447,5	491,6	519,2
2. Einkommensumverteilung															
Direkte Steuern	— 16,5	— 16,6	— 19,2	— 28,0	— 28,9	— 30,1	44,4	45,6	49,3	—	—	—	—	—	—
Sozialversicherungsbeiträge	— 38,0	— 42,1	— 46,5	— 1,9	— 2,1	— 2,7	39,9	44,2	49,2	—	—	—	—	—	—
Renten, Unterstützungen und Pensionen <sup>3)</sup> an Inländer	52,2	58,4	63,6	—	—	—	— 52,2	— 58,4	— 63,6	—	—	—	—	—	—
Laufende Übertragungen an das Ausland (netto)	— 1,8	— 2,3	— 2,7	—	—	—	— 2,5	— 2,7	— 1,9	4,3	5,0	4,6	—	—	—
Privatentnahmen der Selbständigen <sup>4)</sup>	60,9	66,8	68,8	— 60,9	— 66,8	— 68,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Übertragungen	— 0,2	— 0,2	— 0,2	— 1,2	— 1,1	— 1,1	1,4	1,3	1,3	—	—	—	—	—	—
Verfügbares Einkommen	261,1	289,8	307,0	14,8	12,3	11,3	91,7	95,4	103,2	79,9	94,1	97,6	447,5	491,6	519,2
3. Verwendung des verfügbaren Einkommens															
Verbrauch	— 232,9	— 255,1	— 272,8	—	—	—	— 61,7	— 69,6	— 75,1	—	—	—	— 294,6	— 324,7	— 347,9
Ausfuhr (ohne Faktoreinkommen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	— 81,0	— 88,4	— 99,6	— 81,0	— 88,4	— 99,6
Laufende Ersparnis	28,2	34,7	34,2	14,8	12,3	11,3	29,9	25,8	28,1	— 1,0	5,8	— 2,0	71,9	78,6	71,7
Saldo der Vermögensübertragungen	— 2,4	— 2,9	— 4,0	9,8	11,8	12,8	— 8,0	— 9,9	— 9,7	0,6	1,0	0,9	—	—	—
Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen	25,9	31,9	30,2	24,5	24,1	24,1	21,9	15,9	18,5	— 0,4	6,8	— 1,1	71,9	78,6	71,7
Netto-Investitionen	—	—	—	— 54,5	— 60,6	— 53,4	— 17,4	— 18,1	— 18,3	—	—	—	— 71,9	— 78,6	— 71,7
Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—)	25,9	31,9	30,2	— 30,0	— 36,5	— 29,3	4,6	— 2,1	0,2	— 0,4	6,8	— 1,1	—	—	—

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. SBZ. — <sup>3)</sup> Im Gegensatz zu Tab. 4 werden hier die Beamtenpensionen brutto, d. h. vor Abzug der Lohnsteuer, nachgewiesen. — <sup>4)</sup> Einschl. Einkommen der privaten Haushalte aus Vermögen. — a) Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland. — P) Vorläufige Ergebnisse.

Tab. 6: Vermögensbildung und Ersparnis<sup>1)</sup>

Posten	1963	1964	1965 P)			1966 P)			1964	1965 P)	1966 P)				
			insgesamt	1. Hj.	2. Hj.	insgesamt	1. Hj.	2. Hj.			insgesamt	1. Hj.	2. Hj.		
Mrd DM													Veränderung gegen Vorjahr in vH		
1. Sachvermögensbildung im Inland															
Netto-Investitionen der Unternehmen	44,9	54,5	60,6	31,1	29,5	53,4	29,0	24,3	+21,4	+11,1	-11,9	- 6,5	-17,5		
Öffentliche Haushalte	14,7	17,4	18,1	7,0	11,1	18,3	7,6	10,8	+17,8	+ 4,1	+ 1,4	+ 7,9	- 2,6		
Insgesamt	59,6	71,9	78,6	38,1	40,6	71,7	36,6	35,1	+20,5	+ 9,4	- 8,8	- 3,9	-13,5		
2. Inländische Ersparnis (einschl. Vermögensübertragungen)															
Unternehmen	20,4	24,5	24,1	12,6	11,5	24,1	12,8	11,3	+20,3	- 1,7	+ 0,1	+ 1,3	- 1,3		
Öffentliche Haushalte	18,5	21,9	15,9	7,4	8,5	18,5	10,2	8,3	+18,7	-27,3	+16,0	+38,4	- 3,4		
Private Haushalte	20,9	25,9	31,9	14,9	16,9	30,2	12,1	18,1	+23,7	+23,2	- 5,1	-18,9	+ 7,0		
Insgesamt	59,8	72,3	71,9	35,0	36,9	72,8	35,1	37,7	+21,0	- 0,6	+ 1,3	+ 0,5	+ 2,0		
3. Veränderung der Nettoforderungen gegenüber dem Ausland (Zunahme (+) bzw. Abnahme (-))	+0,1	+0,4	-6,8	-3,1	-3,6	+1,1	-1,5	+2,6	.	.	.	.	.		

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — P) Vorläufige Ergebnisse.

allein der bereits erwähnte starke Lagerabbau in der Berichtsperiode beigetragen hat. Der Rückgang der Netto-Investitionen, der bereits in der ersten Jahreshälfte begonnen hatte (- 4 vH), setzte sich also beschleunigt fort. Im Jahr 1965 hatte die Sachvermögensbildung dagegen das Vorjahrsniveau noch um 9 1/2 vH und im Jahr 1964 um 20 1/2 vH übertroffen. Besonders ausgeprägt (um 17 1/2 vH) haben im zweiten Halbjahr 1966 die Netto-Investitionen der Unternehmen abgenommen, während die Netto-Investitionen der öffentlichen Haushalte (wobei es sich hauptsächlich um Bauinvestitionen handelte) verhältnismäßig wenig, nämlich nur um 2 1/2 vH, gesunken sind. Der Anteil der öffentlichen Haushalte an der gesamten inländischen Sachvermögensbildung ist infolgedessen von 20 vH im ersten auf 30 vH im zweiten Halbjahr 1966 gestiegen, und der der Unternehmen ist entsprechend zurückgegangen, eine Entwicklung, die freilich im Verlaufe eines künftigen Konjunkturaufschwungs, zumindest teilweise, wieder rückgängig gemacht werden dürfte.

Im Gegensatz zur rückläufigen Investitionstätigkeit im Inland war die Ersparnisbildung der inländischen Sektoren im zweiten Halbjahr 1966, insgesamt betrachtet, mit 37 1/2 Mrd DM etwas größer als in der gleichen Vorjahrszeit. Ihr Zuwachs betrug knapp 1 Mrd DM oder 2 vH. Ausschlaggebend hierfür war, daß die Ersparnisse der privaten Haushalte (einschl. Vermögensübertragungen) um 7 vH zugenommen haben, nachdem sie im ersten Halbjahr erheblich gerin-

ger gewesen waren als im Vorjahr (- 19 vH). Der Anteil der privaten Haushalte an der Gesamtersparnis, der - nach einem erheblichen Anstieg in den Jahren 1964 und 1965 - im ersten Halbjahr 1966 auf gut ein Drittel gesunken war, erhöhte sich in der Berichtszeit wieder auf annähernd 50 vH. Die „Ersparnis“ der Unternehmen (nichtentnommene Gewinne und Vermögensübertragungen) hat im zweiten Halbjahr 1966 gegenüber dem zweiten Halbjahr 1965, wenn auch nur geringfügig, abgenommen. Auf sie entfiel in der Berichtsperiode, ähnlich wie schon in der gleichen Vorjahrszeit, knapp ein Drittel der Gesamtersparnis. Der Anteil der öffentlichen Haushalte an der Gesamtersparnis belief sich im zweiten Halbjahr 1966 auf 22 vH gegen 23 vH in der gleichen Vorjahrszeit.

Im Rahmen der Gesamtbilanz der Vermögensbildung und Ersparnis fand der Rückgang der inländischen Investitionen bei gleichzeitiger, leichter Zunahme der inländischen Ersparnisse in der Berichtsperiode seinen Ausgleich in dem Nettoforderungszuwachs der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland (und der SBZ), der sich im zweiten Halbjahr 1966 auf 2 1/2 Mrd DM belief. In der ersten Jahreshälfte und auch im Jahr 1965, in denen die inländische Ersparnis niedriger als die Investitionen im Inland gewesen war, hatte sich in den außenwirtschaftlichen Transaktionen mit der übrigen Welt ein Nettozuwachs an Verpflichtungen (bzw. ein Abbau früher erworbener Forderungen) ergeben, und zwar in Höhe von 1,5 Mrd DM im ersten Halbjahr 1966 und von 6,8 Mrd DM im Jahre 1965.

## Die wichtigsten Ergebnisse der Zahlungsbilanz für das Jahr 1966

In dem folgenden Überblick über die Zahlungsbilanz des Jahres 1966 sind, wie es den internationalen Gepflogenheiten bei der Erstellung jährlicher Zahlungsbilanzen entspricht, die Fracht- und Versicherungskosten der Wareneinfuhr über See aus den amtlichen Einfuhrzahlen ausgeschaltet und den Ausgaben im Dienstleistungsverkehr zugeordnet worden. Ausfuhr und Einfuhr werden also einheitlich mit fob-Werten ausgewiesen (d. h. mit den Werten, die die Waren an der Grenze des jeweils exportierenden Landes haben), während in den amtlichen Außenhandelszahlen, die unserer monatlichen Berichterstattung zugrundeliegen, die seewärtige Einfuhr mit dem cif-Wert erfaßt wird, d. h. mit jenem Wert, den sie einschließlich der Transport- und Versicherungskosten an der deutschen Grenze hat.

*Auf die Umgruppierung der Fracht- und Versicherungskosten der seewärtigen Einfuhr aus der Handels- in die Dienstleistungsbilanz ist es zurückzuführen, daß der Außenhandelsüberschuß für 1966 mit 11,7 Mrd DM ausgewiesen wird, während sich nach der amtlichen Außenhandelsstatistik ein Aktivsaldo von 8,0 Mrd DM ergibt. Dagegen beläuft sich das Defizit der Dienstleistungsbilanz nach Einbeziehung der Fracht- und Versicherungskosten der Einfuhr auf 5,3 Mrd DM gegenüber 1,6 Mrd DM nach den monatlich veröffentlichten, die Nebenkosten der Einfuhr nicht umfassenden Zahlungsbilanzaufstellungen. Das Gesamtergebnis des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland (und damit auch der Bilanz der laufenden Transaktionen) wird jedoch von dieser Umgruppierung nicht berührt.*

Einige der im folgenden aufgeführten Zahlen sind noch als vorläufig anzusehen; endgültige (und regional aufgliederte) Angaben können erst zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden.

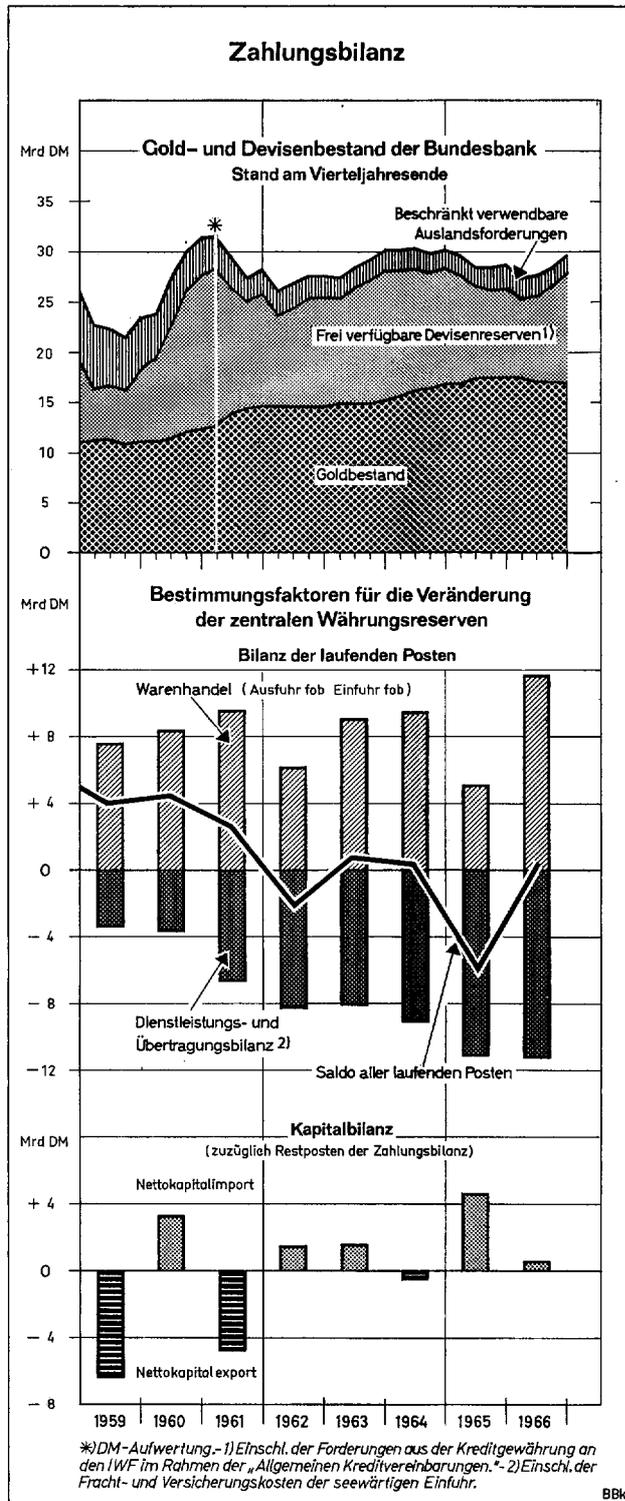
### Gesamtüberblick

Die Zahlungsbilanzsituation der Bundesrepublik hat sich im Verlauf des Jahres 1966 grundlegend gewandelt. Während der auswärtige Zahlungsverkehr im Jahre 1965 und auch noch in der ersten Hälfte des Jahres 1966 relativ hohe Defizite aufgewiesen hatte, überwogen von Mitte 1966 ab die Überschüsse. Sie erreichten gegen Ende des Jahres einen solchen Umfang, daß auch die Zahlungsbilanz für das gesamte Jahr 1966 mit einem Aktivsaldo abschloß. Der entscheidende Grund für Ausmaß und Tempo des Umschwungs war die Abschwächung der inneren Nachfrage, die einerseits dazu führte, daß die Importe kaum noch zunahmen, während andererseits verstärkte Exportanstrengungen ausgelöst wurden. Die Handelsbilanz der Bundesrepublik wies nach der hier verwendeten (und in der Vorbemerkung erläuterten) „Zahlungsbilanz-Definition“ im Jahre 1966 einen Überschuß von 11,7 Mrd DM auf gegen 5,1 Mrd DM im vorangegangenen Jahr; allein in der zweiten Hälfte des Jahres 1966 betrug der Aktivsaldo annähernd 8,0 Mrd DM. Insgesamt erreichten die Außenhandelsüberschüsse im Jahre 1966 nicht nur wieder die Höhe der Defizite in der Bilanz der Dienstleistungen und der Übertragungen (hauptsächlich Wiedergutmachungszahlungen und Lohnüberweisungen ausländischer Gastarbeiter), sondern sie gingen sogar noch etwas darüber hinaus. Die Bilanz aller laufenden Transaktionen mit dem Ausland wies daher wieder einen

leichten Überschuß (400 Mio DM) auf, während im Jahre 1965 infolge der damaligen Konjunkturüberhitzung im Inland ein Fehlbetrag von nicht weniger als 6,1 Mrd DM entstanden war. Die Bundesrepublik hat damit 1966 wieder das außenwirtschaftliche Gleichgewicht erreicht, ja gegen Ende des Jahres wurden deutliche Tendenzen zu beträchtlichen Zahlungsbilanzüberschüssen erkennbar. Freilich ist die Überschußbildung, die zwar in den Gesamtzahlen für das Jahr 1966 nicht zum Ausdruck kommt, vermutlich aber das Bild im Jahre 1967 prägen wird, in erster Linie die Folge der gedämpften Binnenkonjunktur in der Bundesrepublik, nicht dagegen die Konsequenz eines besonders starken Importsoges der Mehrzahl der wichtigeren Partnerländer. Insofern dürften die Zahlungsbilanzüberschüsse eher temporärer Natur sein.

Mit der Aktivierung der Bilanz der laufenden Posten im Jahre 1966 ging eine Verminderung der Nettogeldzuflüsse im Rahmen des Kapitalverkehrs Hand in Hand. Einschließlich des Aktivsaldos bei den statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (dem sogenannten Restposten der Zahlungsbilanz) belief sich der Nettokapitalimport 1966 auf nur noch 600 Mio DM gegen 4,6 Mrd DM im vorangegangenen Jahr. Zwar hing diese Abschwächung zum Teil damit zusammen, daß Sonderleistungen an das Ausland erbracht wurden, unter denen die Zahlungen an den Internationalen Währungsfonds anlässlich der Erhöhung der deutschen IWF-Quote und die vorfristige

**Bilanz der laufenden Posten**  
*Außenhandel*



Schuldenrückzahlung an die Vereinigten Staaten besonderes Gewicht hatten, doch wäre der Nettokapitalimport gegenüber dem Vorjahr auch ohne diese Sondertransaktionen (insgesamt 1,4 Mrd DM) um die Hälfte zurückgegangen. Im übrigen dürfte der mit der Aktivierung der Bilanz in laufender Rechnung verbundene Liquiditätszufluß die Nachfrage der inländischen Wirtschaft nach Auslandskrediten vermindert haben.

Auf der Basis von fob-Zahlen für die Ausfuhr und für die Einfuhr hat sich der Überschuß der *Handelsbilanz* von 5,1 Mrd DM im Jahre 1965 auf 11,7 Mrd DM im Jahre 1966 erhöht. Diese Zunahme des Aktivsaldos ergab sich vor allem daraus, daß die Ausfuhren dem absoluten Werte nach um 9 Mrd DM auf 80,4 Mrd DM zugenommen haben, während die *Importe* um den relativ geringen Betrag von 2,4 Mrd DM (auf 68,9 Mrd DM) gestiegen sind<sup>1)</sup>. Wie sehr die schwache Zunahme der Einfuhren (rund 3 vH gegen 20 vH im Jahre 1965), die sich zudem auf die erste Hälfte des Jahres 1966 beschränkte, während in der zweiten Jahreshälfte die Importe bereits geringfügig unter das entsprechende Vorjahrsniveau sanken, der Nachfragedämpfung im Inland zuzuschreiben ist, zeigt sich besonders deutlich am Import von Fertigwaren, auf den mehr als 40 vH der gesamten Einfuhren der Bundesrepublik entfallen. Nach den Angaben der Außenhandelsstatistik, die hier herangezogen werden müssen, weil für die einzelnen Warengruppen der Einfuhr keine fob-Zahlen vorliegen, sind die „kommerziellen“ Fertigwaren (d. h. die Importe ohne die Einfuhren von militärischen Ausrüstungsgegenständen durch die Bundesregierung), die sich 1965 um 29 vH und im ersten Quartal 1966 noch um 24 vH erhöht hatten, im zweiten Quartal 1966 um 13 vH und im dritten Quartal nur noch um 5 vH gewachsen, während sie im letzten Viertel von 1966 das entsprechende Vorjahrsergebnis sogar um 2 vH unterschritten. Für das gesamte Jahr 1966 ergab sich damit für die Einfuhr „kommerzieller“ Fertigwaren eine Wachstumsrate von lediglich 9 vH, verglichen mit, wie erwähnt, 29 vH im vorangegangenen Jahr. Sowohl Investitionsgüter als auch Konsumgüter wurden im vierten Quartal in geringerem Umfang als ein Jahr zuvor eingeführt; erstmals seit mehreren Jahren haben sich dabei in wichtigen Bereichen die Importe ungünstiger entwickelt als der Inlandsabsatz heimischer Erzeugnisse. Die Anpassung an die schwächer gewordene inländische Produktions- und Absatzentwicklung dürfte auch die wichtigste Ursache dafür gewesen sein, daß die Importe von Halbwaren (1966: 10,8 Mrd DM) nur ihren Vorjahrswert erreichten und daß sich die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen (11,8 Mrd DM) im Verlauf des Jahres 1966 deutlich abflachte. Wenn auch die

<sup>1)</sup> Der in den jährlichen Zahlungsbilanzaufstellungen beim Warenhandel (und nicht in der Dienstleistungsbilanz) berücksichtigte Transithandel wies 1966 einen Überschuß von 200 Mio DM auf (1965: 150 Mio DM).

Entwicklung der Einfuhr nach Warengruppen<sup>1)</sup>

Zeit	Insgesamt <sup>2)</sup>	Ernährungs-güter	Gewerbliche Rohstoffe	Halb-waren	Fertig-waren
Mio DM					
1962	49 498	13 684	8 820	7 863	18 688
1963	52 277	12 779	9 362	8 050	21 575
1964	58 839	14 035	10 916	9 779	23 519
1965	70 448	16 852	11 431	10 807	30 679
1966	72 670	17 451	11 819	10 814	31 792
1964 1. Hj.	27 421	6 660	5 350	4 452	10 700
2. "	31 418	7 375	5 566	5 327	12 819
1965 1. Hj.	33 716	7 585	5 712	5 356	14 783
2. "	36 732	9 267	5 719	5 451	15 896
1966 1. Hj.	36 359	8 674	6 067	5 255	15 992
2. "	36 311	8 777	5 752	5 559	15 800
Veränderung <sup>3)</sup> in vH					
1962	+11,6	+17,2	- 3,0	+ 4,3	+20,2
1963	+ 5,6	- 6,6	+ 6,1	+ 2,4	+15,4
1964	+12,6	+ 9,8	+16,6	+21,5	+ 9,0
1965	+19,7	+20,1	+ 4,7	+10,5	+30,4
1966	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 0,1	+ 3,6
1964 1. Hj.	+ 7,6	+ 8,3	+18,5	+16,5	- 1,0
2. "	+17,3	+11,2	+14,8	+26,0	+19,0
1965 1. Hj.	+23,0	+13,9	+ 6,8	+20,3	+38,2
2. "	+16,9	+25,6	+ 2,7	+ 2,3	+24,0
1966 1. Hj.	+ 7,8	+14,4	+ 6,2	- 1,9	+ 8,2
2. "	- 1,1	- 5,3	+ 0,6	+ 2,0	- 0,6

<sup>1)</sup> Nach den Angaben der amtlichen Außenhandelsstatistik. — <sup>2)</sup> Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen. — <sup>3)</sup> Gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum.

ernährungswirtschaftlichen Importe 1966 bei weitem nicht mehr so stark zugenommen haben wie 1965 — sie erhöhten sich nur um 4 vH (auf 17,5 Mrd DM) gegen 20 vH im Jahre 1965—, so ging dies allerdings im wesentlichen nicht auf die Schwäche der inländischen Konjunktur, sondern auf die reichlichen Inlandsernten zurück, die in der zweiten Hälfte von 1966 den Einfuhrbedarf bei Ernährungsgütern erheblich verminderten. Zu der Dämpfung der Gesamteinfuhr hat schließlich aber auch beigetragen, daß die Bundesregierung im Berichtsjahr die Einfuhr von militärischen Ausrüstungsgegenständen im Vergleich zum Jahre 1965 — in dem diese Importe freilich relativ groß gewesen waren — um etwa ein Drittel reduzierte.

Im Gegensatz zur Einfuhr ist die *Ausfuhr* 1966 stärker gewachsen als im Jahre 1965, nämlich um 12,5 vH gegen 10 vH im Vorjahr. Die Exporte beliefen sich 1966 auf 80,4 Mrd DM gegen 71,5 Mrd DM im vorangegangenen Jahr. Ihre stärksten Impulse empfing die Ausfuhr aus der vergleichsweise günstigen konjunkturellen Lage in einigen wichtigen Abnehmerländern, so vor allem in Italien (das seine Bezüge aus der Bundesrepublik im Jahre 1966 um 26 vH erhöhte), in Frankreich (das die Importe aus Deutschland um 18 vH steigerte) und in den Vereinigten Staaten, die um 25 vH mehr deutsche Waren abnahmen als im Jahr zuvor. Die Erhöhung der Importe aus der Bundesrepublik ging bei diesen Staaten jeweils über die Zunahme der Einfuhr

aus anderen Ländern hinaus. Hierin spiegeln sich die intensiven Bemühungen der deutschen Wirtschaft wider, die Produktionskapazitäten über vermehrte Exporte besser auszunutzen und die Beschäftigung zu sichern, was neben kürzeren Lieferfristen zum Teil freilich nur durch Preiszugeständnisse erreicht wurde.

Dienstleistungsverkehr

Im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland belief sich das Defizit im Jahre 1966 (nach Einbeziehung der Fracht- und Versicherungskosten der seewärtigen Einfuhr) auf 5,3 Mrd DM; der Fehlbetrag war damit ebenso hoch wie im Jahre 1965. Die in früheren Jahren festzustellende ständige Passivierung der Dienstleistungsbilanz hat sich also fürs erste nicht mehr fortgesetzt. Hierbei spielte vor allem eine Rolle, daß die *Einnahmen von fremden Truppen*, die von 1962 bis 1965 kontinuierlich auf weniger als 4,2 Mrd DM zurückgegangen waren, 1966 wieder um 800 Mio DM auf annähernd 5 Mrd DM gewachsen sind. Hierunter waren 1966 US-Dollar im Gegenwert von 3,2 Mrd DM enthalten gegen 2,7 Mrd DM im Jahre 1965. Den Einnahmen, die die Bundesrepublik von den auf ihrem Gebiet stationierten ausländischen Truppen erzielt, stehen andererseits Ausgaben für militärische Zwecke (hauptsächlich im Rahmen des sogenannten Devisen-

Entwicklung der Ausfuhr nach Industriegruppen<sup>1)</sup>

Zeit	Ins-gesamt <sup>2)</sup>	Investitionsgüterindustrien			Grund-stoff-industrien	Konsum-güter-industrien
		Ins-gesamt	darunter:			
			Maschi-nenbau	Fahr-zeugbau		
Mio DM						
1962	52 975	29 172	11 778	7 098	14 222	7 389
1963	58 309	32 394	12 532	8 551	14 925	8 470
1964	64 920	35 888	13 779	9 741	16 259	9 732
1965	71 651	39 231	15 004	10 806	18 027	10 756
1966	80 628	44 220	17 277	11 814	20 092	12 466
1964 1. Hj.	31 783	17 561	6 702	4 935	8 044	4 680
2. "	33 137	18 327	7 077	4 806	8 215	5 052
1965 1. Hj.	34 768	19 137	7 212	5 564	8 769	5 097
2. "	36 883	20 094	7 792	5 242	9 258	5 659
1966 1. Hj.	38 581	21 117	8 215	5 707	9 621	5 958
2. "	42 047	23 103	9 062	6 107	10 471	6 508
Veränderung <sup>3)</sup> in vH						
1962	+ 3,9	+ 5,7	+ 7,2	+ 8,7	- 1,9	+ 8,4
1963	+10,1	+11,0	+ 6,4	+20,5	+ 4,9	+14,5
1964	+11,3	+10,8	+ 9,9	+13,9	+ 8,9	+14,9
1965	+10,4	+ 9,3	+ 8,9	+10,9	+10,9	+10,5
1966	+12,5	+12,7	+15,2	+ 9,3	+11,5	+15,9
1964 1. Hj.	+15,9	+15,5	+13,8	+23,7	+12,7	+20,2
2. "	+ 7,3	+ 6,6	+ 6,5	+ 5,4	+ 5,5	+10,4
1965 1. Hj.	+ 9,4	+ 9,0	+ 7,6	+12,7	+ 9,0	+ 8,9
2. "	+11,3	+ 9,6	+10,1	+ 9,1	+12,7	+12,0
1966 1. Hj.	+11,0	+10,3	+13,9	+ 2,6	+ 9,7	+16,9
2. "	+14,0	+15,0	+16,3	+16,5	+13,1	+15,0

<sup>1)</sup> Nach den Angaben der amtlichen Außenhandelsstatistik. — <sup>2)</sup> Einschl. Rückwaren, Ersatzlieferungen und sonstiger Ausfuhr. — <sup>3)</sup> Gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum.

**Hauptposten der Zahlungsbilanz**  
Mio DM

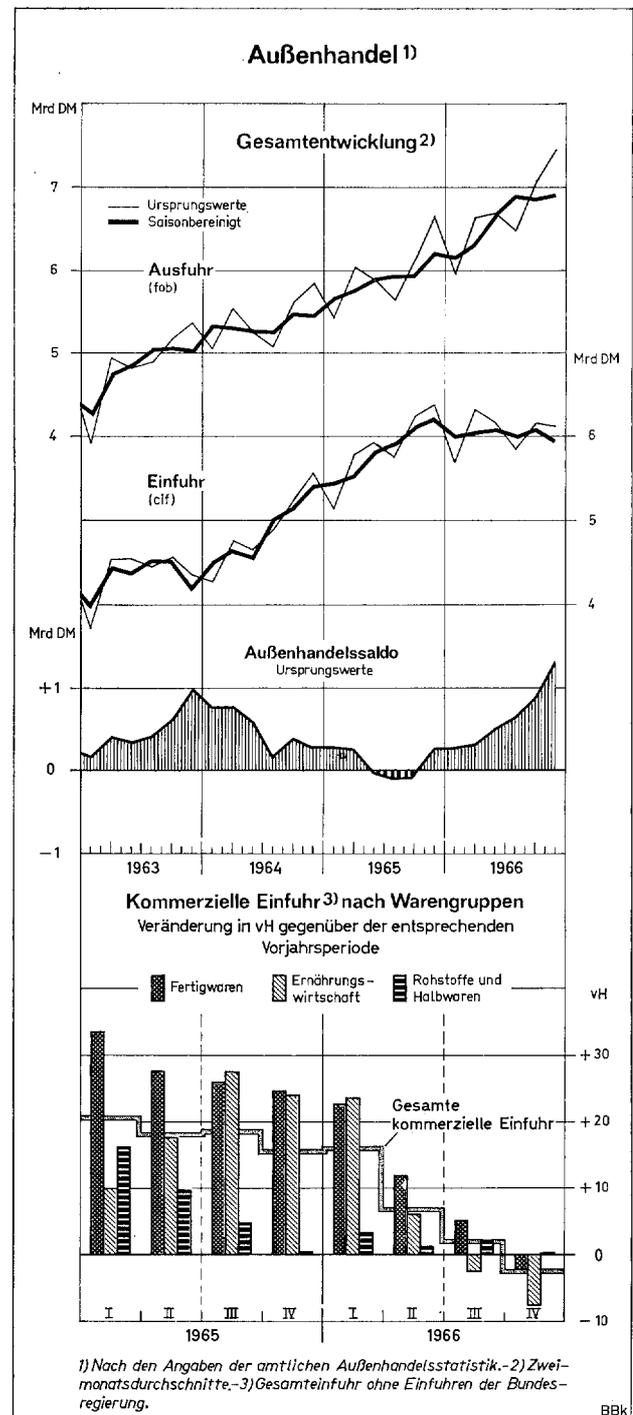
Position	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1965		1966	
								1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
<b>A. „Grundbilanz“</b>											
<b>I. Bilanz der laufenden Posten</b>											
<b>1. Leistungsbilanz</b>											
Warenhandel											
(Ausfuhr fob, Einfuhr fob)	+8 432	+9 585	+6 171	+9 120	+9 530	+5 092	+11 663	+2 797	+2 295	+3 731	+7 932
Dienstleistungsverkehr	- 326	-2 245	-3 110	-3 140	-4 123	-5 303	- 5 344	-2 504	-2 799	-2 286	-3 058
darunter: Einnahmen von fremden Truppen	( 4 100)	( 3 824)	( 4 300)	( 4 289)	( 4 220)	( 4 160)	( 4 956)	( 1 932)	( 2 228)	( 2 259)	( 2 697)
Saldo der Leistungsbilanz	+8 106	+7 340	+3 061	+5 980	+5 407	- 211	+ 6 319	+ 293	- 504	+1 445	+4 874
<b>2. Übertragungen<sup>1)</sup></b>											
Privat	- 574	- 986	-1 353	-1 603	-1 844	-2 388	- 2 751	-1 057	-1 331	-1 269	-1 482
Öffentlich	-2 820	-3 449	-3 801	-3 355	-3 100	-3 472	- 3 150	-2 050	-1 422	-1 690	-1 460
Saldo der Übertragungen	-3 394	-4 435	-5 154	-4 958	-4 944	-5 860	- 5 901	-3 107	-2 753	-2 959	-2 942
Saldo der laufenden Posten (1 + 2)	+4 712	+2 905	-2 093	+1 022	+ 463	-6 071	+ 418	-2 814	-3 257	-1 514	+1 932
<b>II. Langfristiger Kapitalverkehr (ohne Sondertransaktionen)<sup>2)</sup></b>											
<b>1. Deutsche Investitionen im Ausland (Zunahme: -)</b>											
Privat	-1 435	-1 107	-1 382	-1 247	-1 872	-1 916	- 2 435	-1 046	- 870	-1 554	- 881
Direktinvestitionen	(- 633)	(- 862)	(-1 128)	(- 862)	(- 972)	(-1 174)	(- 1 347)	(- 595)	(- 579)	(- 661)	(- 686)
Kredite und Darlehen	(- 303)	(- 294)	(- 36)	(- 208)	(- 373)	(- 266)	(- 285)	(- 70)	(- 196)	(- 116)	(- 169)
Portfolioinvestitionen	(- 499)	(+ 49)	(- 218)	(- 177)	(- 527)	(- 476)	(- 803)	(- 381)	(- 95)	(- 777)	(- 26)
Öffentlich	- 825	-1 024	-1 084	-1 120	-1 161	-1 213	- 1 303	- 472	- 741	- 591	- 712
Insgesamt	-2 260	-2 131	-2 466	-2 367	-3 033	-3 129	- 3 738	-1 518	-1 611	-2 145	-1 593
<b>2. Ausländische Investitionen im Inland (Zunahme: +)</b>											
Privat	+2 538	+2 017	+2 428	+4 366	+2 320	+4 021	+ 3 919	+2 108	+1 913	+2 580	+1 339
Direktinvestitionen	(+ 617)	(+ 897)	(+ 930)	(+1 445)	(+2 033)	(+3 142)	(+ 2 823)	(+1 900)	(+1 242)	(+1 816)	(+1 007)
Kredite und Darlehen	(+ 393)	(+ 35)	(+ 253)	(+ 352)	(+ 279)	(+ 857)	(+ 1 446)	(+ 244)	(+ 613)	(+ 861)	(+ 585)
Portfolioinvestitionen	(+1 528)	(+1 085)	(+1 245)	(+2 569)	(+ 8)	(+ 22)	(- 350)	(- 36)	(+ 58)	(- 97)	(- 253)
Öffentlich	- 314	- 92	- 89	- 61	- 79	- 74	- 144	- 48	- 26	- 94	- 50
Insgesamt	+2 224	+1 925	+2 339	+4 305	+2 241	+3 947	+ 3 775	+2 060	+1 887	+2 486	+1 289
Saldo des langfristigen Kapitalverkehrs (1 + 2)	- 36	- 206	- 127	+1 938	- 792	+ 818	+ 37	+ 542	+ 276	+ 341	- 304
Saldo der Grundbilanz (I + II)	+4 676	+2 699	-2 220	+2 960	- 329	-5 253	+ 455	-2 272	-2 981	-1 173	+1 628
<b>B. Kurzfristiger Kapitalverkehr (ohne Sondertransaktionen)<sup>3)</sup></b>											
Kreditinstitute	+2 254	- 264	- 147	+ 704	+ 51	- 187	- 388	-2 102	+1 915	-1 384	+ 996
Unternehmen <sup>3)</sup>	+ 590	+ 545	+ 505	+ 39	+ 225	+ 817	+ 1 708	+ 259	+ 558	+ 894	+ 814
Öffentliche Hand <sup>4)</sup>	- 957	-1 206	+ 594	- 458	-1 447	+1 203	- 189	+ 176	+1 027	+ 137	- 326
Saldo des kurzfristigen Kapitalverkehrs	+1 887	- 925	+ 952	+ 285	-1 171	+1 833	+ 1 131	-1 667	+3 500	- 353	+1 484
<b>C. Sondertransaktionen im Kapitalverkehr</b>											
Langfristig <sup>5)</sup>	- 100	-4 005	-	-	-	-	-2 682	-	-	-1 898	- 784
Kurzfristig <sup>6)</sup>	-	-	-	-	-	-	+ 1 304	-	-	+1 304	-
Saldo der Sondertransaktionen	- 100	-4 005	-	-	-	-	- 1 378	-	-	- 594	- 784
Saldo der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs (A + B + C)	+6 463	-2 231	-1 268	+3 245	-1 500	-3 420	+ 208	-3 939	+ 519	-2 120	+2 328
D. Restposten <sup>7)</sup>	+1 544	+ 303	+ 716	- 673	+1 512	+1 914	+ 822	+2 256	- 342	+1 113	- 291
E. Devisenbilanz <sup>8)</sup>	+8 007	-1 928 <sup>8)</sup>	- 552	+2 572	+ 12	-1 506	+ 1 030	-1 683	+ 177	-1 007	+2 037

<sup>1)</sup> Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — <sup>2)</sup> Die Aufgliederung des langfristigen Kapitalverkehrs nach „Direktinvestitionen“, „Kredite und Darlehen“ sowie „Portfolioinvestitionen“ ist zum Teil geschätzt; die Untergliederung nach Sachpositionen kann der Tabelle „Kapitalverkehr mit dem Ausland“ im Statistischen Teil des Monatsberichtes entnommen werden. — <sup>3)</sup> Hauptsächlich Gewährung und Inanspruchnahme von Finanzkrediten. — <sup>4)</sup> Im wesentlichen handelt es sich um die Veränderung der Forderungen des Bundes aus Vorauszahlungen für Verteidigungseinführen und der Verpflichtungen gegenüber dem IWF im Rahmen der deutschen Quote (ohne Quotenerhöhung). — <sup>5)</sup> 1960: Inanspruchnahme des im August 1960 vereinbarten Kredits der Deutschen Bundesbank an die Weltbank (rd. 1 Mrd DM) in Höhe von 100 Mio DM; 1961: Vorfristige Rückzahlung von Verbindlichkeiten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe (3 125 Mio DM) und weitere Inanspruchnahme des Kredits der Bundesbank an die Weltbank (880 Mio DM); 1966: Vorfristige Rückzahlung von Verbindlichkeiten an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, (156 Mio DM) und an die Vereinigten Staaten (784 Mio DM) sowie Erhöhung der deutschen Quote im Internationalen Währungsfonds (1 650 Mio DM) und des deutschen Kapitalanteils an der Weltbank (92 Mio DM). — <sup>6)</sup> Hinterlegung von Schuldscheinen beim Internationalen Währungsfonds (1 221 Mio DM) und bei der Weltbank (83 Mio DM) anlässlich der Erhöhung der deutschen Quoten in diesen Institutionen. — <sup>7)</sup> Unaufgeklärte Differenz zwischen der Devisenbilanz und dem Saldo der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs. — <sup>8)</sup> Veränderung der Nettowährungsreserven der Deutschen Bundesbank; Zunahme: +, — \*) Ohne die durch die DM-Aufwertung bedingte Abnahme der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank um 1 419 Mio DM.

ausgleichsabkommens mit den Vereinigten Staaten) gegenüber, die jedoch im wesentlichen nicht in der Dienstleistungsbilanz, sondern in anderen Posten der Zahlungsbilanz enthalten sind. Es handelt sich dabei vor allem um Einfuhren militärischer Ausrüstungsgegenstände (Bestandteil der Wareneinfuhr), um Vorauszahlungen für später zu leistende Lieferungen gleicher Art (diese Beträge sind im kurzfristigen Kapitalverkehr enthalten) und — als einmalige Ausgleichstransaktion — um den Erwerb der restlichen amerikanischen Forderungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe durch die Bundesbank (Bestandteil des langfristigen Kapitalverkehrs). Insgesamt erreichten diese Zahlungen 1966 rund 4 Mrd DM, was nicht wesentlich niedriger war als die Einnahmen von fremden Truppen in früheren Jahren. Sie blieben aber hinter den Einnahmen des Jahres 1966, die vor allem wegen der Verlegung amerikanischer Dienststellen in die Bundesrepublik besonders hoch waren, merklich zurück.

Die übrigen Positionen der Dienstleistungsbilanz sind mehr oder weniger stark vom Konjunkturverlauf beeinflußt worden. Das gilt einmal für die *Transportbilanz*. Einschließlich der Frachtkosten für die Einfuhr über See ist der Fehlbetrag in diesem Bereich 1966 nach zum Teil noch vorläufigen Berechnungen auf rund 540 Mio DM zurückgegangen gegen 760 Mio DM im Vorjahr und 1,1 Mrd DM im Jahre 1964. Hierzu trug bei, daß 1966 die Ausgaben für Seefrachten, die im Rahmen der Transportbilanz besonders stark zu Buche schlagen, bei fast stagnierender Einfuhr und leicht rückläufigen Frachtraten mit 3,3 Mrd DM kaum über das Vorjahresniveau hinausgingen. Die Aufwendungen deutscher Reedereien für die Inanspruchnahme ausländischer Hafendienste, die ebenfalls auf der Ausgabenseite der Transportbilanz berücksichtigt werden, waren zwar entsprechend den gestiegenen Transportleistungen der deutschen Schiffe etwas höher als im vorangegangenen Jahr. Gleichzeitig sind aber die Einnahmen der Bundesrepublik aus Transportleistungen (nicht zuletzt wegen höherer deutscher Leistungen im Seeverkehr) von 5,3 Mrd DM im Jahre 1965 auf 5,8 Mrd DM im Jahre 1966 gestiegen.

Konjunkturelle Faktoren dürften auch der entscheidende Grund dafür gewesen sein, daß sich das Defizit der *Kapitalertragsbilanz* 1966 auf 1,7 Mrd DM verringert hat gegen 1,9 Mrd DM im Jahr zuvor. Der Einfluß dieser Faktoren zeigt sich vor allem darin, daß die Dividendenzahlungen und die Gewinnausschüttungen an Ausländer 1966 mit 1,9 Mrd DM um knapp 300 Mio DM niedriger waren als 1965. Die übrigen Kapitalerträge des Auslands sind zwar — gemäß der Zunahme des ausländischen Vermögens in der Bundes-



republik — weiter gestiegen, jedoch ist damit der Rückgang der Gewinnausschüttungen an ausländische Anteilseigner nicht ganz aufgewogen worden. Auf der anderen Seite erhöhten sich die Einnahmen der Bundesrepublik aus Kapitalanlagen im Ausland 1966 um rund 200 Mio DM auf 1,5 Mrd DM (darunter allein 550 Mio DM Zinserträge der Bundesbank aus ihren Auslandsaktiva). Die Gesamtsumme der deutschen Kapitalertragszahlungen an das Ausland (3,2 Mrd DM) wurde damit freilich nur etwa zur Hälfte aufgewogen.

*Einnahmen und Ausgaben im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland*  
Mio DM

Position	1963			1964			1965			1966		
	Ein-nahmen	Aus-gaben	Saldo	Ein-nahmen	Aus-gaben	Saldo	Ein-nahmen	Aus-gaben	Saldo	Ein-nahmen	Aus-gaben	Saldo
Einnahmen von fremden Truppen <sup>1)</sup>	4 289	—	+4 289	4 220	—	+4 220	4 160	—	+4 160	4 956	—	+4 956
Reiseverkehr	2 433	4 341	—1 908	2 723	4 704	—1 981	2 914	5 563	—2 649	3 188	6 467	—3 279
Transport <sup>2)</sup>	4 218	5 025	— 807	4 773	5 875	—1 102	5 321	6 078	— 757	5 804	6 346	— 542
dar.: Seefrachten	(2 083)	(2 693)	(— 610)	(2 387)	(3 324)	(— 937)	(2 607)	(3 295)	(— 688)	(2 763)	(3 325)	(— 562)
Kapitalerträge	1 008	2 293	—1 285	1 086	2 760	—1 674	1 312	3 174	—1 862	1 497	3 154	—1 657
Provisionen, Werbe- und Messekosten	235	1 572	—1 337	274	1 767	—1 493	324	1 920	—1 596	322	2 129	—1 807
Lizenzen und Patente	216	637	— 421	265	698	— 433	319	781	— 462	308	805	— 497
Arbeitsentgelte <sup>3)</sup>	247	637	— 390	303	694	— 391	315	844	— 529	367	1 057	— 690
Übrige Dienstleistungen	1 247	2 528	—1 281	1 616	2 885	—1 269	1 943	3 551	—1 608	2 203	4 031	—1 828
<b>Insgesamt</b>	<b>13 893</b>	<b>17 033</b>	<b>—3 140</b>	<b>15 260</b>	<b>19 383</b>	<b>—4 123</b>	<b>16 608</b>	<b>21 911</b>	<b>—5 303</b>	<b>18 645</b>	<b>23 989</b>	<b>—5 344</b>
<i>Nachrichtlich:</i> Saldo der Dienstleistungsbilanz ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Fracht- und Versicherungskosten	14 850	14 902	— 52	16 168	16 842	— 674	17 748	19 162	—1 414	19 913	21 552	—1 639

<sup>1)</sup> Einschl. der nicht gesondert erfaßten Einnahmen auf Grund von Warenlieferungen. — <sup>2)</sup> Einschl. der bei den monatlichen Zahlungsbilanzaufstellungen im cif-Wert der Einfuhr erfaßten Ausgaben für Frachtkosten. — <sup>3)</sup> Ohne die bei den Übertragungen berücksichtigten Lohnüberweisungen der Gastarbeiter.

Der „Verbesserung“, die die Dienstleistungsbilanz durch höhere Einnahmen von fremden Truppen auf der einen und durch geringere Defizite der Transport- und der Kapitalertragsbilanz auf der anderen Seite erfuhr, standen jedoch höhere Ausgaben im Reiseverkehr gegenüber. Das Defizit der Reiseverkehrsbilanz wuchs 1966 auf 3,3 Mrd DM gegen 2,6 Mrd DM im vorangegangenen Jahr und 2,0 Mrd DM im Jahre 1964. Die Ausgaben im Reiseverkehr sind um 16 vH auf 6,5 Mrd DM gestiegen. Die Zunahme war damit etwas geringer als im Jahr zuvor, in dem sie 18 vH betragen hatte. Sie ging jedoch beträchtlich über die Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (+ 5,9 vH) hinaus, so daß der für Auslandsreisen verwendete Teil des Einkommens 1966 auf 2,1 vH wuchs nach 1,9 vH im Jahre 1965. Andererseits haben sich die Einnahmen der Bundesrepublik von ausländischen Besuchern im abgelaufenen Jahr um 9 vH auf 3,2 Mrd DM erhöht. (Über nähere Einzelheiten informiert der Aufsatz „Der Reiseverkehr mit dem Ausland“ im Monatsbericht der Bundesbank vom Dezember 1966, Seite 15 ff.)

Von den sonstigen Teilbereichen des Dienstleistungsverkehrs ist zu bemerken, daß sich die Netto-Ausgaben für Provisionen, Werbe- und Messekosten, wohl nicht zuletzt als Folge verstärkter Bemühungen deutscher Exporteure um die Auslandsmärkte, um rund 200 Mio DM auf 1,8 Mrd DM erhöhten. Die Lizenz- und Patentbilanz schloß bei kaum veränderten Einnahmen und weiter gewachsenen Ausgaben mit einem Defizit von 500 Mio DM ab gegen 460 Mio DM im vorangegangenen Jahr.

### Übertragungen

Auch bei den Übertragungen, dem dritten großen Teilbereich der laufenden Posten der Zahlungsbilanz, hat sich das Defizit 1966 nicht weiter verstärkt; es betrug wie im Vorjahr rund 5,9 Mrd DM. Ähnlich wie im Dienstleistungsverkehr verbergen sich jedoch hinter der Konstanz des Gesamtbetrages zum Teil stark gegenläufige Entwicklungen. So waren die Einkommens- und Vermögensübertragungen der öffentlichen Hand an das Ausland mit 3,2 Mrd DM um 320 Mio DM niedriger als ein Jahr zuvor. Ausschlaggebend hierfür war das Auslaufen des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel, für das 1965 als letzte Rate 300 Mio DM gezahlt worden waren, während im Jahre 1966 keine „kollektiven“, sondern nur noch „individuelle“ Wiedergutmachungsleistungen an Israel erbracht wurden. Insgesamt waren die Leistungen an individuelle Wiedergutmachungsberechtigte im Ausland 1966 mit 1,8 Mrd DM wieder ebenso hoch wie im vorangegangenen Jahr. Bei den sonstigen Übertragungen der öffentlichen Hand handelte es sich vor allem um Ausgaben für Renten, Pensionen und Unterstützungszahlungen (570 Mio DM) sowie um Beiträge an internationale Organisationen (430 Mio DM). Die Zahlungen des Bundes an den EWG-Agrarfonds machten dabei 50 Mio DM aus; die Zahlungsverpflichtungen nehmen hier aber in den kommenden Jahren, insbesondere ab 1969, beträchtlich zu.

Die Verringerung der öffentlichen Leistungen wurde durch eine Zunahme der privaten Übertragungen (um 400 Mio DM auf reichlich 2,7 Mrd DM) aufgewogen. Im Vordergrund standen dabei die Lohnüberweisungen

der in der Bundesrepublik beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte; die Heimatüberweisungen der Gastarbeiter betragen ungefähr 1,9 Mrd DM gegen 1,7 Mrd DM im Vorjahr. Die nochmalige Zunahme hängt wohl in erster Linie damit zusammen, daß im Durchschnitt des Jahres 1966 mit 1,2 Millionen etwa 100 000 Gastarbeiter mehr in der Bundesrepublik beschäftigt waren als im Durchschnitt des Jahres 1965. Von den gesamten Überweisungen der Gastarbeiter gingen schätzungsweise 700 Mio DM nach Italien, jeweils 350 Mio DM nach Spanien und Griechenland sowie 300 Mio DM in die Türkei. Die übrigen privaten Übertragungen, vornehmlich Leistungen karitativer Organisationen ohne rechtliche Verpflichtung sowie Unterstützungszahlungen, haben ebenfalls weiter zugenommen; sie lagen mit 800 Mio DM um 100 Mio DM über dem Vorjahrsbetrag.

### Kapitalbilanz

In der Kapitalbilanz der Bundesrepublik mit dem Ausland haben sich die Nettokapitalimporte, wenn von Sondertransaktionen abgesehen wird, von 2,7 Mrd DM im Jahre 1965 auf 1,2 Mrd DM im Jahre 1966 verringert. Unter Einschluß der Sondertransaktionen, die im abgelaufenen Jahr zu Mittelabflüssen von fast 1,4 Mrd DM geführt haben, ergab sich 1966 sogar ein Nettokapitalexport von rund 200 Mio DM. Bei den Sondertransaktionen handelte es sich einmal um die vorfristige Rückzahlung von Auslandsschulden des Bundes aus der Vor- und Nachkriegszeit: Im April 1966 übernahm die Bundesbank die Forderungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) an den Bund in Höhe von 156 Mio DM aus der Abwicklung ihrer Reichsmarkvermögensanlagen. Weiter erwarb die Bundesbank Ende 1966 im Zusammenhang mit dem deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommen die restlichen Forderungen der Vereinigten Staaten an den Bund aus der Nachkriegswirtschaftshilfe in Höhe von 196 Mio US- $\text{\$}$ ; das sind zum Tageskurs umgerechnet 779 Mio DM<sup>1)</sup>. Der Bund hat sich gegenüber der Bundesbank verpflichtet, diesen Betrag bis zum Jahre 1971 und ihre von der BIZ erworbene Forderung bis 1970 zu tilgen.

Zu beträchtlichen Kapitalexporten kam es ferner dadurch, daß im Zuge der 1964 vorgeschlagenen und 1965 beschlossenen allgemeinen Quotenerhöhung im Internationalen Währungsfonds die deutsche Beteiligung am IWF im Mai 1966 von 787,5 Mio US- $\text{\$}$  auf 1 200 Mio US- $\text{\$}$  heraufgesetzt wurde. Die Quoten-

<sup>1)</sup> Im Unterschied zu diesem Betrag wird in der Zahlungsbilanz der zum Paritätskurs umgerechnete DM-Gegenwert (784 Mio DM) ausgewiesen.

erhöhung im Betrage von 1 650 Mio DM (= 412,5 Mio US- $\text{\$}$ ) wird in der Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs in vollem Umfang als Zunahme deutscher Auslandsforderungen (d. h. als Kapitalexport) berücksichtigt, und zwar deshalb, weil sich der Anteil der Bundesrepublik am Kapital des Währungsfonds um diesen Betrag erhöht hat. Nach den Statuten des Fonds sind bei einer Quotenerhöhung 25 vH des Aufstockungsbetrages in Gold und 75 vH in Landeswährung einzuzahlen, wobei der Verpflichtung zur Einzahlung in Landeswährung durch Hingabe unverzinslicher Schuldscheine nachgekommen werden kann. Dementsprechend hat der Bund Gold im Werte von 412,5 Mio DM an den Fonds überwiesen. Von dem in DM fälligen Betrag dagegen wurden nur 16,5 Mio DM auf das bei der Bundesbank geführte DM-Konto des IWF eingezahlt, während der Rest durch Hingabe von DM-Schuldscheinen im Werte von 1 221 Mio DM „finanziert“ worden ist. Die Aushändigung der Schuldscheine wurde in der Zahlungsbilanz als Zunahme der kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten verbucht, d. h. wie ein kurzfristiger Kapitalimport. Die Kapitalbilanz ist also in Höhe der Schuldscheintransaktion auf beiden Seiten aufgebläht. Im Endeffekt ist sie durch die Erhöhung der deutschen Quote im IWF nur mit 429 Mio DM „belastet“ worden, nämlich in Höhe der Goldzahlung an den Fonds und der 16,5 Mio DM-Zahlung in Landeswährung. Auch hinsichtlich dieser Posten ist jedoch die Verbuchung nicht voll befriedigend, da es ebenso angängig wäre, in den Bar-einzahlungen beim Fonds nur eine Umschichtung der zentralen Währungsreserven zu sehen, sie also aus der Kapitalbilanz auszuschalten (vgl. hierzu auch die Ausführungen auf Seite 30).

Gleichzeitig mit der Erhöhung der deutschen Quote im Internationalen Währungsfonds ist auch die Beteiligung der Bundesrepublik am Kapital der Weltbank aufgestockt worden, und zwar von 1 050 Mio US- $\text{\$}$  auf 1 280 Mio US- $\text{\$}$ . Von der Erhöhung (im Gegenwert von 920 Mio DM) waren jedoch nur 1 vH (= 9,2 Mio DM) durch Zahlung in US-Dollar und 9 vH (= 82,8 Mio DM) durch Hinterlegung von DM-Schuldscheinen zu begleichen; die restlichen 90 vH stellen lediglich eine die Zahlungsbilanz nicht berührende Zunahme der Haftsumme dar.

In den Tabellen dieses Aufsatzes sind die vorstehend geschilderten Transaktionen als Sondertransaktionen außerhalb des „regulären“ Kapitalverkehrs aufgeführt, auf den sich die folgenden Darlegungen ausschließlich beziehen. Diese regulären Kapitalbewegungen haben 1966, soweit sie statistisch erfaßt wurden, zwar erneut mit Nettokapitalimporten abge-

Kapitalverkehr mit dem Ausland\*)

Mio DM

Position	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1965		1966	
								1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
<b>A. Langfristiger Kapitalverkehr (ohne Sondertransaktionen)</b>											
<b>I. Privater Kapitalverkehr</b>											
<b>1. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland, gesamt</b>	-1 435	-1 107	-1 382	-1 247	-1 872	-1 916	-2 435	-1 046	- 870	-1 554	- 881
Direktinvestitionen	- 633	- 862	-1 128	- 862	- 972	-1 174	-1 347	- 595	- 579	- 661	- 686
Aktien	(- 194)	(- 262)	(- 546)	(- 308)	(- 295)	(- 583)	(- 613)	(- 360)	(- 223)	(- 323)	(- 290)
Sonstige Beteiligungen <sup>1)</sup>	(- 267)	(- 300)	(- 325)	(- 393)	(- 457)	(- 406)	(- 469)	(- 157)	(- 249)	(- 193)	(- 276)
Kredite und Darlehen	(- 26)	(- 119)	(- 63)	(+ 6)	(- 41)	(+ 21)	(- 74)	(+ 19)	(+ 2)	(- 46)	(- 28)
Sonstige	(- 146)	(- 181)	(- 194)	(- 167)	(- 179)	(- 206)	(- 191)	(- 97)	(- 109)	(- 99)	(- 92)
Kredite und Darlehen	- 281	- 302	- 67	- 207	- 360	- 277	- 296	- 74	- 203	- 118	- 178
Portfolioinvestitionen	- 521	+ 57	- 187	- 178	- 540	- 465	- 792	- 377	- 88	- 775	- 17
Festverzinsliche Wertpapiere	(+ 24)	(+ 1)	(- 94)	(- 221)	(- 489)	(- 391)	(- 522)	(- 326)	(- 65)	(- 623)	(+ 101)
Aktien <sup>2)</sup>	(- 545)	(+ 56)	(- 93)	(+ 43)	(- 51)	(- 74)	(- 270)	(- 51)	(- 23)	(- 152)	(- 118)
<b>2. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik, gesamt</b>	+2 538	+2 017	+2 428	+4 366	+2 320	+4 021	+3 919	+2 108	+1 913	+2 580	+1 339
Direktinvestitionen	+ 617	+ 897	+ 930	+1 445	+2 033	+3 142	+2 823	+1 900	+1 242	+1 816	+1 007
Aktien	(+ 429)	(+ 533)	(+ 245)	(+ 308)	(+ 547)	(+ 755)	(+1 074)	(+ 319)	(+ 436)	(+ 920)	(+ 154)
Sonstige Beteiligungen <sup>1) 3)</sup>	(+ 349)	(+ 434)	(+ 570)	(+ 590)	(+ 757)	(+1 766)	(+1 122)	(+1 192)	(+ 574)	(+ 407)	(+ 715)
Kredite und Darlehen	(- 68)	(+ 84)	(+ 221)	(+ 626)	(+ 818)	(+ 724)	(+ 447)	(+ 277)	(+ 277)	(+ 561)	(+ 173)
Sonstige	(- 93)	(- 154)	(- 106)	(- 79)	(- 89)	(- 103)	(- 107)	(- 58)	(- 45)	(- 72)	(- 35)
Kredite und Darlehen	+ 277	- 93	+ 221	+ 328	+ 266	+ 839	+1 433	+ 235	+ 604	+ 857	+ 576
Portfolioinvestitionen	+1 644	+1 213	+1 277	+2 593	+ 21	+ 40	- 337	- 27	+ 67	- 93	- 244
Festverzinsliche Wertpapiere	(+1 373)	(+ 303)	(+ 722)	(+1 991)	(+ 5)	(+ 103)	(- 128)	(+ 32)	(+ 71)	(- 16)	(- 112)
Aktien <sup>2)</sup>	(+ 271)	(+ 910)	(+ 555)	(+ 602)	(+ 16)	(- 63)	(- 209)	(- 59)	(- 4)	(- 77)	(- 132)
Saldo	+1 103	+ 910	+1 046	+3 119	+ 448	+2 105	+1 484	+1 062	+1 043	+1 026	+ 458
<b>II. Öffentlicher Kapitalverkehr dar.: Finanzierungshilfen an Entwicklungsländer<sup>4)</sup></b>	-1 139	-1 116	-1 173	-1 181	-1 240	-1 287	-1 447	- 520	- 767	- 685	- 762
Saldo des gesamten langfristigen Kapitalverkehrs	- 36	- 206	- 127	+1 938	- 792	+ 818	+ 37	+ 542	+ 276	+ 341	- 304
<b>B. Kurzfristiger Kapitalverkehr (ohne Sondertransaktionen)</b>											
<b>1. Kreditinstitute</b>											
Forderungen	+1 103	-1 558	- 175	- 129	- 709	- 319	+ 21	- 863	+ 544	- 396	+ 417
Verbindlichkeiten	+1 151	+1 294	+ 28	+ 833	+ 760	+ 132	- 409	-1 239	+1 371	- 988	+ 579
Saldo	+2 254	- 264	- 147	+ 704	+ 51	- 187	- 388	-2 102	+1 915	-1 384	+ 996
<b>2. Unternehmen<sup>5)</sup></b>											
Forderungen	- 82	- 307	+ 151	- 9	- 211	- 226	+ 161	- 68	- 158	- 42	+ 203
Verbindlichkeiten <sup>6)</sup>	+ 672	+ 852	+ 354	+ 48	+ 436	+1 043	+1 547	+ 327	+ 716	+ 936	+ 611
Saldo	+ 590	+ 545	+ 505	+ 39	+ 225	+ 817	+1 708	+ 259	+ 558	+ 894	+ 814
<b>3. Öffentliche Hand<sup>7)</sup></b>	- 957	-1 206	+ 594	- 458	-1 447	+1 203	- 189	+ 176	+1 027	+ 137	- 326
Saldo des gesamten kurzfristigen Kapitalverkehrs	+1 887	- 925	+ 952	+ 285	-1 171	+1 833	+1 131	-1 667	+3 500	- 353	+1 484
<b>Statistisch erfaßter Kapitalverkehr (ohne Sondertransaktionen) (A+B)</b>	+1 851	-1 131	+ 825	+2 223	-1 963	+2 651	+1 168	-1 125	+3 776	- 12	+1 180
<b>C. Sondertransaktionen im Kapitalverkehr<sup>8)</sup></b>	- 100	-4 005	-	-	-	-	-1 378	-	-	- 594	- 784
<b>Saldo aller statistisch erfaßten Kapitalbewegungen (A+B+C) (Nettokapitalexport: -)</b>	+1 751	-5 136	+ 825	+2 223	-1 963	+2 651	- 210	-1 125	+3 776	- 606	+ 396

\*) Zunahme von Forderungen und Abnahme von Verbindlichkeiten: -, Abnahme von Forderungen und Zunahme von Verbindlichkeiten: +. -<sup>1)</sup> Nicht in Wertpapieren verbriefte Geschäfts- und Kapitalanteile. -<sup>2)</sup> Einschl. Investmentzertifikate. -<sup>3)</sup> Hauptsächlich GmbH-Anteile. -<sup>4)</sup> „Bilaterale“ Kredite und Leistungen, die den Entwicklungsländern über internationale Organisationen zufließen. -<sup>5)</sup> Hauptsächlich Gewährung und Inanspruchnahme von Finanzkrediten. -<sup>6)</sup> Die Veränderungen, die auf die Umwandlung von früher hereingenommenen kurzfristigen Krediten in Eigenkapital und in langfristige Kredite zurückgehen, sind nicht ausgeschaltet (1964: 234 Mio DM, 1965: 847 Mio DM, 1966: 243 Mio DM). -<sup>7)</sup> Im wesentlichen handelt es sich um die Veränderung der Forderungen des Bundes aus Vorauszahlungen für Verteidigungseinführen und der Verpflichtungen des Bundes gegenüber dem IWF im Rahmen der deutschen Quote (ohne Quotenerhöhung). -<sup>8)</sup> 1960: Inanspruchnahme des im August 1960 vereinbarten Kredits der Deutschen Bundesbank an die Weltbank (rd. 1 Mrd DM) in Höhe von 100 Mio DM; 1961: Vorrüstige Rückzahlung von Verbindlichkeiten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe (3 125 Mio DM) und weitere Inanspruchnahme des Kredits der Bundesbank an die Weltbank (880 Mio DM); 1966: Vorrüstige Rückzahlung von Verbindlichkeiten an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, (156 Mio DM) und an die Vereinigten Staaten (784 Mio DM) sowie Zahlungen an den Internationalen Währungsfonds (429 Mio DM) und an die Weltbank (9 Mio DM) anlässlich der Erhöhung der deutschen Quoten in diesen Institutionen.

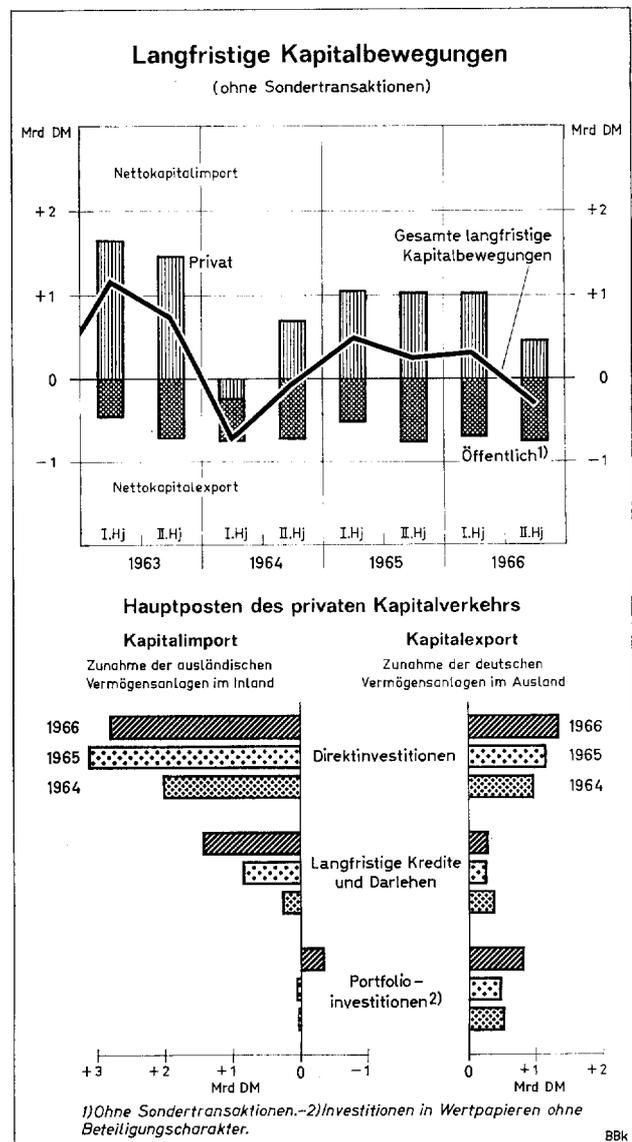
schlossen, jedoch haben sich die Zuflüsse, wie erwähnt, auf 1,2 Mrd DM verringert gegen 2,7 Mrd DM im vorangegangenen Jahr. Zu dieser Entwicklung haben der langfristige und der kurzfristige Kapitalverkehr zu etwa gleichen Teilen beigetragen.

### Langfristiger Kapitalverkehr

Die langfristigen Kapitalbewegungen mit dem Ausland (ohne Sondertransaktionen) glichen sich im Jahre 1966 nahezu aus, während sie im Jahr zuvor noch zu Mittelzuflüssen von mehr als 800 Mio DM geführt hatten. Das Versiegen des langfristigen Kapitalimports im Jahre 1966 erklärt sich vor allem daraus, daß die private Kapitaleinfuhr auf einen Stand sank, auf dem sie fast vollständig durch öffentliche Kapitalexperte kompensiert wurde.

Im privaten langfristigen Kapitalverkehr ist 1966 per Saldo für 1,5 Mrd DM Kapital eingeführt worden gegen 2,1 Mrd DM im vorangegangenen Jahr. Diese Abnahme beruhte einmal darauf, daß die deutschen Kapitalanlagen im Ausland 1966 stärker wuchsen als in den vorangegangenen Jahren. Sie hing aber auch damit zusammen, daß die neuen ausländischen Vermögensanlagen im Bundesgebiet das Vorjahrsergebnis nicht ganz erreichten. Im einzelnen beliefen sich die deutschen Investitionen im Ausland 1966 auf 2,4 Mrd DM gegen 1,9 Mrd DM im Jahre 1965, wobei die Direktinvestitionen (Aufwendungen für den Erwerb ausländischer Unternehmen, namentlich Übernahme ausländischer Aktien und Erwerb von nicht in Aktien verbrieften Geschäftsanteilen, sowie Errichtung von Zweig- und Tochtergesellschaften im Ausland) mit reichlich 1,3 Mrd DM zwar wenig größer waren als im Vorjahr (1,2 Mrd DM), im Hinblick auf die Kapitalknappheit im Inland jedoch als durchaus beachtlich bezeichnet werden müssen. Nicht unbeträchtlich waren auch die sogenannten Portfolioinvestitionen, wobei es sich um die Übernahme von ausländischen festverzinslichen Wertpapieren, aber auch um Käufe von ausländischen Aktien handelt, soweit diese Transaktionen nicht mit dem Erwerb neuer oder der Ausweitung alter Beteiligungen zusammenhängen. Diese Portfolioinvestitionen beliefen sich 1966 auf 0,8 Mrd DM gegen 0,5 Mrd DM ein Jahr zuvor. Rund die Hälfte der neuen Portfolioanlagen erklärt sich allein durch die bereits in früheren Berichten geschilderte DEA-Texaco-Transaktion<sup>1)</sup>. Die Mehrheit der Aktionäre der Deutschen Erdöl Aktiengesellschaft hatte im Juni 1966 das Angebot des amerikanischen Ölkonzerns Texaco Inc. angenommen, ihre Aktien in DM-Wandelschuldverschrei-

bungen der „Deutschen Texaco, Ltd.“ (einer amerikanischen Tochtergesellschaft der Texaco Inc.) umzutauschen. In der Zahlungsbilanz erscheinen daher für 718 Mio DM deutsche Portfolioinvestitionen im Ausland (was den übernommenen Wandelschuldverschreibungen entspricht), denen der gleiche Betrag an Direktinvestitionen des Auslandes in Deutschland gegenübersteht. Diese Transaktion hat also die Zahlungsbilanz und den deutschen Kapitalmarkt nicht belastet; nach dem Umtausch wurden sogar Texaco-Schuldverschreibungen im Betrage von 275 Mio DM aus inländischem Besitz an Ausländer verkauft. Die übrigen im Jahre 1966 am deutschen Kapitalmarkt aufgelegten sieben DM-Anleihen ausländischer Emittenten mit einem Emissionserlös von 610 Mio DM (darunter einer weiteren Wandelanleihe) wurden wegen der für Inländer uninteressanten Rendite sogar überwiegend — zu etwa



<sup>1)</sup> Vgl.: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 18. Jg., Nr. 8, August 1966, Seite 46.

75 vH — von ausländischen Anlegern gezeichnet. Drei dieser Anleihen mit einem Betrage von zusammen 260 Mio DM wurden durch in Luxemburg domizilierende Finanzierungsgesellschaften deutscher Unternehmen emittiert, nämlich jeweils 100 Mio DM durch die Thyssen Investment S. A. und die Siemens Europa-Finanz AG sowie 60 Mio DM durch die AEG Finanz-Holding S. A.

Die *ausländischen Kapitalanlagen in der Bundesrepublik* haben im vergangenen Jahr, wie erwähnt, etwas schwächer als 1965 zugenommen. Insgesamt investierte das Ausland 1966 im Bundesgebiet netto 3,9 Mrd DM gegen 4,0 Mrd DM im Jahr zuvor, wobei die ausländischen Direktinvestitionen 2,8 Mrd DM gegen 3,1 Mrd DM in 1965 betragen. Allerdings können diese Beträge nicht in vollem Umfang mit Geldzuflüssen aus dem Ausland gleichgesetzt werden. Wie bereits erwähnt, wurde zum Beispiel die Übernahme der Mehrheit des Grundkapitals der DEA durch die Texaco nicht durch Kapitalimporte im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern durch Hingabe von Schuldverschreibungen des amerikanischen Investors „finanziert“. Außerdem wurden bereits früher von ausländischen Gläubigern im Betrage von 250 Mio DM gegebene kurzfristige Kredite in langfristiges Kapital umgewandelt; auch hierdurch sind den begünstigten Unternehmen keine neuen Mittel aus dem Ausland zugeführt worden. Setzt man diese Vorgänge von dem statistisch für 1966 nachgewiesenen Betrag der ausländischen Direktinvestitionen (2,8 Mrd DM) ab, so ergibt sich ein „zahlungsbilanzwirksamer“ Kapitalzustrom von 1,9 Mrd DM. Freilich waren auch im Jahre 1965 die Zahlen über Direktinvestitionen durch „zahlungsbilanzneutrale“ Vorgänge, nämlich durch Umbuchungen, aufgebläht worden. Damals hatten vor allem einige amerikanische Unternehmen in größerem Umfang ihre an deutsche Tochterunternehmen kurzfristig gegebenen Mittel in langfristige Investitionen umgewandelt. Ohne diese Umwandlungen hätten sich die ausländischen Direktinvestitionen 1965 auf 2,3 Mrd DM belaufen. Verglichen hiermit waren die Direktinvestitionen im Berichtsjahr um gut 400 Mio DM niedriger. Demgegenüber sind die vom Ausland gewährten langfristigen Kredite im Jahre 1966 stärker als im Vorjahr gewachsen. Sie betragen 1,4 Mrd DM gegen 0,8 Mrd DM im Jahre 1965. Gegen Ende des Jahres 1966 hat sich jedoch die Tendenz, Kredite im Ausland aufzunehmen, fühlbar abgeschwächt.

Im *öffentlichen* Kapitalverkehr mit dem Ausland sind die Nettokapitalexporte im Jahre 1966 um 160 Mio DM auf reichlich 1,4 Mrd DM gestiegen. Dabei

handelt es sich fast ausschließlich um Finanzierungshilfen an Entwicklungsländer (1,3 Mrd DM). Unter den Empfängerstaaten der „bilateralen“, meist über die Kreditanstalt für Wiederaufbau geleiteten Entwicklungshilfekredite sind vor allem Israel (230 Mio DM), Indien (150 Mio DM), Pakistan (140 Mio DM) und Liberia (90 Mio DM) zu nennen. Außerdem zahlte der Bund die zweite — 97 Mio DM betragende — Rate auf die Erhöhung des deutschen Kapitalanteils bei der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA)<sup>1)</sup>. Die hier genannten Beträge stellen allerdings nur einen Teil der gesamten deutschen Entwicklungshilfe dar. Nach den international üblichen Abgrenzungen werden dazu auch die sogenannte technische Hilfe und bestimmte private Kapitalleistungen, die in anderen Positionen der Zahlungsbilanz enthalten sind, gerechnet. Bezieht man diese Aufwendungen in die Betrachtung ein, so stellten sich die gesamten (öffentlichen und privaten) Aufwendungen für die Entwicklungshilfe 1966 nach ersten Berechnungen auf ungefähr 2,5 Mrd DM gegen 2,7 Mrd DM im Vorjahr und 3,1 Mrd DM im Jahre 1964.

#### *Kurzfristiger Kapitalverkehr*

Die kurzfristigen Kapitalbewegungen mit dem Ausland (ohne Sondertransaktionen) waren im Jahre 1966 durch zum Teil stark gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet. Während die Kreditinstitute und die öffentliche Hand per Saldo kurzfristiges Kapital exportierten, nahmen die Wirtschaftsunternehmen in erheblichem Umfang kurzfristige Mittel im Ausland auf. Im Gesamtergebnis des kurzfristigen Kapitalverkehrs überwogen die Mittelzuflüsse, doch waren sie mit 1,1 Mrd DM merklich geringer als im Jahr zuvor, in dem sie 1,8 Mrd DM betragen hatten.

Entscheidend für die Veränderung des Gesamtsaldos war die Umkehr bei den kurzfristigen Kapitaltransaktionen der *öffentlichen Hand*. Im Jahre 1966 hat nämlich die öffentliche Hand kurzfristiges Kapital im Betrage von netto 190 Mio DM exportiert, wogegen sie im Jahr zuvor für 1,2 Mrd DM Kapital „importiert“ hatte, was in erster Linie dadurch zustande kam, daß die Zahlungen des Bundes für Verteidigungseinfuhren erheblich hinter den effektiven Rüstungsimporten zurückgeblieben waren und der Bund infolgedessen auf seine Forderungen aus früher geleisteten Vorauszahlungen zurückgreifen mußte.

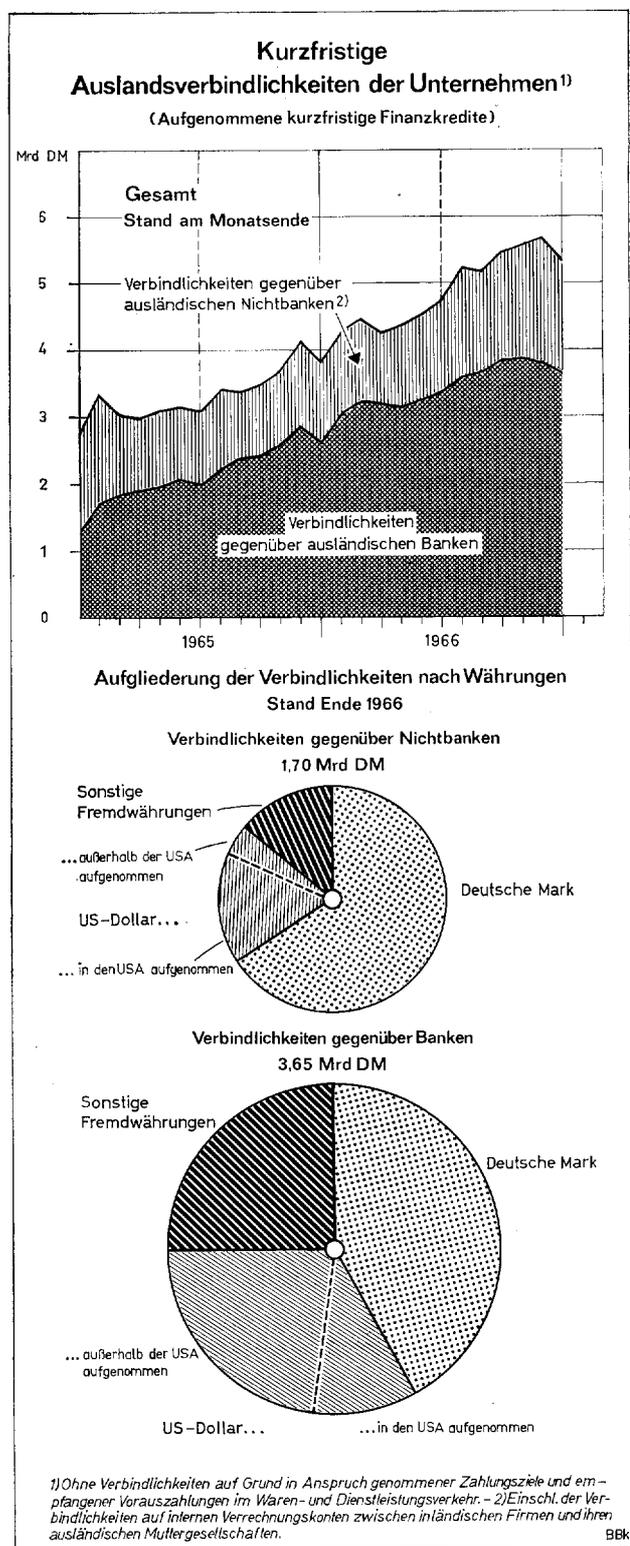
Die kurzfristigen Kapitaltransaktionen der *Kreditinstitute* führten 1966 bei zeitweise starken, weitgehend saisonal bedingten Schwankungen zu einem

<sup>1)</sup> Die Bundesrepublik hatte sich verpflichtet, der IDA in den Jahren 1965 bis 1967 zusätzlich zu ihrem bisherigen Kapitalanteil von 52,9 Mio US-\$ weitere 72,6 Mio US-\$ (= 290,4 Mio DM) zur Verfügung zu stellen.

Nettokapitalexport von annähernd 400 Mio DM. Bei im ganzen kaum veränderten kurzfristigen Auslandsforderungen erklärte sich der Mittelabfluß vor allem daraus, daß die Geschäftsbanken die im Ausland kurzfristig aufgenommenen Kredite verringerten.

Im Gegensatz zu den Kreditinstituten und der öffentlichen Hand haben *deutsche Unternehmen sowie im Inland tätige Tochtergesellschaften ausländischer Firmen* auch im vergangenen Jahr kurzfristiges Kapital aus dem Ausland importiert. Mit 1,8 Mrd DM war der Mittelzufluß, soweit er statistisch erfaßt wird, etwas niedriger als im vorangegangenen Jahr, nicht zuletzt wohl deshalb, weil sich die Neigung zur Kreditaufnahme im Ausland bis zu einem gewissen Grade gegenläufig zur inneren Liquiditätslage, die in der zweiten Hälfte von 1966 durch eine merkliche Entspannung gekennzeichnet war, entwickelt. Allerdings sind die genannten Zahlen nicht ohne weiteres aus der Kapitalverkehrsstatistik ersichtlich, und zwar deshalb nicht, weil die dort ausgewiesenen Beträge (1,0 Mrd DM für 1965 und 1,5 Mrd DM für 1966) insofern „verzerrt“ sind, als die Zahlen über die neu hereingekommenen Mittel statistisch durch die in dem Abschnitt über den langfristigen Kapitalverkehr bereits erwähnte Umwandlung von früher gegebenen kurzfristigen Krediten in langfristige Kredite und in Eigenkapital herabgedrückt wurden (diese Umwandlungen haben sich 1965 auf 850 Mio DM, 1966 dagegen nur auf 250 Mio DM belaufen).

Das Schwergewicht der Kreditaufnahme lag, wie bereits angedeutet, in der ersten Hälfte des Jahres. Gegen Jahresende hat sich dagegen die Mittelaufnahme im Ausland deutlich abgeschwächt. Diese Entwicklung beruhte auf einer Reihe von Gründen. Zunächst hatten die auch an wichtigen ausländischen Geldmärkten einsetzenden Verknappungstendenzen die Kreditaufnahme im Ausland zunehmend erschwert und verteuert. Später kam hinzu, daß die merkliche Entspannung am inländischen Geld- und Kapitalmarkt den Unternehmen die Beschaffung von Finanzierungsmitteln im Inland wieder erleichterte. Auch mag eine Rolle gespielt haben, daß der Finanzierungsbedarf der Wirtschaft infolge von Produktions- und Investitions-einschränkungen zurückging. Erheblich ausgeprägter kamen diese Tendenzen in den statistisch nicht erfaßten Kapitaltransaktionen der Unternehmen mit dem Ausland zum Ausdruck, für deren Entwicklung freilich nur der *Restposten der Zahlungsbilanz* ein Indiz bietet, in den allerdings, wie schon des öfteren dargelegt, auch Transaktionen eingehen, die, wenn sie bekannt wären, der laufenden Rechnung zugerechnet werden müßten. Die Veränderung des Restpostens, der 1966 nur mit 800 Mio DM aktiv war gegen 1,9



Mrd DM im vorangegangenen Jahr, deutet jedoch darauf hin, daß sich auch die statistisch nicht erfaßten kurzfristigen Kreditaufnahmen der Unternehmen im Ausland verringert haben. Zwar dürfte diese Entwicklung zum größten Teil darauf beruhen, daß die Inanspruchnahme von Lieferantenkrediten im Zusammen-

hang mit der starken Abschwächung des Importanstiegs mehr oder weniger automatisch zurückging, während auf der anderen Seite die Kredite der Exporteure an ausländische Abnehmer eher weiter zugenommen haben. Aber teilweise dürfte dabei auch eine bewußte Verringerung der Kreditaufnahme eine Rolle gespielt haben.

*Gesamte Mittelaufnahme der Unternehmen im Ausland*  
(bereinigt um Transaktionen, die — soweit erkennbar — zu keinem neuen Mittelzufluß aus dem Ausland geführt haben)  
Mio DM

Position	1964	1965	1966		
			Gesamt	1. Hj.	2. Hj.
Direktinvestitionen <sup>1)</sup>	+1 815	+2 337	+1 862	+1 038	+ 824
Langfristige Kredite und Darlehen <sup>1)</sup>	+ 226	— 55	+ 361	+ 152	+ 209
Kurzfristige Kredite und Darlehen <sup>1)</sup>	+ 670	+1 890	+1 790	+ 996	+ 794
Restposten der Zahlungsbilanz	+1 512	+1 914	+ 822	+1 113	— 291
<b>Insgesamt</b>	<b>+4 223</b>	<b>+6 086</b>	<b>+4 835</b>	<b>+3 299</b>	<b>+1 536</b>
<i>Zum Vergleich:</i>					
Kreditgewährung deutscher Unternehmen an das Ausland (einschl. Direktinvestitionen im Ausland)	—1 323	—1 464	—1 337	— 777	— 560
Saldo aller statistisch bereinigten Kapitalbewegungen der Unternehmen	+2 900	+4 622	+3 498	+2 522	+ 976

<sup>1)</sup> Im einzelnen wurden ausgeschaltet: Umwandlung bereits früher gegebener kurzfristiger Kredite in langfristige Kredite und in Eigenkapital (Rücklagen); 1964: 234 Mio DM, 1965: 847 Mio DM, 1966: 243 Mio DM. Außerdem wurde der Umtausch von DEA-Aktien in DM-Wandelschuldverschreibungen der „Deutschen Texaco, Ltd.“ nicht berücksichtigt.

In der vorstehenden Tabelle werden Angaben über die gesamte Mittelaufnahme der Unternehmen im Ausland (einschließlich der ausländischen Direktinvestitionen) ausgewiesen, die von den oben beschriebenen Umwandlungen bereinigt wurden. Die Ziffern lassen erkennen, daß die gesamte kurz- und langfristige Mittelaufnahme inländischer Unternehmen (einschließlich des Restpostens der Zahlungsbilanz) von 4,2 Mrd DM im Jahre 1964 auf 6,1 Mrd DM im Jahre 1965 zunahm, im Jahre 1966 aber auf 4,8 Mrd DM zurückging. Besonders deutlich war die Abschwächung in der zweiten Hälfte des letzten Jahres, doch hing dies zum Teil mit saisonalen Faktoren zusammen. Wird die Kreditgewährung deutscher Unternehmen an das Ausland in die Betrachtung einbezogen, so hat sich der Nettokapitalzufluß im Firmenbereich von ungefähr 4,6 Mrd DM im Jahre 1965 auf schätzungsweise 2,5 Mrd DM in der ersten und 1,0 Mrd DM in der zweiten Hälfte des Jahres 1966 verringert.

#### Devisenbilanz

Die Kapitalzuflüsse im kurzfristigen Bereich und die zunehmende Aktivierung der Bilanz in laufender

Rechnung führten — vor allem in der zweiten Jahreshälfte — zu einem Wiederanstieg der zentralen Währungsreserven. Der Gold- und Devisenbestand der Bundesbank hat sich 1966 um reichlich 1,0 Mrd DM erhöht, nachdem er im Jahr zuvor um 1,5 Mrd DM gesunken war. Zugenommen haben vor allem die liquiden Dollarforderungen der Bundesbank, die 1966 um 3,1 Mrd DM und damit weit stärker gestiegen sind als der Gesamtbestand an Währungsreserven. Verringert hat sich dagegen einmal der Goldbestand, und zwar um 472 Mio DM. Der größte Teil hiervon (412,5 Mio DM) entfiel auf die bereits erwähnte Goldeinzahlung beim Internationalen Währungsfonds anlässlich der Erhöhung der deutschen Quote, die — entsprechend der früheren (auch im Bundesbankgesetz verankerten) Praxis — durch eine Kreditgewährung der Bundesbank an den Bund finanziert wurde. Der Abnahme des Goldbestandes stand jedoch eine gleichgroße Zunahme der quasi-automatischen Ziehungsrechte der Bundesrepublik, d. h. ihrer „Reserveposition“ im IWF, gegenüber, weshalb es wirtschaftlich durchaus vertretbar wäre, die reserveähnlichen Gläubigeransprüche gegenüber dem Fonds als einen Bestandteil der deutschen zentralen Währungsreserven zu betrachten. Neben den Goldreserven ist vor allem der Bestand der Bundesbank an DM-Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes (sogenannte Roosa-Bonds) zurückgegangen (um 1 Mrd DM), da einige Fälligkeiten nicht erneuert wurden. Schließlich sind auch die nur beschränkt als Währungsreserve verwendbaren Auslandsforderungen der Bundesbank um 550 Mio DM gesunken, hauptsächlich deshalb, weil über das im Sommer 1965 von der Bundesbank bei der Bank von England eingerichtete zweckgebundene Pfundguthaben im Gegenwert von 465 Mio DM verfügt wurde. Daneben spielte eine Tilgung Großbritanniens auf seine früheren EZU-Schulden im Betrage von 88 Mio DM eine Rolle, womit die restlichen Forderungen der Bundesbank aus der Abwicklung der konsolidierten EZU-Kredite auf 420 Mio DM gesunken sind, d. h. auf weniger als ein Zehntel des ursprünglichen Kreditbetrages. Insgesamt beliefen sich die Währungsreserven der Bundesbank Ende 1966 auf netto 29,8 Mrd DM (gegen beispielsweise 32,5 Mrd DM auf ihrem bisherigen Höchststand im April 1961). Von dem Gesamtbestand entfielen Ende 1966 17,2 Mrd DM auf Gold, was einem Anteil von 58 vH entsprach gegen 61 vH Ende 1965. Die liquiden Dollarreserven machten Ende 1966 mit 8,3 Mrd DM rund 28 vH der Währungsreserven aus gegen 18 vH Ende 1965.

Zur Beurteilung der Devisenbilanz

Mio DM

Position	1961	1962	1963	1964	1965	1966
<b>I. Währungsreserven der Deutschen Bundesbank</b>						
Stand am Jahresende +)						
Gesamtbestand (netto)	28 281	27 729	30 301	30 313	28 807	29 837
davon:						
1. Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen, insgesamt	26 165	25 786	28 409	27 879	25 410	27 085
davon: Gold	(14 654)	(14 716)	(15 374)	(16 992)	(17 639)	(17 167)
US-Dollar	(10 886)	(10 785)	(11 668)	( 7 712)	( 5 167)	( 8 307)
DM-Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes <sup>1)</sup>	( — )	( — )	( 1 100)	( 2 700)	( 2 400)	( 1 400)
Übrige Forderungen	( 625)	( 285)	( 267)	( 475)	( 204)	( 211)
2. Kreditgewährung an den IWF im Rahmen der „Allgemeinen Kreditvereinbarungen“	—	—	—	720	1 390	1 390
3. Beschränkt verwendbare Auslandsforderungen	2 453	2 299	2 131	1 973	2 428	1 874
4. Auslandsverbindlichkeiten	337	356	239	259	421	512
<b>II. Position der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Internationalen Währungsfonds</b>						
Stand am Jahresende +)						
1. Quote	3 150	3 150	3 150	3 150	3 150	4 800
2. Tatsächlich geleistete Einzahlungen	2 549	2 069	2 208	2 930	2 915	3 638
a) Gold <sup>2)</sup>	( 788)	( 788)	( 788)	( 788)	( 788)	( 1 200)
b) DM-Ziehungen des IWF (netto)	( 1 761)	( 1 281)	( 1 420)	( 2 142)	( 2 127)	( 2 438)
3. Noch vorhandene DM-Bestände des IWF	601	1 081	942	220	235	1 162
DM-Bestände in vH der Quote	19	34	30	7	7	24
<i>Nachrichtlich:</i> Gesamte Reserveposition der Bundesrepublik Deutschland im IWF <sup>3)</sup>	( 2 549)	( 2 069)	( 2 208)	( 3 650)	( 4 305)	( 5 028)
<b>III. Veränderung der gesamten zentralen Währungsposition</b>						
1. Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank (vgl. Pos. I.)						
Gesamtbestand (netto); (Zunahme: +) <sup>4) 5) 6)</sup>	— 1 928	— 552	+ 2 572	+ 12	— 1 506	+ 1 047
a) Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen	— 773	— 379	+ 2 623	— 530	— 2 469	+ 1 675
davon: Gold	(+ 2 781)	(+ 62)	(+ 658)	(+ 1 618)	(+ 647)	(— 472)
US-Dollar	(— 3 383)	(— 101)	(+ 883)	(— 3 956)	(— 2 545)	(+ 3 140)
DM-Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes <sup>1)</sup>	( — )	( — )	(+ 1 100)	(+ 1 600)	(— 300)	(— 1 000)
Übrige Forderungen	(— 171)	(— 340)	(— 18)	(+ 208)	(— 271)	(+ 7)
b) Kreditgewährung an den IWF im Rahmen der „Allgemeinen Kreditvereinbarungen“	—	—	—	+ 720	+ 670	—
c) Beschränkt verwendbare Auslandsforderungen	— 1 246	— 154	— 168	— 158	+ 455	— 554
d) Auslandsverbindlichkeiten (Zunahme: —) <sup>6)</sup>	+ 91	— 19	+ 117	— 20	— 162	— 74
2. Veränderung der quasi-automatischen Ziehungsrechte im IWF im Rahmen der deutschen Quote (vgl. Pos. II., 2); (Zunahme: +)	+ 1 322	— 480	+ 139	+ 722	— 15	+ 723
<i>Nachrichtlich:</i> Veränderung der gesamten deutschen Reserveposition im IWF <sup>7)</sup>	(+ 1 322)	(— 480)	(+ 139)	(+ 1 442)	(+ 655)	(+ 723)
3. Veränderung der nicht in den Währungsreserven enthaltenen Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank (Zunahme: +) <sup>8)</sup>	+ 848	— 12	+ 5	— 3	— 20	— 43
4. Veränderung der Verbindlichkeiten aus der Abgabe von deutschen Geldmarktpapieren an ausländische Währungsbehörden (Zunahme: —)	— 267	+ 140	+ 30	— 304	+ 245	— 322
<b>Gesamt</b>	— 25	— 904	+ 2 746	+ 427	— 1 296	+ 1 405
<i>Nachrichtlich:</i> 1. Veränderung der Nettodevisenposition der Kreditinstitute (ohne Bundesbank) <sup>9)</sup>	(+ 264)	(+ 147)	(— 704)	(— 51)	(+ 187)	(+ 388)
2. Veränderung der gesamten zentralen Währungsposition zuzüglich Veränderung der Nettodevisenposition der Kreditinstitute	(+ 239)	(— 757)	(+ 2 042)	(+ 376)	(— 1 109)	(+ 1 793)

+ ) Weitere Bestandsangaben siehe Tab. VII, 2 a und 2 b im Statistischen Bericht; zur Frage der Bewertung vgl. die entsprechenden Anmerkungen in diesen Tabellen. — <sup>1)</sup> Sog. Roosa-Bonds. — <sup>2)</sup> Einschl. des Rückkaufs von DM durch die Bundesrepublik auf Grund der sog. Rückkaufverpflichtung. — <sup>3)</sup> Entspricht den tatsächlichen Einzahlungen im Rahmen der Quote (Pos. II, 2) zuzüglich der in den Währungsreserven der Bundesbank enthaltenen Forderungen aus der Kreditgewährung unter den „Allgemeinen Kreditvereinbarungen“ (Pos. I, 2); in Höhe dieses Betrages hat die Bundesrepublik Deutschland ein quasi-automatisches Ziehungsrecht im IWF. — <sup>4)</sup> In den Zahlungsbilanzaufstellungen als „Saldo der Devisenbilanz“ ausgewiesen. — <sup>5)</sup> Ohne Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung im Jahre 1961 bedingten Abnahme um 1 419 Mio DM. — <sup>6)</sup> Ohne den anlässlich der Quotenerhöhung im IWF im Mai 1966 auf das bei der Bundesbank geführte Konto des IWF eingezahlten DM-Betrag in Höhe von 1 vH der Quotenerhöhung (17 Mio DM); dieser Vorgang ist hier in Pos. III, 2 (Veränderung der quasi-automatischen Ziehungsrechte im IWF im Rahmen der deutschen Quote) berücksichtigt. — <sup>7)</sup> Vgl. Anm. <sup>3)</sup>. — <sup>8)</sup> Hauptsächlich Weltbankbonds und Forderungen aus dem der Weltbank im August 1960 eingeräumten Kredit über rd. 1 Mrd DM. — <sup>9)</sup> Anders als in den Zahlungsbilanzaufstellungen wird hier eine Aktivierung der Geschäftsbankenposition mit Plus-, eine Passivierung mit Minusvorzeichen ausgewiesen.

Die Veränderung der Währungsreserven muß, wie bereits angedeutet, in engem Zusammenhang mit Vorgängen gesehen werden, die nach dem Standardschema unserer Zahlungsbilanz den öffentlichen Kapitalbewegungen zugeordnet werden, die aber Transaktionen mit Währungsbehörden darstellen und insoweit dem Ausgleich von Salden aus dem Leistungs- und Kapitalverkehr dienen, diese Salden aber nicht selbst mitbestimmen. Hierzu gehören neben den Veränderungen der quasi-automatischen Ziehungsrechte im Internationalen Währungsfonds auch die Transaktionen in inländischen Geldmarktpapieren mit ausländischen Währungsbehörden. Im Jahre 1966 sind die quasi-automatischen Ziehungsrechte im Währungsfonds nicht nur durch die Goldeinzahlung, sondern auch auf Grund verschiedener DM-Ziehungen von IWF-Mitgliedsländern (insbesondere der USA) um 723 Mio DM gewach-

sen. Dieser Zunahme reserveähnlicher Aktiva stand eine Erhöhung der deutschen Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Währungsbehörden um 322 Mio DM gegenüber, die sich daraus erklärt, daß ausländische Zentralbanken einen Teil ihrer bei der Bundesbank unterhaltenen DM-Guthaben in Geldmarktpapieren anlegten, die aber praktisch jederzeit wieder in Sichtguthaben der ausländischen Gläubiger zurückverwandelt werden können. Faßt man diese und einige andere monetäre Bewegungen, die aus der vorstehenden Tabelle näher ersichtlich sind, mit der Veränderung des Gold- und Devisenbestandes der Bundesbank zusammen, so ergibt sich für 1966 ein Zahlungsbilanzüberschuß von 1,4 Mrd DM, verglichen mit einem an der Veränderung der Währungsreserven der Bundesbank gemessenen Aktivsaldo von 1,0 Mrd DM.

# Statistischer Teil

I. Bankstatistische Gesamtrechnungen	1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank	32
	2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität	34
	3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	36
II. Deutsche Bundesbank	A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
	1. Bargeldumlauf	37
	2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	37
	3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute	38
	4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten	38
	5. Mindestreservenstatistik	39
	B. Ausweis der Deutschen Bundesbank	40
III. Kreditinstitute	A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
	1. Kredite an Nichtbanken und Kreditinstitute	42
	2. Schatzwechsel- und Wertpapierbestände	48
	3. Wichtige Kreditarten im Bereich des Ratenkredits	50
	4. Konsumentenkredite	51
	5. Kredite und Einlagen der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen)	52
	6. Girale Verfügungen von Nichtbanken	52
	7. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken/Kreditnehmern	52
	8. Sicht-, Termin- und Spareinlagen von Nichtbanken nach Einlegergruppen	53
	9. Termineinlagen von Nichtbanken nach ihrer Befristung	55
	10. Spareinlagen	56
	11. Bei Nichtbanken und Kreditinstituten aufgenommene Gelder und Darlehen	57
	B. Zwischenbilanzen	
	1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute	58
	2. Zahl der monatlich berichtenden Kreditinstitute sowie deren Gliederung nach Größenklassen	70
IV. Mindestreservesätze und Zinssätze	1. Reservesätze und Reserveklassen	71
	2. Zinssätze	72
V. Kapitalmarkt	1. Auflegung von festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten	76
	2. Brutto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten	77
	3. Brutto-Absatz von Namensschuldverschreibungen emittiert von Kreditinstituten	77
	4. Brutto-Absatz von Anleihen ausländischer Emittenten	77
	5. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten	78
	6. Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten	79
	7. Veränderung des Aktienumlaufs	80
	8. Umlauf der Wertpapiere aus dem Altgeschäft und der Altsparerwertpapiere	80
	9. Brutto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien inländischer Emittenten: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse	80
	10. Brutto-Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien aufgeteilt nach Wirtschaftsgruppen der Emittenten	81
	11. Brutto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten aufgeteilt nach Wertpapierarten und Zinssätzen, Emissionskursen und Laufzeiten	81
	12. Durchschnittskurse tarifbesteuertester festverzinslicher Wertpapiere	82
	13. Index der Aktienkurse	82
	14. Investment-Gesellschaften	84
	15. Mittelaufkommen bei den Investmentfonds	84
	16. Börsenumsätze	84
	17. Kurs, Dividende und Rendite der börsennotierten Aktien	84
	18. Renditen festverzinslicher Wertpapiere	85
	19. Bausparkassen	86
	20. Geldmittel und Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	87
VI. Öffentliche Finanzen	1. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	88
	2. Umlauf an öffentlichen Anleihen und Kassenobligationen	88
	3. Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren	89
	4. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	90
	5. Verschuldung des Bundes	91
	6. Kreditmarktverschuldung des Bundes	91
	7. Verschuldung der Länder	92
	8. Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	92
	9. Ausgleichsforderungen	93
VII. Außenwirtschaft	1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz	94
	2. Angaben zur Zentralen Währungsposition	95
	3. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern	96
	4. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	98
	4a Reiseverkehr nach Ländergruppen bzw. Ländern	99
	5. Übertragungen im Verkehr mit dem Ausland	100
	6. Kapitalverkehr mit dem Ausland	101
	7. Private Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland	102
	8. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Wirtschaftsunternehmen gegenüber dem Ausland	103
	9. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten inländ. Kreditinstitute gegenüber dem Ausland	103
VIII. Allgemeine Konjunkturlage	1. Index der industriellen Produktion	104
	2. Auftragseingang und Umsatz bei der Industrie	104
	3. Arbeitsmarkt	105
	4. Angaben über Steinkohlenbergbau, Stahlindustrie und Bauwirtschaft	105
	5. Einzelhandelsumsätze	105
	6. Großhandels- und Erzeugerpreise	106
	7. Verbraucherpreise und Löhne	106
	8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts	107
	9. Masseneinkommen	107
IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse		108
X. Zinssätze im Ausland	1. Diskontsätze der Zentralbanken	110
	2. Geldmarktsätze	110
XI. Saisonbereinigte Reihen	Bargeldumlauf, Arbeitslose, Index der industriellen Produktion, Baugenehmigungen u. a.	111

1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute

Table titled 'Aktiva' showing balance sheet data for credit institutions. Columns include Monatsende, Aktiva insgesamt, insgesamt, Kreditinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) with sub-columns for kurzfristige Kredite, mittel- und langfristige Kredite, and others, and Deckungs-forderungen.

Passiva

Table titled 'Passiva' showing balance sheet data for credit institutions. Columns include Monatsende, Passiva insgesamt, Bargeld-umlauf ohne Kassenbestände, Sichteinlagen inländischer Nichtbanken, and Spareinlagen inländischer Nichtbanken.

\*) Während in den Übersichten des Abschnitts III (Kreditinstitute) die Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken gegenüber ausländischen Nichtbanken fast ausnahmslos zusammen getrennt und den Auslandsaktiva bzw. -passiva des Bankensystems (einschl. der Bundesbank) zugeordnet worden. Die Globalpositionen „Auslandsaktiva und -passiva“ umfassen neben der in Händen von Ausländern befindlichen Bargeldbestände sowie der Bestände an Bankschuldschreibungen in ausländischem Besitz, deren Umfang sich nicht ermitteln läßt. Abgesehen von dem in der Bankensatzkarte anfallenden Zahlungsmaterials für die Zwecke der „Monetären Gesamtanalyse“ dar und lassen sich demzufolge aus dem unter II und III des statisch. Einlagen saarländischer Nichtbanken bei der Deutschen Bundesbank (vgl. auch Anm. 22)). — 1) Die Bestände der Banken an „Mobilisierungstiteln“ (vgl. Anm. 2)). — 2) Sorten sowie die im Inland angekauften Auslandswchsel und -schecks. — 3) Die Möglichkeit der Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsfordernungen bestand nur bis zum Inkrafttreten des Bundesbank (gemäß § 42 Bundesbank-Gesetz; bis Januar 1958 teilweise geschätzt. — 4) Einschl. Gegenposten zum Münzumschlag. — 5) Einschl. der im Ausland befindlichen DM-18) Ab Dezember 1960 einschl. Einlagen des ERP-Sondervermögens (vgl. auch Anm. 17)). — 11) Ab Januar 1959 den „Auslandspassiva“ zugeordnet. — 12) Saldiert mit den eigenen und einschl. Verpflichtungen aus vorverkauften Schuldschreibungen. — 13) Mit Kündigungsfrist oder Laufzeit von 6 Monaten und mehr; einschl. der „durchlaufenden Kredite“. — 14) Salder 1960 einschl. Einlagen des ERP-Sondervermögens (vgl. auch Anm. 17)). — 15) Statistisch bedingte Zunahme (438 Mio DM). — 16) Statistisch bedingte Abnahme (518 Mio DM). — bedingte Abnahme (rd. 430 Mio DM). — 17) Statistisch bedingte Abnahme (rd. 350 Mio DM). — 18) Statistisch bedingte Zunahme (rd. 400 Mio DM). — 19) Statistisch bedingte Abnahme (280 Mio DM). — 20) Statistisch bedingte Zunahme (rd. 70 Mio DM). — 21) Ab Januar 1960 einschl. Saarland. Die Zahlen wurden im 22) Statistisch bedingte Zunahme (92 Mio DM). — 23) Statistisch bedingte Zunahme (rd. 100 Mio DM). — 24) Statistisch bedingte Zunahme (rd. 150 Mio DM). — 25) Statistisch bedingte festgesetzt (vgl. die betreffenden Anmerkungen zu den Tabellen unter III A und B). — 26) Statistisch bedingte Abnahme (250 Mio DM). — 27) Statistisch bedingte Abnahme (122 Mio DM). — 28) Statistisch bedingte Abnahme (92 Mio DM). — 29) Statistisch bedingte Zunahme (92 Mio DM). — 30) Statistisch bedingte Zunahme (70 Mio DM). —







3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen \*)

Mio DM

Table with columns for Monatsende, Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, Einlagen inländischer Nichtbanken (Sichteinlagen inländischer Nichtbanken, Termineinlagen inländischer Nichtbanken), Einlagen ausländischer Einleger (insgesamt, ausländische Nichtbanken, ausländische Kreditinstitute).

\*) Ab Juli 1959 einschl. der im Saarland umlaufenden DM-Noten und -Münzen sowie der Einlagen saarländischer Nichtbanken bei der Bundesbank (vgl. auch Anm. 10)). — 1) Einschl. der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — 2) Bis Ende 1958 einschl. der (relativ geringen) Einlagen von ausländischen Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen bei der Bundesbank (vgl. Anm. 7)); bis Ende 1951 einschl. Asservatenkonto Einfuhrbewilligung (Bardepots). — 3) Einschl. der — bis August 1957 — vorübergehend in Ausgleichsforderungen angelegten öffentlichen Zentralbankeinlagen; beginnend mit Dezember 1960 einschl. der Einlagen des ERP-Sondervermögens sowie der Guthaben aus Sondertransaktionen (vgl. auch Tabelle I, A, 4). — 4) Ab Januar 1959 den Auslandspassiva zugeordnet. — 5) Aufgliederung nach Einlegern s. Tabelle I, 1. — 6) Aufgliederung bis März 1957 durch Schätzungen ermittelt. — 7) Bis Ende 1958 ohne die Einlagen von ausländischen Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen bei der Bundesbank sowie ohne die von den Dienststellen der ehemaligen Besatzungsmächte bei der Bundesbank unterhaltenen Guthaben (vgl. Anm. 3) und 4)). — 8) Ohne Einlagen ausländischer Banken bei der Bundesbank. — 9) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 70 Mio DM. — 10) Ab Januar 1960 einschl. der bei den Kreditinstituten im Saarland unterhaltenen Einlagen von Nichtbanken. Die Zahlenreihen wurden im Dezember 1959 verknüpft (1. Dez.-Termin: ohne Saarland, 2. Dez.-Termin: einschl. Saarland). Vgl. auch Anm. 1). — 11) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 65 Mio DM. — 12) Statistisch bedingte Zunahme von 243 Mio DM. — 13) Statistisch bedingte Zunahme von 423 Mio DM (unter 6 Monaten: 38 Mio DM; 6 Monate und mehr: 385 Mio DM). — 14) Im Dezember 1962 wurde die Berichtspflicht für die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) neu festgesetzt (vgl. die betr. Anmerkungen zu den Tabellen im Abschnitt III Kreditinstitute). — 15) Statistisch bedingte Abnahme (122 Mio DM). — 16) Statistisch bedingte Abnahme (92 Mio DM). — 17) Statistisch bedingte Zunahme von 12 Mio DM (unter 6 Monaten: 37 Mio DM; 6 Monate und mehr: 55 Mio DM). — P) Vorläufig.



3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute \*)

Mio DM

Zeit	Kreditinstitute (ohne KfW) *)				Kreditanstalt für Wiederaufbau		
	insgesamt 1)	Wechsel- kredite 1)	Lombard- kredite	vorübergehend ange- kaufte Ausgleichs- forderungen *)	insgesamt	Kassen- kredite	Wertpapiere
1950 Dez.	5 201,9	4 235,4	360,6	605,9	368,7	368,7	—
1951 .	5 717,5	4 757,2	290,8	669,5	454,0	454,0	—
1952 .	4 128,4	3 389,0	253,5	485,9	468,4	268,5	199,9
1953 .	3 351,1	2 739,1	245,2	366,8	225,6	202,6	23,0
1954 .	3 339,0	2 837,7	265,1	236,2	207,3	195,2	12,1
1955 .	4 683,0	4 130,9	340,5	211,6	145,0	139,5	5,5
1956 .	3 127,1	2 723,7	220,7	182,7	122,7	58,6	12,0
1957 .	1 676,6	1 463,0	52,8	160,8	67,8	66,8	1,0
1958 .	960,3	769,6	63,9	126,8	3,8	3,8	—
1959 . *)	1 285,7	949,2	234,4	102,1	20,3	20,3	—
1960 .	1 804,1	1 296,5	419,0	88,6	1,1	1,1	—
1961 .	1 663,8	1 395,4	219,7	48,7	4,4	4,4	—
1962 .	2 473,3	2 267,6	157,7	48,0	—	—	—
1963 .	2 097,9	1 890,2	207,7	—	—	—	—
1964 .	3 449,9	2 804,2	645,7	—	—	—	—
1965 .	5 487,9	4 791,5	696,4	—	—	—	—
1966 .	6 280,4	5 342,4	938,0	—	—	—	—
1965 Jan.	4 039,4	4 019,9	19,5	—	—	—	—
Febr.	3 675,6	3 463,2	212,4	—	—	—	—
März	4 677,6	4 521,5	156,1	—	—	—	—
April	3 795,8	3 668,0	127,8	—	—	—	—
Mai	4 143,1	4 083,0	60,1	—	—	—	—
Juni	5 218,6	4 973,6	245,0	—	—	—	—
Juli	5 088,5	5 056,3	32,2	—	—	—	—
Aug.	4 269,4	4 347,2	22,2	—	—	—	—
Sept.	6 430,8	6 270,0	160,8	—	—	—	—
Okt.	5 516,1	5 282,7	233,4	—	—	—	—
Nov.	4 730,6	4 630,7	99,9	—	—	—	—
Dez.	5 487,9	4 791,5	696,4	—	—	—	—
1966 Jan.	5 908,6	5 746,1	162,5	—	—	—	—
Febr.	5 908,4	5 569,8	338,6	—	—	—	—
März	7 920,2	7 425,3	494,9	—	—	—	—
April	7 309,3	7 196,7	112,6	—	—	—	—
Mai	7 601,5	7 546,6	54,9	—	—	—	—
Juni	7 812,3	7 464,5	347,8	—	—	—	—
Juli	7 390,8	7 332,7	58,1	—	—	—	—
Aug.	5 957,3	5 925,0	32,3	—	—	—	—
Sept.	7 054,5	6 982,9	71,6	—	—	—	—
Okt.	6 470,9	6 428,4	42,5	—	—	—	—
Nov.	5 368,5	5 318,8	49,7	—	—	—	—
Dez.	6 280,4	5 342,4	938,0	—	—	—	—
1967 Jan.	5 728,5	5 638,7	89,8	—	—	—	—

\*) Ab Juli 1959 einschl. Zentralbankkredite an saarländische Kreditinstitute. — \*) Einschl. angekaufter Auslandswechsel und Exporttratten, aber ohne auf dem offenen Markt angekaufte Geldmarkttitel. — \*) Mit Rückkaufverpflichtung der Kreditinstitute.

4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten \*)

Mio DM

Zeit	Nichtbanken							Kredit- institute *)
	insgesamt		öffentliche Stellen *)			Dienst- stellen der ehem. Besatzungs- mächte *)	andere inländische Einleger *)	
	mit zeitweilig in Ausgleichs- forderungen angelegte(n) Beträge(n) *)	ohne	Bund (ohne Son- dervermögen) *)	ERP- Sonder- vermögen (*)	sonstige öffentliche Stellen (*)			
1950 Dez.	3 693,3	3 446,0	594,3	965,0	396,7	907,6	829,7	1 887,7
1951 .	3 997,3	2 990,0	1 191,8	1 312,8	223,0	997,3	272,4	2 675,0
1952 .	3 957,8	2 194,1	1 906,1	825,9	207,2	753,4	265,2	2 992,6
1953 .	4 935,3	1 704,2	3 181,4	496,7	373,2	639,3	244,7	3 286,9
1954 .	6 266,5	1 529,9	4 694,7	312,8	400,6	523,4	305,0	4 005,9
1955 .	7 003,5	3 420,7	5 949,7	272,2	274,3	265,5	241,8	4 502,2
1956 .	7 682,3	4 459,3	6 711,8	192,5	339,8	143,8	294,4	5 258,5
1957 .	—	5 097,3	4 017,1	167,8	431,4	140,6	340,4	7 108,9
1958 .	—	4 968,2	3 614,0	361,2	610,3	46,8	335,9	8 242,1
1959 . *)	—	2 260,8	1 161,3	200,4	677,3	—	221,8	9 343,8
1960 .	—	3 659,2	2 684,9	119,8	636,3	—	218,2	13 036,4
1961 .	—	4 985,8	3 781,6	352,3	599,5	—	252,4	11 614,6
1962 .	—	4 563,2	3 604,8	166,3	513,4	—	278,7	12 232,1
1963 .	—	4 399,9	3 022,1	159,6	945,4	—	272,8	13 606,5
1964 .	—	3 467,2	2 188,6	134,4	891,6	—	252,6	15 143,3
1965 .	—	2 429,9	1 155,1	63,4	946,3	—	265,1	16 241,3
1966 .	—	2 398,8	544,0	143,2	1 422,3	—	289,3	17 385,7
1965 Jan.	—	3 414,3	1 968,1	568,6	654,4	—	223,2	13 238,0
Febr.	—	3 461,8	1 558,9	269,6	1 405,9	—	227,4	12 937,4
März	—	4 304,1	2 695,5	256,5	944,4	—	407,7	12 739,0
April	—	3 212,5	1 816,7	111,6	1 022,9	—	261,3	12 630,8
Mai	—	3 234,9	1 464,7	232,4	1 292,3	—	245,5	13 181,2
Juni	—	3 869,0	2 321,9	131,0	1 139,2	—	276,9	13 444,4
Juli	—	3 348,6	1 655,8	407,1	1 046,9	—	238,8	13 667,9
Aug.	—	3 032,5	1 337,0	303,2	1 150,1	—	242,2	13 201,4
Sept.	—	4 562,6	2 577,2	430,0	1 303,7	—	251,7	13 464,0
Okt.	—	3 464,5	1 990,1	216,3	1 028,7	—	229,4	13 793,0
Nov.	—	2 683,5	1 129,6	158,9	1 123,6	—	271,4	13 941,7
Dez.	—	2 429,9	1 155,1	63,4	946,3	—	265,1	16 241,3
1966 Jan.	—	2 872,8	1 370,5	319,7	939,8	—	242,8	14 858,1
Febr.	—	3 255,6	1 236,6	259,0	1 529,4	—	230,6	13 394,8
März	—	4 818,0	2 873,4	184,5	1 502,8	—	257,3	13 656,4
April	—	2 510,7	1 641,2	129,3	489,5	—	250,7	14 057,8
Mai	—	3 097,1	1 317,9	81,8	1 437,8	—	259,6	14 556,5
Juni	—	3 861,0	2 109,7	162,7	1 286,7	—	301,9	14 065,4
Juli	—	3 042,1	1 154,2	205,0	1 424,6	—	258,3	14 673,7
Aug.	—	2 680,5	873,9	214,9	1 351,1	—	240,6	14 835,5
Sept.	—	2 758,2	1 202,4	238,7	1 067,7	—	249,4	14 468,6
Okt.	—	2 311,7	701,3	309,7	1 050,3	—	250,4	15 109,9
Nov.	—	1 934,8	589,5	198,2	857,1	—	290,0	14 467,1
Dez.	—	2 398,8	544,0	143,2	1 422,3	—	289,3	17 385,7
1967 Jan.	—	2 739,8	1 045,4	566,4	895,2	—	232,8	15 125,5

\*) Ab Juli 1959 einschl. der bei der Landeszentralbank im Saarland unterhaltenen Einlagen. — \*) Einschl. der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge. — \*) Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank am 1. August 1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen. — \*) Einschl. der im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe-Anleihe (Januar 1961—Juni 1964) und der Teilprivatisierung des Volkswagen-Werkes (April 1961—November 1962) geführten Konten, jedoch ohne die in Geldmarktpapieren angelegten Beträge. — \*) Bis 31. Juli 1957 nur „Gegenwertmittel“. — \*) Ab Mai 1958 einschl. der Mindestreservenguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. \*) in Tab. II. A 5. — \*) Ab Januar 1959 dem „Auslandsgeschäft“ zugerechnet. — \*) Die bis Dezember 1958 hierin enthaltenen sonstigen ausländischen Einlagen werden nunmehr im „Auslandsgeschäft“ erfaßt. — \*) Einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. \*)



















a) Gliederung der Schatzwechsel- und Wertpapierbestände nach Arten (Mio DM)

Table with columns: Jahres- oder Monatsende, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, Kassenobligationen, Wertpapiere, Konsortialbeteiligungen. Rows include categories like Alle Bankengruppen, Kreditbanken, Großbanken, Staats-, Regional- und Lokalbanken, Privatbankiers, Girozentralen, Sparkassen, Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, Postscheck- und Postsparkassenämter, and Alle übrigen Gruppen.

1) S. auch Tabelle III B 1, Zwischenbilanzen, Aktiva, „Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen“, „Kassenobligationen“, „Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen“. — 2) Einshl. Mobilisierungstiteln. — 3) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umtausch gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Deutschen Bundesbank gegen den Bund (gemäß § 42 Bundesbank-Gesetz). — 4) Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten. — 5) Einshl. der nicht gesondert aufgeführten Spezial-, Haus- und Branchebanken. — 6) Zentralkassen (ohne Deutsche Genossenschaftskassen, die in der Bankengruppe „Kreditinstitute mit Sonderaufgaben“ geführt wird), Kreditgenossenschaften und Teilzahlungskreditinstitute. — 7) 1. Termin: ohne Saarland, ab 2. Termin: einshl. Saarland. — 8) S. Anm. 1) der Tab. III A 1. — 9) Enthält Berliner Tochterinstitute. — +) Untergruppe der Kreditbanken. — \*) Ohne Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —, die in der Bankengruppe „Kreditinstitute mit Sonderaufgaben“ geführt wird. — 10) Teilweise geschätzt. — 11) Vorläufig.



3. Wichtige Kreditarten im Bereich des Ratenkredits

a) Teilzahlungskredite und andere kurz- und mittelfristige Ratenkredite \*) □)

Mio DM

Jahres- oder Monats-ende	Teilzahlungskredite an Käufer — nur sog. B- und C-Geschäft — *) 1) 2)	Bardarlehen und Kredite im A-Geschäft der Teilzahlungskreditinstitute *)	Kleinkredite *)	Anschaffungskreditleihen *)	Nachrichtlich: Kredite an Händler und Hersteller zur Refinanzierung von Teilzahlungskrediten *) 2)	Jahres- oder Monats-ende	Teilzahlungskredite an Käufer — nur sog. B- und C-Geschäft — *) 1) 2)	Bardarlehen und Kredite im A-Geschäft der Teilzahlungskreditinstitute *)	Kleinkredite *)	Anschaffungskreditleihen *)	Nachrichtlich: Kredite an Händler und Hersteller zur Refinanzierung von Teilzahlungskrediten *) 2)
<b>Alle Bankengruppen 2)</b>						<b>Girozentralen 6)</b>					
1953	1 500,3	..	—	—	..	1961 Dez.	168,9	..	2,7	—	..
1954	1 913,6	..	—	—	..	1962 Dez.	150,6	..	3,5	5,3	33,3
1955	2 629,7	..	—	—	..	1963 Dez.	144,0	..	2,0	7,7	38,2
1956	2 869,0	..	—	—	..	1964 Dez.	114,6	..	2,0	13,0	83,3
1957	2 957,6	..	—	—	..	1965 Dez.	137,3	..	2,2	18,0	105,7
1958	3 314,9	..	—	—	..	1966 Sept.	147,1	..	2,3	14,0	116,1
1959 *)	3 973,7	..	868,4	—	..	Okt.	148,7	..	2,3	13,8	107,2
1959 *)	4 027,8	..	886,8	—	..	Nov.	150,0	..	2,2	12,9	115,0
1960	4 875,3	..	1 146,0	—	..	Dez.	133,9	..	2,4	13,7	135,5
1961	5 468,9	..	1 408,2	—	..	<b>Sparkassen</b>					
1962 *)	4 294,6	1 039,9	1 503,6	765,7	529,8	1961 Dez.	747,1	..	592,0	—	..
1963	4 345,6(11)	1 145,4	1 605,3(10)	1 167,4	624,4(11)	1962 Dez.	643,1	..	636,2	491,5	134,1
1964	4 247,3(13)	1 304,0(14)	1 641,8	1 481,5	659,9	1963 Dez.	632,8	..	687,7	713,2	118,9
1965 Dez.	4 426,1	1 493,4	1 655,7	1 911,6	849,2	1964 Dez.	589,1	..	693,3	860,0	114,7
1966 Jan.	4 347,0	1 460,3	1 627,3	1 893,6	822,9	1965 Dez.	553,2	..	699,0	1 005,2	114,3
Febr.	4 281,3	1 452,9	1 608,4	1 917,5	820,6	1966 Sept.	525,8	..	709,3	1 149,3	117,1
März	4 301,2	1 481,5	1 640,2	1 998,9	845,6	Okt.	520,3	..	694,0	1 144,3	119,1
April	4 338,2	1 503,5	1 657,8	2 068,2	828,6	Nov.	509,8	..	688,8	1 127,6	114,4
Mat	4 369,3	1 528,5	1 677,3	2 139,2	830,4	Dez.	505,8	..	660,7	1 108,6	113,1
Juni	4 392,4	1 534,9	1 696,0	2 194,1	829,2	<b>Kreditgenossenschaften (Schulze-Delitzsch 8)</b>					
Juli	4 395,1	1 530,4	1 702,8	2 227,5	834,3	1961 Dez.	169,4	..	194,3	—	..
Aug.	4 355,5	1 509,2	1 692,4	2 243,5	817,9	1962 Dez.	196,6	..	146,5	101,9	[137,4]
Sept.	4 303,2	1 496,1	1 680,3	2 251,7	770,1	1963 Dez.	195,8	..	187,5(10)	125,8	[135,7]
Okt.	4 296,6	1 496,8	1 652,7	2 250,4	755,3	1964 Dez.	204,0	..	199,7	150,6	[139,7]
Nov.	4 289,5	1 524,3	1 636,4	2 237,3	746,2	1965 Dez.	207,7	..	205,2	197,6	[135,7]
Dez.	4 295,2	1 533,4	1 589,3	2 216,8	790,8	1966 Sept.	209,4	..	213,7	228,7	[134,3]
<b>Kreditbanken 7)</b>						Nov.	199,9	..	212,2	228,2	[130,4]
1961 Dez.	616,2	..	589,5	—	..	Dez.	200,5	..	210,5	230,0	[129,2]
1962 Dez.	279,9	..	686,1	117,7	289,2	<b>Kreditgenossenschaften (Raiffeisen 8)</b>					
1963 Dez.	273,3	..	691,1	259,2	309,6	1961 Dez.	39,5	..	29,7	—	..
1964 Dez.	278,1	..	699,1	382,8	321,1	1962 Dez. *)	55,2	..	31,3	49,1	[34,5]
1965 Dez.	332,2	..	702,1	603,2	478,6	1963 Dez.	66,2	..	37,0	61,3	[38,4]
1966 Sept.	299,7	..	702,8	765,8	395,9	1964 Dez.	61,9	..	41,6	74,9	[37,5]
Okt.	314,2	..	692,5	771,7	379,4	1965 Dez.	63,9	..	47,2	87,2	[37,3]
Nov.	315,8	..	681,0	776,1	377,0	1966 Sept.	62,6	..	52,2	93,6	[35,9]
Dez.	324,0	..	663,8	771,8	395,8	Okt.	60,4	..	52,2	92,2	[35,0]
<b>Großbanken 9) +)</b>						Nov.	59,6	..	52,2	92,1	[35,0]
1961 Dez.	180,9	..	472,5	—	..	Dez.	59,2	..	51,8	92,5	[34,9]
1962 Dez.	23,0	..	562,8	79,3	102,7	<b>Teilzahlungskreditinstitute</b>					
1963 Dez.	11,1	..	562,0	178,7	94,7	1961 Dez.	3 714,7	..	..	..	72,3
1964 Dez.	9,8	..	566,9	265,8	115,4	1962 Dez.	2 953,6	1 039,9	..	..	156,9(11)
1965 Dez.	25,5	..	572,9	419,5	196,1	1963 Dez.	3 017,1(11)	1 145,4	..	..	139,2
1966 Sept.	22,7	..	570,0	524,8	137,9	1964 Dez.	2 980,8(13)	1 304,0(14)	..	..	149,4
Okt.	35,2	..	559,6	526,3	125,2	1965 Dez.	3 110,9	1 493,4	..	..	140,1
Nov.	36,7	..	549,8	524,9	125,5	1966 Sept.	3 036,4	1 496,1	..	..	148,5
Dez.	36,9	..	534,1	519,6	139,1	Okt.	3 027,0	1 496,8	..	..	138,9
<b>Staats-, Regional- und Lokalbanken +)</b>						Nov.	3 034,6	1 524,3	..	..	145,0
1961 Dez.	361,5	..	97,1	—	..	Dez.	3 052,2	1 533,4	..	..	..
1962 Dez.	208,0	..	104,1	34,6	167,6	<b>Alle übrigen Gruppen 9)</b>					
1963 Dez.	218,4	..	108,3	74,0	182,1	1961 Dez.	13,0	..	0,0	—	..
1964 Dez.	232,4	..	111,2	111,7	176,5	1962 Dez.	15,4	..	0,0	0,3	1,0
1965 Dez.	266,2	..	109,6	173,3	235,2	1963 Dez.	16,4	..	0,0	0,1	0,8
1966 Sept.	238,1	..	113,2	225,4	222,3	1964 Dez.	18,6	..	0,0	0,2	1,6
Okt.	240,6	..	113,8	229,6	209,2	1965 Dez.	20,7	..	0,0	0,3	1,2
Nov.	240,9	..	112,3	235,2	207,0	1966 Sept.	22,1	..	0,0	0,3	0,9
Dez.	248,8	..	110,9	236,2	213,6	Okt.	22,0	..	0,0	0,3	1,2
<b>Privatbankiers +)</b>						Nov.	19,8	..	0,0	0,3	1,0
1961 Dez.	61,8	..	18,3	—	..	Dez.	19,5	..	0,0	0,3	1,6
1962 Dez.	37,9	..	17,5	2,6	15,9						
1963 Dez.	40,3	..	19,4	5,3	20,1						
1964 Dez.	32,9	..	19,6	4,7	16,2						
1965 Dez.	36,5	..	18,2	9,4	24,6						
1966 Sept.	35,4	..	18,2	14,3	22,9						
Okt.	34,9	..	17,8	14,5	22,7						
Nov.	35,0	..	17,6	14,8	22,2						
Dez.	35,2	..	17,6	14,8	23,7						

\*) Hier sind jeweils die Gesamtbeträge der verschiedenen Kreditarten ausgewiesen. Anteil der Konsumentenkredite an den betreffenden Kreditarten siehe Tab. III A 4. — □) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen. — \*) Die ab Dezember 1962 in den drei mit \*) versehenen Spalten ausgewiesenen Zahlen entsprechen zusammengefaßt in etwa der in der früheren Tabelle „Teilzahlungskredite nach Bankengruppen“ bis November 1962 veröffentlichten Zahlenreihe, die hier in Kursivdruck vorgeschaltet ist. Vgl. auch Anm. 1). — 1) Bis November 1962 einschl. Kredite an Händler und Hersteller zur Refinanzierung von Teilzahlungskrediten sowie einschl. Bardarlehen und Kredite im A-Geschäft (Schaltergeschäft) der Teilzahlungskreditinstitute. Vgl. auch Anm. \*) — 2) Die Kredite der Kreditgenossenschaften an Händler und Hersteller zur Refinanzierung von Teilzahlungskrediten sind den „Teilzahlungskrediten an Käufer“ zugeordnet. — 3) Ab Dezember 1962 Kleinkredite im Sinne der Anordnung der Bankaufsichtsbehörden vom 22. 12. 1958 (in gleichen Teilbeträgen innerhalb von 6 bis 24 Monaten zu tilgende Darlehen, die im Einzelfall 2 000.— DM nicht übersteigen); vorher: Kleinkredite bis zu 4 Jahren (in Kursivdruck). — 4) Mittelfristige Darlehen, die im Einzelfall den Höchstbetrag für Kleinkredite (2 000.— DM) übersteigen. Ausgewiesen werden die von den verschiedenen Bankengruppen im Rahmen ihrer speziellen Kreditprogramme als „Anschaffungskreditleihen“ bezeichneten Kredite; die Programme der einzelnen Bankengruppen weichen hinsichtlich Höchstbetrag und Höchstlaufzeit der Kredite voneinander ab. — 5) 1. Termin: ohne Saarland, ab 2. Termin: einschl. Saarland. — 6) Die Ergebnisse für die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) beziehen sich auf den im Dezember 1962 neu festgesetzten Kreis der berichtspflichtigen Institute; vgl. Anm. 14) erste Seite der Tab. III A 1. — 7) Einschl. der nicht gesondert aufgeführten Spezial-, Haus- und Branchebanken. — 8) Ohne Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —, die in der Bankengruppe „Kreditinstitute mit Sonderaufgaben“ geführt wird. — 9) Zentralkassen, Hypothekendarlehen und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben. — 10) Statistisch bedingte Zunahme um rd. 25 Mio DM. — 11) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 47 Mio DM (vgl. Anm. 10)). — 12) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 47 Mio DM (vgl. Anm. 11)). — 13) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 22 Mio DM (vgl. Anm. 14)). — 14) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 22 Mio DM (vgl. Anm. 13)). — 15) Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — +) Untergruppe der Kreditbanken.



III. Kreditinstitute

A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen

5. Kredite und Einlagen der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen)<sup>1)</sup>

Mio DM

Table with columns: Monatsende, Zahl der Institute, Kredite (insgesamt, Debitoren, Wechselkredite, langfristige Kredite), Einlagen (insgesamt, Sicht- und Termineinlagen, Spar-einlagen). Rows include months from 1963 to 1966.

6. Girale Verfügungen von Nichtbanken<sup>1)</sup>

Mio DM

Table with columns: Zeit, Girale Verfügungen, Zeit, Girale Verfügungen. Rows include months from 1963 to 1966.

1) Quelle: Deutscher Raiffeisenverband e. V., Bonn. Die Zahlen umfassen das Geschäft aller Spar- und Darlehnskassen, während in den bankstatistischen Erhebungen der Deutschen Bundesbank nur rd. 1 450 Institute erfaßt sind. Die Angaben für Juni und Dezember basieren auf einer Gesamterhebung, die März- und September-Ergebnisse sind geschätzt auf Grund einer Repräsentativerhebung des Deutschen Raiffeisenverbandes. — 2) Ohne die drei dem Deutschen Raiffeisenverband angeschlossenen Kreditbanken (Hannoversche Landwirtschaftsbank AG, Hannover, Landkreditbank Schleswig-Holstein AG, Kiel, Südwestbank GmbH, Stuttgart), die in den bankstatistischen Erhebungen der Deutschen Bundesbank in der Gruppe Staats-, Regional- und Lokalbanken enthalten sind. — 3) Forderungen in laufender Rechnung einschl. Warenforderungen. — 4) Ohne durchlaufende Kredite.

1) Bei allen Bankengruppen außer den Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) und den Teilzahlungskreditinstituten.

7. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken/Kreditnehmern<sup>\*)</sup> 1) Mio DM

Large table with columns: Jahres- oder Vierteljahresende, Industrie und Handwerk, Von den Krediten an Industrie und Handwerk entfallen auf (Bergbau, Eisen- und metallschaffende Industrie, Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, chemische u. pharmazeutische Industrie, Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie, Textil-, Leder-, Schuh-, Bekleidungs- und Gewerbe, für die Bauwirtschaft arbeitende Industrien), Wohnbau, Versorgungsbetriebe, Handel, Zentrale Einfuhr- und Vorratshaltungen, Land-Forst- und Wasserwirtschaft, Sonstige öffentliche Kreditnehmer, Übrige Wirtschaftszweige und Kreditnehmer, Kredite der Teilzahlungskreditinstitute, Nicht aufgliederbare Kredite. Includes sub-sections for Kurzfristige Kredite and Mittel- und langfristige Kredite.

\*) Ohne Saarland. — 1) Die Aufgliederung der kurzfristigen Kredite nach Wirtschaftszweigen ist für das Bundesgebiet außer Berlin geschätzt auf Grund der Ergebnisse einer Teilerhebung bei rd. 730 Instituten; in Berlin (West) werden die kurzfristigen Kredite von allen Kreditinstituten aufgeführt. Die mittel- und langfristigen Kredite werden von allen im Rahmen der bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstituten im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) aufgeführt. — 2) Steine und Erden, Flachglas, Sägerei und Holzbearbeitung, Baugewerbe, Baubewerke. — 3) Auch die Kredite derjenigen Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), die in den bankstatistischen Erhebungen nicht erfaßt sind (Ende Sept. 1966 etwa 6,7 Mrd DM), dürften zu einem relativ großen Teil Kredite an die Landwirtschaft darstellen. — 4) Hierunter fallen alle Kredite an öffentliche Stellen, soweit sie nicht unter den einzelnen Wirtschafts- oder Industriezweigen ausgewiesen sind, sowie die Kredite für Bau und Unterhaltung von Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen. — 5) Kredite an Betriebe des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, des Fremdenverkehrs und an „Sonstige private Kreditnehmer“ sowie Frachtschuldungskredite. — 6) Einschl. Einkaufskredite an Händler und geringe Beträge „Sonstige Kredite“. — 7) Kurzfristige Kredite: Nichtaufgliederbare Kredite von Hypothekendarlehen und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten, Kreditinstituten mit Sonderaufgaben und (bis Ende 1954) der früheren Gruppe „Sonstige Kreditinstitute“, außerdem bis einschl. März 1962 nichtaufgegliederte umgestellte RM-Kredite. Mittel- und langfristige Kredite: Bis einschl. März 1962 Ausleihungen der Kreditinstitute vor der Währungsreform, die ab Juni 1962 den einzelnen Wirtschaftszweigen oder Kreditnehmern zugeordnet werden. — 8) Abnahme durch Auflösung der Gruppe „Sonstige Kreditinstitute“ infolge Neuordnung der Gliederung nach Bankengruppen im Januar 1955. — 9) Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 560 Mio DM. — 10) Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 254 Mio DM. — 11) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 688 Mio DM. — 12) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 378 Mio DM. — 13) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 120 Mio DM. — 14) Zunahme von rd. 190 Mio DM. — 15) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 43 Mio DM (vgl. Anm. 10). — 16) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 43 Mio DM (vgl. Anm. 15). — 17) s. Anm. 10) Tab. III A 1. — 18) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 258 Mio DM. — 19) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 37 Mio DM. — 20) Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 115 Mio DM. — 21) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 195 Mio DM. — 22) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 89 Mio DM. — 23) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 75 Mio DM (vgl. Anm. 21). — 24) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 75 Mio DM (vgl. Anm. 21). — 25) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 250 Mio DM. — 26) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 155 Mio DM. — 27) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 118 Mio DM. — 28) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 41 Mio DM. — 29) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 392 Mio DM. — 30) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 81 Mio DM.

















der Kreditinstitute \*)

DM

Passiva

Table with 12 columns: Eigene Akzepte im Umlauf, Schuldverschreibungen im Umlauf, Aufgenommene langfristige Darlehen, Durchlaufende Kredite, Grund- oder Stammkapital, Sonstige Rücklagen, Rückstellungen, Wertberichtigungen, Sonstige Passiva, Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Eigene Zielungen im Umlauf, Indossamentsverbindlichkeiten, Bei der Deutschen Bundesbank aufgenommene Refinanzierungskredite, Geschäftsvolumen, Jahres- oder Monatsende

Alle Bankengruppen 1)

Main data table for 'Alle Bankengruppen' with 12 columns and multiple rows of financial data from 1949 to 1966.

Kreditbanken

Table for 'Kreditbanken' with 12 columns and multiple rows of financial data from 1962 to 1966.

Großbanken 2) +)

Table for 'Großbanken' with 12 columns and multiple rows of financial data from 1962 to 1966.

Staats-, Regional- und Lokalbanken +)

Table for 'Staats-, Regional- und Lokalbanken' with 12 columns and multiple rows of financial data from 1962 to 1966.

Privatbankiers +)

Table for 'Privatbankiers' with 12 columns and multiple rows of financial data from 1962 to 1966.

Spezial-, Haus- und Branchebanken +)

Table for 'Spezial-, Haus- und Branchebanken' with 12 columns and multiple rows of financial data from 1962 to 1966.

Änderungen sind im allgemeinen auf Fusion, Liquidation oder Neugründung von Instituten zurückzuführen, Abgänge bei „Privatbankiers“ auch auf Änderung der Rechtsform. Soweit es III, A 9 und Tab. III, A 10. — \*) S. „Kreditgenossenschaften (Raiffeisen)“ Anm. 11) und „Teilzahlungskreditinstitute“ Anm. 14), 20), 21). — 2) Rembourskredite, Barkredite. Nur Neu- „Schuldverschreibungen im Umlauf“ zusammengefaßt. — 3) Seit Februar 1952 einschl. Sammelwertberichtigung, die seit dieser Zeit von allen Instituten passiviert wird; vorher konnte Umlauf „Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln“. Ferner sind die mit Rückkaufverpflichtung an die Deutsche Bundesbank verkauften Ausgleichsforderungen in der Verbuchung der Zentralbankkredite bei den Kreditinstituten einerseits und der Deutschen Bundesbank andererseits. — 4) Bis einschl. November 1960 ohne Kreditgenossenschaften „aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel“. — 5) Ohne Einlagen auf Festkonto (Ende 1949 16,9 Mio DM) und Uralkonto (Ende 1950 249,7 Mio DM). Teilzahlungskreditinstitute. Bis August 1950 waren sechs Teilzahlungskreditinstitute in der Untergruppe „Spezial-, Haus- und Branchebanken“ erfasst. — 6) Einschl. noch nicht frei- 10) Rückgang durch Änderung der Berichtspflicht für die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen). Während bis einschl. Dezember 1954 diejenigen Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) be- 11) Rückgang durch Änderung der Berichtspflicht für die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen). Während bis einschl. Dezember 1954 diejenigen Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) be- und mehr betrug. — 12) Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 567 Mio DM. — 13) Beginnend mit Januar 1960 einschl. Saarland. Die Zahlenreihen wurden im Dezember 1959). — 14) Nach Ausschaltung „sonstiger Indossamentsverbindlichkeiten“, die nicht durch Rediskontierung von Wechseln entstanden sind. — 15) Statistisch bedingte Zunahme in menhang mit einer Änderung der Haftungsverhältnisse. — 16) Statistisch bedingte Abnahme von 920 Mio DM. — 17) Statistisch bedingte Zunahme in Höhe von 576 Mio DM (Sticht- sind, beginnend mit Dezember 1962, Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1961 2 Mio DM und mehr betrug. Die Dezember-Ergebnisse sind für den rd. 89 Mio DM. — 18) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 89 Mio DM. — 19) Einbeziehung seither nicht erfaßter Privatbankiers kleineren Geschäftsumfangs. — 20) Statistisch „Aufgenommene langfristige Darlehen“ (Abnahme) und „Durchlaufende Kredite“ (Zunahme). — 21) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 122 Mio DM. — 22) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 2 928 Mio DM. — 23) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 2 733 Mio DM. — 24) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 230 Mio DM. — 25) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 43 Mio DM. — 26) Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — +) Untergruppe der „Kreditbanken“. — \*) Vorläufig.

















2. Zahl der monatlich berichtenden Kreditinstitute\*)  
sowie deren Gliederung nach Größenklassen

Stand Ende Dezember 1965

Bankengruppe	Gesamtzahl der im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute *)	Die im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute verteilen sich nach ihrem Geschäftsvolumen <sup>1)</sup> auf folgende Größenklassen:									
		unter 500 Tsd DM	500 Tsd DM bis unter 1 Mio DM	1 Mio DM bis unter 5 Mio DM	5 Mio DM bis unter 10 Mio DM	10 Mio DM bis unter 25 Mio DM	25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	100 Mio DM bis unter 500 Mio DM	500 Mio DM bis unter 1 Mrd DM	1 Mrd DM und mehr
Kreditbanken	352	22	14	64	23	67	42	30	62	14	14
Großbanken <sup>2)</sup>	6	—	—	—	—	—	—	—	—	2	4
Staats-, Regional- und Lokalbanken <sup>3)</sup>	103	—	—	9	5	20	17	10	24	9	9
Privatbankiers	204	22	13	44	16	42	18	19	27	3	—
Spezial-, Haus- und Branchenbanken	39	—	1	11	2	5	7	1	11	—	1
Girozentralen <sup>4)</sup>	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12
Sparkassen	864	—	—	7	28	132	189	234	248	10	16
Zentralkassen <sup>5)</sup>	18	—	—	—	—	—	—	—	10	6	2
Zentralkassen (Schulze-Delitzsch)	5	—	—	—	—	—	—	—	2	2	1
Zentralkassen (Raiffeisen)	13	—	—	—	—	—	—	—	8	4	1
Kreditgenossenschaften	2 195	4	5	496	884	571	161	50	24	—	—
Kreditgenossenschaften (Schulze-Delitzsch) <sup>6)</sup>	756	4	5	67	190	288	135	47	20	—	—
Kreditgenossenschaften (Raiffeisen)	1 439	—	—	429	694	283	26	3	4	—	—
Hypothekenbanken und Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	48	—	—	—	1	4	3	2	11	4	23
Private Hypothekenbanken	31	—	—	—	1	2	1	2	6	4	15
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	17	—	—	—	—	2	2	—	5	—	8
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	21	—	—	1	—	1	2	—	4	2	11
Teilzahlungskreditinstitute	221	21	19	66	40	31	14	16	13	1	—
Postscheck- und Postsparkassenämter	15	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Insgesamt <sup>7)</sup>	3 746	47	38	634	976	806	411	332	372	37	78

\*) Einschließlich abwickelnder und liquidierender Kreditinstitute. — <sup>1)</sup> In der Zwischenbilanz ausgewiesene Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus redis-kontierten Wechseln, den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel. — <sup>2)</sup> Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — <sup>3)</sup> Einschließlich der Zweigstellen ausländischer Banken. — <sup>4)</sup> Ohne Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —, die in der Bankengruppe „Kreditinstitute mit Sonderaufgaben“ geführt wird. — <sup>5)</sup> Ohne Deutsche Genossenschaftskasse, die in der Bankengruppe „Kreditinstitute mit Sonderaufgaben“ geführt wird. — <sup>6)</sup> Einschließlich sonstiger dem Deutschen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) angeschlossenen Kreditinstitute. — <sup>7)</sup> In den kursiv gedruckten Zahlen sind die Postscheck- und Postsparkassenämter nicht enthalten.



2. Zinssätze

a) Diskont- und Lombardsatz der Deutschen Bundesbank \*) sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreservesolls

Gültig ab	Diskontsatz <sup>1) 2)</sup>	Lombardsatz	Sonderzins für Kreditinstitute bei Unterschreitung des Mindestreservesolls
	% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz
1948 1. Juli	5	6	1
1. Dez.	5	6	3
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	3
14. Juli	4	5	3
1950 27. Okt.	6	7	3
1. Nov.	6	7	1
1951 1. Jan.	6	7	3
1952 29. Mai	5	6	3
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	3
1953 8. Jan.	4	5	3
11. Juni	3 1/2	4 1/2	3
1954 20. Mai	3	4	3
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	3
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	3
19. Mai	5 1/2	6 1/2	3
6. Sept.	5	6	3
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	3
19. Sept.	4	5	3
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	3
27. Juni	3	4	3
1959 10. Jan.	2 3/4	3 3/4	3
4. Sept.	3	4	3
23. Okt.	4	5	3
1960 3. Juni	5	6	3
11. Nov.	4	5	3
1961 20. Jan.	3 1/2	4 1/2	3
5. Mai	3	4 <sup>3)</sup>	3
1965 22. Jan.	3 1/2	4 1/2	3
13. Aug.	4	5	3
1966 27. Mai	5	6 1/4	3
1967 6. Jan.	4 1/2	5 1/2	3
17. Febr.	4	5	3

\*) Bis 31. 7. 1957 Sätze der Bank deutscher Länder bzw. der Landeszentralbanken.  
 1) Zugleich Zinssatz für Kassenkredite. — 2) Bis Mai 1956 galten für Auslandswechsel und Exporttratten auch niedrigere Sätze; für bestimmte Kredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Ende 1958 ausliefen, wurden feste Sondersätze berechnet (Einzelheiten siehe Anmerkungen zur gleichen Tabelle in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, 15. Jg., Heft 3, März 1963, S. 62). — 3) Auf die in der Zeit vom 10. Dezember 1964 bis 31. Dezember 1964 in Anspruch genommenen Lombardkredite wurde den Kreditinstituten eine Vergütung von 1/4 % p. a. gewährt.

b) Sätze der Deutschen Bundesbank für US-Dollar-Swaps \*) mit inländischen Kreditinstituten <sup>1)</sup>

Gültig ab <sup>2)</sup>	Mindest- u. Höchstfristen (Monate)	Deport (-), Report (+) <sup>3)</sup> in % p. a.
	1961 20. Jan.	1/2 — 6
3. Febr.	1/2 — 6	+ 1/2
9. Febr.	1/2 — 6	+ 1/4
13. Febr.	1/2 — 6	pari
14. Aug.	1 — 6	- 1/4
15. Dez.	1 — 6	pari
1962 2. Jan.	1 — 6	- 1/4
8. Jan.	1 — 6	- 3/8
10. Jan.	1 — 6	- 1/2
14. Febr.	2 — 6	- 1/2
8. März	1 — 6	- 1/2
30. März	1 — 2	- 1/2
	über 2 — 6	- 1/4
16. Juli	über 1 — 2	- 3/4
	über 2 — 6	- 1/2
1. Aug.	über 1 — 2	-1
	über 2 — 6	- 3/4
24. Sept.	über 1 — 2	- 3/4
	über 2 — 6	- 1/2
1963 7. Jan.	über 1 — 2	-1
	über 2 — 6	- 1/4
1964 10. März	3 — 6	- 1/2
13. Juli	3 — 6	- 1/4

\*) Über die Swap-Engagements unterrichtet die Tabelle VII/9.  
 1) Für Geldanlagen im Ausland; die Festsetzung eines Swapatzes muß nicht bedeuten, daß die Bundesbank auch laufend Swapgeschäfte zu diesen Sätzen abschließt, vielmehr kommt es vor, daß sich die Bank zeitweilig aus dem Geschäft zurückzieht. Ab 10. März 1964 werden nur Swapgeschäfte zum Erwerb von US-\$-Schatzwechseln abgeschlossen. — 2) Angaben für die Jahre 1958 bis 1960 sind den vor März 1964 erschienenen Monatsberichten zu entnehmen. — 3) Deport = Abschlag, Report = Aufschlag, um den der Rückkaufkurs vom Abgabekurs (Kassa-Mittel-Kurs) abweicht; pari = Übereinstimmung von Rückkaufkurs und Abgabekurs.

c) Sätze der Deutschen Bundesbank für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt (% p. a.)

Gültig ab	Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn mit Laufzeit von		Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost mit Laufzeit von				Vorratsstellen-Wechsel mit Laufzeit von	
	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen	1/2 Jahr	1 Jahr	1 1/2 Jahren	2 Jahren	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen
	1962 4. Jan.	1 3/4	1 7/8	2 1/4	2 3/8	2 5/8	2 3/4	1 7/8
30. März	1 7/8	2	2 3/8	2 1/2	2 3/4	2 7/8	2	2 1/8
13. April	2	2 1/8	2 1/2	2 5/8	2 7/8	3	2 1/8	2 1/4
6. Juni	2 1/8	2 1/4	2 5/8	2 3/4	3	3 1/8	2 1/4	2 3/8
16. Juli	2 1/4	2 3/8	2 3/4	2 7/8	3 1/8	3 1/4	2 3/8	2 1/2
1. Aug.	2 3/8	2 1/2	2 7/8	3	3 1/4	3 3/8	2 1/2	2 5/8
3. Okt.	2 1/2	2 5/8	3	3 1/8	3 3/8	3 1/2	2 5/8	2 3/4
1963 25. Nov.	2 1/2	2 5/8	3	3 1/8	3 1/4	3 3/8	2 5/8	2 3/4
1965 22. Jan.	3	3 1/8	3 5/8	3 3/4	4	4 1/8	3 1/8	3 1/4
13. Aug.	3 3/4	3 7/8	4 3/8	4 1/2	4 5/8	4 3/4	3 7/8	4
1966 7. Jan.	3 7/8	4	4 7/8	5	5 1/8	5 1/4	4	4 1/8
23. Febr.	3 7/8	4	5	5 1/8	5 1/4	5 3/8	4	4 1/8
4. März	3 7/8	4	5 1/8	5 1/4	5 3/8	5 1/2	4	4 1/8
27. Mai	4 7/8	5	5 5/8	5 3/4	5 7/8	6	5	5 1/8
30. Dez.	4 5/8	4 3/4	5 3/8	5 1/2	5 5/8	5 3/4	4 3/4	4 7/8
1967 6. Jan.	4 5/8	4 1/2	5 1/8	5 1/4	5 3/8	5 1/2	4 1/2	4 5/8
17. Jan.	4 1/4	4 3/8	5	5 1/8	5 1/4	5 3/8	4 3/8	4 1/2
20. Jan.	4	4 1/8	4 3/4	4 7/8	5	5 1/8	4 1/8	4 1/4
17. Febr.	3 5/8	3 3/4	4 3/8	4 1/2	4 5/8	4 3/4	3 3/4	3 7/8

d) Privatkontosätze % p. a.

Gültig ab	Privatkontosätze mit einer Restlaufzeit von	
	30 bis 59 Tagen (kurze Sicht) Mittelsatz	60 bis 90 Tagen (lange Sicht) Mittelsatz
1964 8. Jan.		2 3/4
13. Jan.		2 11/16
17. Jan.		2 1/4
20. Jan.		2 15/16
21. Jan.		2 7/8
22. Juni		2 15/16
12. Nov.	2 7/8	2 15/16
1. Dez.		2 15/16
1965 22. Jan.		3 1/16
10. Febr.		3 3/16
17. Febr.		3 5/16
19. Febr.		3 7/16
13. Aug.		3 15/16
16. Aug.		3 31/32
1966 7. Jan.		4 1/32
29. April		4 7/32
27. Mai		5 1/32
30. Dez.		4 31/32
1967 6. Jan.		4 23/32
17. Jan.		4 19/32
20. Jan.		4 11/32
17. Febr.		3 31/32



**noch: 2. Zinssätze**

**g) Höchstsätze für Kreditkosten und Habenzinsen**

Höchstsätze für Kreditkosten <sup>1)</sup> in % p. a. (gültig ab 17. Februar 1967) D = Diskontsatz, zur Zeit 4		Höchstsätze für Habenzinsen <sup>7)</sup> in % p. a. (gültig ab 1. Februar 1967)	
<b>I. Sollzinsen<sup>2)</sup></b>		<b>I. Sichteinlagen</b>	1/2
1. Gelddarlehen	D + 4 1/2	<b>II. Kündigungsgelder</b>	
2. Wechseldiskontkredite		1. Kündigungsgelder mit vereinbarter Kündigungsfrist von 1 bis weniger als 3 Monaten	2 1/2
a) bundesbankfähige Wechsel	D + 3 mind. 2.— DM je Abschnitt	2. Kündigungsgelder von weniger als 1 Mio DM mit vereinbarter Kündigungsfrist von	
b) sonstige Wechsel	D + 4 1/2 mind. 2.— DM je Abschnitt	a) 3 bis weniger als 6 Monaten	3
3. Akzeptkredite in der Form des Ankaufs eigener Akzente	D + 3 1/2	b) 6 bis weniger als 12 Monaten	3 3/4
		c) 12 Monaten bis weniger als 2 1/2 Jahren	4 3/4
<b>II. Kreditprovision<sup>3)</sup></b>	3	<b>III. Festgelder</b>	
<b>III. Überziehungsprovision<sup>4)</sup></b>	1 1/2	1. Festgelder mit vereinbarter Laufzeit von 30 bis 89 Tagen	2 1/2
<b>IV. Umsatzprovision<sup>5)</sup></b>	1/4 vom reinen Umsatz der größeren Kontoseite oder 1 aus dem in Anspruch genommenen Kreditbetrag	2. Festgelder von weniger als 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von	
<b>V. Barauslagen</b>	in tatsächlicher Höhe	a) 90 Tagen bis 179 Tagen	3
<b>VI. Kosten für zusätzliche Bankleistungen</b>	in angemessener Höhe	b) 180 bis 359 Tagen	3 3/4
<b>VII. Zinsvoraus<sup>6)</sup></b>	1/8 — 1/2	c) 360 Tagen bis weniger als 2 1/2 Jahren	4 3/4
		<b>IV. Spareinlagen von weniger als 1 Mio DM</b>	
		1. mit gesetzlicher Kündigungsfrist und vereinbarter Kündigungsfrist von weniger als 12 Monaten	
		a) von natürlichen Personen und von juristischen Personen, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen	4
		b) von sonstigen juristischen Personen und von Personenhandelsgesellschaften sofern eine Kündigungssperrfrist von mindestens 6 Monaten vereinbart ist	3 1/2
		2. mit vereinbarter Kündigungsfrist von 12 Monaten bis weniger als 2 1/2 Jahren	5
		<b>V. Zinsvoraus<sup>6)</sup></b>	1/8 — 1/2

<sup>1)</sup> Höchstsätze für Kredite in Deutscher Mark an Nichtkreditinstitute, die durch Zinsverordnung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen festgesetzt wurden. Die Sätze gelten nicht für die in § 2 der Zinsverordnung aufgeführten Kredite (Kredite mit einer Laufzeit oder Tilgungsdauer von mindestens 4 Jahren, Kredite an Gebietsfremde, Kredite an die KfW und an Bausparkassen; ferner Teilzahlungsfinanzierungskredite und Kleinkredite, für die Sonderregelungen bestehen). — <sup>2)</sup> Sollzinsen dürfen nur für den in Anspruch genommenen Kredit berechnet werden. Wird ein Kontokorrentkredit auf einem Kreditsonderkonto belastet und der Kreditbetrag gleichzeitig auf einem Konto in laufender Rechnung gutgeschrieben, so mindern Guthaben auf diesem Konto den zu verzinsenden Schuldsaldo. — <sup>3)</sup> Die Kreditprovision darf für zugesagte Kredite berechnet werden, soweit sie nicht in Anspruch genommen sind. Wird die Kreditprovision für die vorgesehene Laufzeit oder einen Abrechnungszeitraum unabhängig von der Inanspruchnahme des Kredits vorweg oder nachträglich berechnet, so ermäßigt sich der Höchstsatz für die Sollzinsen um den Satz der berechneten Kreditprovision. — <sup>4)</sup> Die Überziehungsprovision darf neben den Sollzinsen berechnet werden, wenn ein Kreditnehmer Kredite ohne ausdrückliche Vereinbarung oder über den vereinbarten Betrag oder über den vereinbarten Termin hinaus in Anspruch nimmt (Kontoüberziehungen). Die Überziehungsprovision darf nur vom Betrag der Überziehung berechnet werden. — <sup>5)</sup> Diese Höchstsätze gelten nicht, wenn anstelle der Umsatzprovision Postenentgelte berechnet werden. — <sup>6)</sup> Für die Kreditinstitute, die einen Zinsvoraus für Einlagen gewähren dürfen, erhöhen sich die Höchstsätze für Sollzinsen um den von ihnen in zulässiger Weise gewährten Zinsvoraus. Dies gilt auch, wenn der Zinsvoraus nicht für sämtliche Einlagen gewährt wird. Wird der Zinsvoraus für Einlagen in unterschiedlicher Höhe gewährt, so kann der höchste gewährte Satz zugrunde gelegt werden. — <sup>7)</sup> Höchstsätze für Einlagen von Nichtkreditinstituten in Deutscher Mark und in fremden Währungen, festgesetzt durch Zinsverordnung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen. Die Sätze gelten nicht für die in § 12 der Zinsverordnung aufgeführten Einlagen (u. a. Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist oder Laufzeit von 2 1/2 Jahren und mehr sowie — ab 1. Juli 1966 — Kündigungs-, Festgelder und Spareinlagen von 1 Mio DM und mehr mit einer Kündigungsfrist oder Laufzeit von mindestens 3 Monaten, ferner Einlagen der Bundespost, der KfW und der Bausparkassen). Für gebietsfremde Einleger gelten diese Sätze nur insoweit, als auf Grund von § 23 Abs. 1 Nr. 7 des Außenwirtschaftsgesetzes keine Regelung für die Verzinsung von Konten Gebietsfremder getroffen ist. — <sup>8)</sup> Siehe Sondertabelle IV. 2. h) „Zinsvoraus“.

**h) Zinsvoraus  
(gültig ab 1. März 1965)**

Art der Einlagen	Gemäß Zinsverordnung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen dürfen die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen höchstens überschritten werden:											
	von Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme <sup>1)</sup>			von Kapitalgesellschaften mit einer Bilanzsumme <sup>1)</sup>				von Privatbankiers (Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften) mit einer Bilanzsumme <sup>1)</sup>				
	bis 5 Mio DM	über 5 bis 20 Mio DM	über 20 bis 40 Mio DM	bis 5 Mio DM	über 5 bis 20 Mio DM	über 20 bis 40 Mio DM	über 40 bis 60 Mio DM	bis 5 Mio DM	über 5 bis 30 Mio DM	über 30 bis 60 Mio DM	mehr als 60 Mio DM	
	um % p. a.			um % p. a.				um % p. a.				
Sichteinlagen	1/2	1/4	—	1/2	1/4	—	—	1/2	1/4	1/8	—	
Befristete Einlagen	3/8	1/4	1/4	3/8	1/4	1/4	1/4	3/8	1/4	1/4	1/4 <sup>2)</sup>	
Spareinlagen	1/4	1/4	—	1/4	1/4	—	—	1/4	1/4	—	—	

<sup>1)</sup> Maßgebend für die Bilanzsumme ist die letzte für den Schluß eines Geschäftsjahres festgestellte Bilanz. — <sup>2)</sup> Privatbankiers mit einer Bilanzsumme über 60 Mio DM dürfen den Zinsvoraus nur gewähren, wenn die befristeten Einlagen des Einlegers insgesamt DM 500 000,— nicht übersteigen.

### noch: 2. Zinssätze

i) Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform  
Höchst-Sollzinsen \*)  
%/o p. a.

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz	Kosten für Gelddarlehen		Kosten für angekaufte eigene Akzepte	Kosten für Wechseldiskontkredite			
			im Rahmen des Kreditvertrages	Kontoüberziehungen		in Abschnitten von			
						20 000 DM und höher	5 000 DM bis unter 20 000 DM	1 000 DM bis unter 5 000 DM	unter 1 000 DM
1948 1. Juli	5	6	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
1. Sept.	5	6	9 1/2	11	8 1/2 - 9 1/2	7	7 1/2	8	8 1/2
15. Dez.	5	6	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	8 1/2	10	7 1/2 - 8 1/2	6	6 1/2	7	7 1/2
14. Juli	4	5	8 1/2	10	7 1/2 - 8 1/2	6	6 1/2	7	7 1/2
1950 27. Okt.	6	7	10 1/2	12	9 1/2	8	8 1/2	9	9
1952 29. Mai	5 1/2	6 1/2	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8 1/2
1953 8. Jan.	4 1/2	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7
11. Juni	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	6 1/2
1954 20. Mai	3	4	8	9 1/2	6 1/2	5	5 1/2	6	6
1. Juli	3	4	7 3/4	9 1/4	6 1/2	5	5 1/2	6	6
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	6 1/2
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	7 1/2
19. Mai	5 1/2	6 1/2	10	11 1/2	9	7 1/2	8	8 1/2	8 1/2
6. Sept.	5	6	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	7 1/2
19. Sept.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	6 1/2
27. Juni	3	4	7 3/4	9 1/4	6 1/2	5	5 1/2	6	6
21. Juli	3	4	7 1/2	9	6 1/2	5	5 1/2	6	6
1959 10. Jan.	2 3/4	3 3/4	7 1/4	8 3/4	6 1/4	4 3/4	5 1/4	5 3/4	5 3/4
4. Sept.	3	4	7 1/2	9	6 1/2	5	5 1/2	6	6
23. Okt.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7
1960 3. Juni	5	6	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8
11. Nov.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7
1961 20. Jan.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	6 1/2
5. Mai	3	4	7 1/2	9	6 1/2	5	5 1/2	6	6
1965 22. Jan.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	6 1/2
1965 1. März *)	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	6 1/2	7	8	8 1/2
13. Aug.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	7	8	9	9 1/2
1966 27. Mai	5	6 1/2	9 1/2	11	8 1/2	8	9	10	10 1/2
1967 6. Jan.	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	7 1/2	8	9	9 1/2
17. Febr.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	7	8 1/2	9 1/2	10 1/2

\*) Bis zum 28. Februar 1965 zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern galten die gleichen Sätze. Die Sätze gelten nur für voll in Anspruch genommene Kredite. Die Umsatzprovision oder Postenentgelte sind nicht berücksichtigt. — 1) Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 1/2 %/o. — 2) Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 %/o. — 3) Ab 1. 3. 1965 gelten die Sätze der Zinsverordnung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen; eine Differenzierung der Kosten für Wechselkredite nach der Größe der Abschnitte ist nicht mehr vorgesehen.

### Höchst-Habenzinsen \*) %/o p. a.

Gültig ab	Sichteinlagen		Kündigungsgelder 1)				Festgelder 1)				Spareinlagen		
	in provisions-freier Rechnung	in provisions-pflichtiger Rechnung	1 Monat bis weniger als 3 Monate	3 Monate bis weniger als 6 Monate	6 Monate bis weniger als 12 Monate	12 Monate bis weniger als 4 Jahre	30 bis 89 Tage	90 bis 179 Tage	180 bis 359 Tage	360 Tage bis weniger als 4 Jahre	mit gesetzlicher Kündigungsfrist 2)	mit vereinbarter Kündigungsfrist 3)	6 Monate bis weniger als 12 Monate
1948 1. Sept.	1	2	2 1/4	2 1/4	3	3 1/4	2 1/4	2 1/4	3	3 3/4	2 1/2	3	4
1949 1. Sept.	1	1 1/2	2 1/4	2 1/2	2 1/2	2 3/4	2 1/4	2 1/4	2 3/4	3 1/4	2 1/2	3	4
1950 1. Juli	1	1 1/2	2 1/4	2 1/2	2 1/2	2 3/4	2 1/4	2 1/4	2 3/4	3 1/4	2 1/2	3	4
1. Dez.	1	1 1/2	3 1/4	3 1/2	3 1/2	4 1/4	3 1/2	3 1/2	4 1/4	5 1/4	3	3 1/2	4 1/2
1952 1. Sept.	1	1 1/2	3	3 1/2	3 1/2	3 3/4	3	3	3 1/2	4 1/4	3	3 1/2	4 1/2
1953 1. Febr.	1	1 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 3/4	2 1/2	2 1/2	2 3/4	3 1/4	3	3 1/2	4 1/2
1. Juli	3/4	1 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/2	2 1/2	2 3/4	3 1/4	3	3 1/2	4 1/2
1954 1. Juli	1/2	1	2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2	2 1/2	2 3/4	3 1/4	3	3 1/2	4
1955 4. Aug.	3/4	1 1/4	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/2	2 1/2	2 3/4	3 1/4	3	3 1/2	4
1956 16. März	1 1/2	1 1/2	3 3/4	3 3/4	4 1/4	4 3/4	3 3/4	3 3/4	4 1/4	4 3/4	3	4	5
19. Mai	1 1/2	2	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/4	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/4	3 1/2	4 1/2	5 1/2
1. Okt.	1 1/2	1 3/4	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/4	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/4	3 1/2	4 1/2	5 1/2
1957 1. Febr.	1	1 1/2	3 3/4	4 1/4	4 1/4	5 1/4	3 1/2	3 1/2	4 1/4	5 1/4	3 1/2	4 1/2	5 1/2
17. Okt.	3/4	1 1/2	3 3/4	4 1/4	4 1/4	5 1/4	3 1/2	3 1/2	4 1/4	5 1/4	3 1/2	4 1/2	5 1/2
1958 10. Febr.	1/2	1	2 1/2	3	3 1/4	4 1/4	2 1/2	2 1/2	3	3 1/4	3 1/4	4	5
21. Juli	1/2	1	2 1/2	2 3/4	3	3 3/4	2 1/2	2 1/2	3	3 1/4	3	3 1/2	4 1/4
20. Nov.	1/2	1	2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2	2 1/2	2 3/4	3 1/4	3	3 1/2	4
1959 1. Febr.	3/4	1 1/2	1 1/2	2	2 1/2	3 1/4	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	3	3 1/2	4
20. Nov.	1/2	1	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/4	4	3	3 1/2	4
1960 1. Jan.	1/2	1 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/4	4	3 1/2	4 1/2	5 1/2
1. Juli	1	1 1/2	3	3 1/2	3 1/2	4	3	3 1/2	4	4 1/4	4	4 1/2	5 1/4
15. Dez.	1/2	1	2 1/2	3	3 1/2	4 1/4	3	3	4	4 1/4	4	4 1/2	5 1/4
1961 1. Jan.	1/2	1	2 1/2	3	3 1/2	4 1/4	2 1/2	2 1/2	3	3 1/2	4	4 1/4	5 1/4
15. Febr.	1/2	1	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/4	4	4	4 1/4	5 1/4
1. April	1/2	1	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/4	4	3 1/2	4	4 1/4
10. Juni	3/4	1 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/4	4	3 1/2	4	4 1/4
1. Juli	3/4	1 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/4	4	3 1/2	4	4 1/4
1965 1. März *)	3/4	1 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/4	4	3 1/2	4	4 1/4
1. Okt.	3/4	1 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/4	4	3 1/2	4	4 1/4
1966 1. Juli *)	1/2	1 1/2	3	3 1/2	3 1/2	4 1/4	3	3 1/2	4 1/4	5 1/4	4 1/2	5 1/4	6 1/4
1967 1. Febr.	1/2	1 1/2	3	3 1/2	3 1/2	4 1/4	3	3 1/2	4 1/4	5 1/4	4 1/2	5 1/4	6 1/4

\*) Bis zum 28. Februar 1965 zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern galten die gleichen Sätze. Ab 1. 3. 1965 gelten die Sätze der Zinsverordnung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen. — 1) Für größere Einlagenbeträge (ab 50 000,- DM bzw. 1 000 000,- DM) wurden vom 1. 9. 1949 bis zum 19. 11. 1958 höhere Zinssätze vergütet. — 2) Die Postspareinlagen wurden bis zum 30. 4. 1957 in der Regel 1/4 %/o niedriger als die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist verzinst. — 3) Ab 20. 11. 1958 darf bei Hereinnahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung. — 4) Kündigungs-, Festgelder und Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist oder Laufzeit von 2 1/2 Jahren und mehr unterliegen ab 1. März 1965 nicht mehr der Zinsbindung. — 5) Diese Sätze gelten nur für Spareinlagen von natürlichen Personen und von juristischen Personen, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen. Für Spareinlagen von sonstigen juristischen Personen und von Personengesellschaften gilt ein um 1/2 %/o niedriger Zinssatz, sofern nicht eine Kündigungssperrfrist von mindestens 6 Monaten vereinbart ist. — 6) Kündigungs-, Festgelder und Spareinlagen von 1 Mio DM und mehr mit einer Kündigungsfrist oder Laufzeit von mindestens 3 Monaten unterliegen ab 1. Juli 1966 nicht mehr der Zinsbindung. — 7) Ab 1. Januar 1967 werden im Postsparkassendienst auch Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist angenommen.

## V. Kapitalmarkt

1. Auflegung von festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten<sup>1)</sup>

Mio DM Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen					Industrieobligationen (einschl. Wandelschuldverschreibungen)	Anleihen der öffentlichen Hand <sup>2)</sup>	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Nadriichtlich: Auflegung von Anleihen ausländischer Emittenten <sup>3)</sup>
	Pfandbriefe (einschl. Schiffs- pfandbriefe)	Kommunal- obligationen (u. ähnl. <sup>4)</sup> )	Schuld- verschreibungen von Spezial- kreditinstituten <sup>5)</sup>	Sonstige Bankschuld- verschreibungen <sup>6)</sup>	insgesamt				
Gesamt									
1960	2 492,0	1 274,5	528,0	3,0	4 297,5	—	1 335,4	5 632,9	14,8
1961	3 599,5	2 373,4	1 028,3	100,0	7 101,2	308,7	2 311,8	9 721,7	12,0
1962	4 738,4	2 470,9	1 126,1	640,0	8 975,4	1 096,0	2 496,7	12 568,1	100,0
1963	3 872,4	3 787,3	1 859,7	1 230,0	10 749,4	1 552,5	4 536,5	16 838,4	160,0
1964	5 036,4	3 996,3	1 838,1	1 565,0	12 435,8	989,5	4 138,8	17 564,1	895,0
1965	4 480,5	4 127,7	1 263,0	1 394,0	11 265,2	570,0	3 589,2	15 424,4	1 389,2
1966	2 374,5	2 557,6	894,0	256,5	6 082,6	231,7	1 603,8	7 918,1	658,9
1963 Jan.	243,0	434,0	507,0	200,0	1 384,0	125,0	577,0	2 086,0	—
Feb.	246,1	252,7	9,0	70,0	577,8	155,0	635,6	1 368,4	—
März	308,7	413,0	81,0	230,0	1 032,7	150,0	69,7	1 252,4	100,0
April	236,8	457,0	143,5	105,0	942,3	230,0	647,2	1 819,5	—
Mai	242,2	524,7	125,9	150,0	1 042,8	35,0	339,0	1 416,8	—
Juni	419,0	180,5	131,5	80,0	811,0	135,0	285,0	1 231,0	—
Juli	346,7	197,0	59,6	—	603,3	207,5	551,1	1 361,9	—
Aug.	374,0	244,6	265,5	—	884,1	50,0	253,4	1 187,5	—
Sept.	272,0	381,0	60,0	75,0	788,0	110,0	127,9	1 025,9	—
Okt.	275,0	223,3	200,7	200,0	899,0	—	731,8	1 630,8	—
Nov.	428,1	287,5	151,0	40,0	906,6	250,0	268,8	1 425,4	—
Dez.	555,0	271,2	131,0	80,0	1 037,2	105,0	50,0	1 192,2	60,0
Zurückgezogene Emissionen	— 74,2	— 79,2	— 6,0	—	—159,4	—	—	—159,4	—
1964 Jan.	541,5	684,7	455,3	215,0	1 896,5	80,0	750,0	2 726,5	100,0
Feb.	467,0	561,1	272,0	—	1 300,1	80,0	401,0	1 781,1	—
März	288,7	317,5	25,0	110,0	941,2	207,5	260,0	1 408,7	40,0
April	569,5	388,4	97,0	240,0	1 294,9	100,0	79,9	1 474,8	40,0
Mai	329,0	111,0	59,0	50,0	490,0	106,0	423,3	1 019,3	140,0
Juni	625,0	363,7	25,0	150,0	1 163,7	240,0	443,9	1 847,6	355,0
Juli	315,2	288,8	231,5	190,0	1 025,5	80,0	289,1	1 394,6	160,0
Aug.	474,1	310,0	172,0	110,0	1 069,1	40,0	369,7	1 475,8	—
Sept.	166,0	184,5	382,5	200,0	933,0	—	290,8	1 223,8	—
Okt.	288,2	210,3	—	80,0	578,5	50,0	425,8	1 054,3	60,0
Nov.	527,0	219,2	3,0	100,0	849,2	—	370,0	1 219,2	—
Dez.	526,2	251,3	207,5	120,0	1 105,0	6,0	35,3	1 146,3	—
Zurückgezogene Emissionen	— 81,0	— 94,2	— 32,7	—	—207,9	—	—	—207,9	—
1965 Jan.	540,0	580,1	93,7	300,0	1 513,8	150,0	798,3	2 462,1	65,0
Feb.	343,0	441,8	261,7	180,0	1 226,5	—	10,5	1 237,0	157,3
März	420,2	291,4	83,0	160,0	954,6	100,0	119,5	1 174,1	400,0
April	366,2	307,3	100,0	140,0	913,5	—	452,3	1 365,8	—
Mai	293,0	148,4	52,5	70,0	563,9	—	375,0	938,9	106,7
Juni	197,6	601,7	25,0	130,0	954,3	270,0	343,6	1 567,9	26,6
Juli	735,9	671,8	349,5	110,0	1 867,2	—	482,5	2 349,7	116,8
Aug.	194,6	186,7	43,6	25,0	499,9	—	60,6	510,5	—
Sept.	401,9	290,2	72,0	100,0	864,1	—	57,9	922,0	—
Okt.	171,7	219,2	6,0	150,0	546,9	—	326,3	873,2	236,8
Nov.	493,3	298,0	163,0	75,5	1 029,8	50,0	347,6	1 427,4	160,0
Dez.	373,7	213,4	70,6	56,2	713,9	—	215,1	929,0	120,0
Zurückgezogene Emissionen	— 50,6	—122,3	— 57,6	—102,7	—333,2	—	—	—333,2	—
1966 Jan.	246,8	258,0	236,1	50,0	790,9	—	410,0	1 200,9	60,0
Feb.	171,7	231,4	102,7	37,3	543,1	—	217,0	760,1	9,5
März	108,5	241,2	32,5	73,4	455,6	—	334,3	789,9	239,3
April	153,8	195,6	63,6	1,0	414,0	114,1	12,4	540,5	—
Mai	270,9	170,1	33,3	6,1	480,4	—	6,4	486,8	—
Juni	117,9	161,7	36,1	12,0	327,7	—	12,2	339,9	3,8
Juli	178,8	173,8	60,7	27,5	440,8	117,6	4,6	563,0	112,2
Aug.	255,8	204,8	130,4	4,5	595,5	—	12,8	608,3	—
Sept.	238,0	215,7	14,6	—	468,3	—	21,0	489,3	—
Okt.	187,5	251,4	42,8	25,0	506,7	—	20,7	527,4	100,0
Nov.	200,8	208,3	7,6	—	416,7	—	50,7	467,4	134,1
Dez.	256,6	332,8	133,6	40,0	763,0	—	501,7	1 264,7	—
Zurückgezogene Emissionen	— 12,6	— 87,2	—	— 20,3	—120,1	—	—	—120,1	—
1967 Jan.	320,1	426,6	48,7	56,2	851,6	120,0	1 279,9	2 251,5	3,4
davon Schuldverschreibungen mit vereinbarter Laufzeit bis einschließlich 4 Jahre									
1966 Okt.	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nov.	2,0	24,2	—	—	26,2	—	25,0	51,2	—
Dez.	2,0	139,0	—	—	141,0	—	501,5	642,5	—
1967 Jan.	—	37,8	25,0	25,0	87,8	—	1 096,0	1 183,8	—
davon Schuldverschreibungen mit vereinbarter Laufzeit von über 4 Jahren									
1966 Okt.	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nov.	198,8	184,1	7,6	—	390,5	—	25,7	416,2	134,1
Dez.	254,6	193,8	133,6	40,0	622,0	—	0,2	622,2	—
1967 Jan.	320,1	388,8	23,7	31,2	763,8	120,0	183,9	1 067,7	3,4

<sup>1)</sup> Ohne Umtauschpapiere aus dem Altgeschäft und ohne Altsparenpapiere. — Die Jahresergebnisse wurden unter Berücksichtigung der zurückgezogenen Emissionen errechnet. —  
<sup>2)</sup> Landesbodenbriefe der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt (gedeckt durch Hypotheken und Kommunalanleihen im Sinne der §§ 2 und 8 des öffentl.-rechtl. Pfandbriefgesetzes),  
 Bodenkulturschuldverschreibungen der Hannoverschen Landeskreditanstalt und Anleihen für Schiffsbaufinanzierung der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen. — <sup>3)</sup> Hier-  
 unter werden Schuldverschreibungen aller Art der nachstehenden Kreditinstitute erfaßt: Deutsche Genossenschaftskasse, Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, Industrie-  
 kreditbank AG, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank und Lastenausgleichsbank. — <sup>4)</sup> Diese Position enthält hauptsächlich kurz- und mittelfristige  
 Schuldverschreibungen von Girozentralen, deren Verkaufserlös vorwiegend zur Kreditgewährung an die gewerbliche Wirtschaft bestimmt ist. — <sup>5)</sup> Einschl. der Anleihen öffentl.-  
 rechtl. Zweckverbände und ähnlicher öffentl.-rechtl. Verbände auf sondergesetzlicher Grundlage. — Ab April 1964 einschl. der gemäß § 252 Abs. 3 LAG an Hauptentschädigungs-  
 berechnete ausgegebenen Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen des Ausgleichsfonds. — <sup>6)</sup> Erläuterungen zu dieser Position siehe Fußnoten der Tabelle V/4.



## 5. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Zeit	Neugeschäft nach der Währungsreform								insgesamt	Altgeschäft Umtausch und Altsparrer papiere	Festver- zinsliche Wertpapiere insgesamt	Nach- richtlich: Anleihen aus- ländischer Emittenten
	davon											
	Bankschuldverschreibungen					Industrie- obligationen (einschl. Wandel- schuldver- schreibungen)	Anleihen der öffentlichen Hand					
	Pfandbriefe (einschl. Schiffs- pfandbriefe)	Kommunal- obligationen (u. ähnl.)	Schuldver- schreibungen von Spezial- kredit- instituten	Sonstige Bankschuld- ver- schreibungen	insgesamt							
Tilgung												
Gesamt												
1960	116.0	176.5	136.0	0.2	428.7	403.9	153.8	986.4	94.4	1 080.8	—	
1961	339.3	641.3	333.8	2.2	1 316.6	219.1	96.7	1 632.4	74.0	1 706.4	—	
1962	456.9	597.8	345.0	0.1	1 399.8	484.5	429.6	2 313.9	74.0	2 387.9	3.5	
1963	349.2	806.3	647.8	34.4	1 837.7	1 209.3	1 311.9	4 358.9	91.3	4 450.2	52.9	
1964	327.6	804.3	637.7	117.5	1 887.1	639.6	872.9	3 399.6	91.6	3 491.2	4.7	
1965	238.0	608.1	606.2	209.8	1 662.1	222.6	479.9	2 364.6	88.5	2 453.1	31.3	
1966	325.2	874.6	811.8	448.7	2 460.3	230.5	1 183.9	3 874.7	85.7	3 960.4	36.5	
1965 Juli	21.4	19.7	70.9	41.3	153.3	20.5	13.2	187.0	—	—	1.3	
Aug.	1.7	39.0	31.0	25.4	97.1	20.4	55.6	173.1	32.0	663.4	—	
Sept.	16.2	110.0	108.2	21.5	255.9	14.5	0.9	271.3	—	—	—	
Okt.	24.2	31.6	47.1	11.4	114.3	4.9	46.1	165.3	—	—	—	
Nov.	65.6	42.0	11.9	3.7	123.2	24.4	117.3	264.9	13.3	952.8	—	
Dez.	63.3	133.2	171.9	14.1	382.5	12.4	114.4	509.3	—	—	2.4	
1966 Jan.	26.9	68.5	59.9	62.4	217.7	38.4	13.8	269.9	—	—	3.0	
Febr.	3.9	38.3	33.2	1.1	76.5	21.8	335.6	433.9	3.5	925.3	5.6	
März	21.6	142.0	10.9	0.2	174.7	11.3	32.0	218.0	—	—	1.1	
April	22.3	94.4	75.7	23.2	215.6	20.8	42.5	278.9	—	—	20.0	
Mai	11.5	81.9	51.4	37.2	182.0	16.9	27.7	226.6	46.8	900.1	2.0	
Juni	13.8	63.5	212.6	40.5	329.4	11.6	6.8	347.8	—	—	—	
Juli	25.2	70.4	48.9	96.0	240.5	7.9	44.8	293.2	—	—	1.3	
Aug.	17.0	63.3	88.3	25.9	194.5	18.8	223.0	436.3	19.2	1 090.6	—	
Sept.	53.3	99.3	56.0	31.9	240.5	41.7	59.7	341.9	—	—	—	
Okt.	29.5	45.6	114.8	27.5	217.4	6.4	67.8	291.6	—	—	—	
Nov.	14.4	50.2	25.6	75.5	165.7	24.2	45.3	235.2	16.2	1 044.4	—	
Dez.	86.8	57.2	34.5	27.3	205.8	10.7	284.9	501.4	—	—	3.5	
1967 Jan.	3.4	111.9	56.1	65.0	236.4	27.5	152.0	415.9	—	—	4.5	
davon Schuldverschreibungen mit vereinbarter Laufzeit bis einschließlich 4 Jahre												
1966 Okt.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nov.	—	8.5	—	63.0	71.5	—	—	71.5	—	71.5	—	
Dez.	—	14.8	10.0	17.0	41.8	—	258.2	300.0	—	300.0	—	
1967 Jan.	—	63.5	33.0	52.5	149.0	—	20.0	169.0	—	169.0	—	
davon Schuldverschreibungen mit vereinbarter Laufzeit von über 4 Jahren												
1966 Okt.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nov.	14.4	41.7	25.6	12.5	94.2	24.2	45.3	163.7	16.2	—	—	
Dez.	86.8	42.4	24.5	10.3	164.0	10.7	26.7	201.4	—	—	3.5	
1967 Jan.	3.4	48.4	23.1	12.5	87.4	27.5	132.0	246.9	—	—	4.5	
Netto-Absatz <sup>1)</sup>												
Gesamt												
1960	2 227.4	943.4	365.1	2.8	3 538.7	-376.4	1 178.8	4 341.1	100.5	4 441.6	44.8	
1961	3 302.2	1 864.0	717.4	97.8	5 981.4	100.5	1 894.5	7 976.4	85.5	8 061.9	12.0	
1962	3 639.3	1 770.4	777.0	401.0	6 587.7	591.6	2 351.3	9 530.6	39.1	9 569.7	96.5	
1963	3 721.6	2 591.3	1 210.1	934.8	8 457.8	343.2	3 264.6	12 065.6	—	12 071.8	107.1	
1964	4 478.3	2 967.8	1 137.4	1 324.4	9 907.9	334.1	3 265.8	13 507.8	20.5	13 487.3	890.3	
1965	4 093.2	3 083.0	636.5	1 182.9	8 995.6	363.2	3 109.3	12 468.1	34.5	12 433.6	1 357.9	
1966	2 510.0	2 306.2	159.8	127.1	5 103.1	1.2	419.9	5 524.2	50.8	5 473.4	622.4	
1965 Juli	382.9	493.7	235.0	46.7	1 158.3	-20.5	469.3	1 607.1	—	—	115.5	
Aug.	233.3	217.7	10.9	49.4	511.3	-20.4	5.0	495.9	—22.9	2 527.4	—	
Sept.	280.9	135.2	— 43.8	32.5	404.8	-14.5	57.0	447.3	—	—	—	
Okt.	322.3	123.2	— 23.9	60.0	481.6	-4.9	280.2	756.9	—	—	236.8	
Nov.	229.9	206.7	85.9	85.5	608.0	25.6	229.9	863.5	4.8	2 070.4	160.0	
Dez.	286.6	107.3	— 95.6	58.2	356.5	-12.4	101.1	445.2	—	—	117.6	
1966 Jan.	466.4	343.1	186.4	29.6	1 025.5	-38.4	396.2	1 383.3	—	—	57.0	
Febr.	206.0	236.0	56.0	83.3	581.3	-21.8	-118.6	440.9	5.8	2 507.9	3.9	
März	191.1	58.4	56.7	80.7	386.9	-11.3	302.3	677.9	—	—	238.2	
April	140.7	114.3	— 46.8	25.4	233.6	— 30.1	296.8	—	—	—	20.0	
Mai	221.7	132.8	— 28.0	— 18.5	308.0	-16.9	-21.3	269.8	-38.5	672.6	-2.0	
Juni	199.5	137.4	-185.6	-0.6	150.7	-11.6	5.4	144.5	—	—	3.8	
Juli	196.3	217.2	— 3.9	-51.0	358.6	109.7	-40.2	428.1	—	—	110.9	
Aug.	184.1	173.8	-26.4	32.7	364.2	-18.8	-210.2	135.2	-10.8	860.3	—	
Sept.	181.2	139.2	74.1	-6.3	388.2	-41.7	-38.7	307.8	—	—	—	
Okt.	151.9	205.6	-42.0	-4.3	311.2	-6.4	-47.1	257.7	—	—	100.0	
Nov.	212.6	158.4	-12.6	-57.1	301.3	-24.2	5.4	282.5	-7.3	1 432.6	134.1	
Dez.	158.5	390.0	131.9	13.2	693.6	-10.7	216.8	899.7	—	—	3.5	
1967 Jan.	325.3	352.5	-13.0	16.9	681.7	92.5	1 127.9	1 902.1	—	—	1.1	
davon Schuldverschreibungen mit vereinbarter Laufzeit bis einschließlich 4 Jahre												
1966 Okt.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nov.	2.0	— 1.6	—	— 61.8	— 61.4	—	25.0	— 36.4	—	— 36.4	—	
Dez.	2.0	140.3	19.0	— 17.0	144.3	—	243.3	387.6	—	387.6	—	
1967 Jan.	—	— 22.5	— 8.0	— 48.9	— 79.4	—	1 076.0	996.6	—	996.6	—	
davon Schuldverschreibungen mit vereinbarter Laufzeit von über 4 Jahren												
1966 Okt.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nov.	210.6	160.0	— 12.6	4.7	362.7	-24.2	-19.6	318.9	— 7.3	—	100.0	
Dez.	156.5	249.7	112.9	30.2	549.3	-10.7	-26.5	512.1	—	—	134.1	
1967 Jan.	325.3	375.0	— 5.0	65.8	761.1	92.5	51.9	905.5	—	—	1.1	

<sup>1)</sup> Bruttoabsatz minus Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet Überhang der Tilgung über den im Berichtszeitraum neu abgesetzten (bzw. im Altgeschäft nach dem Wertpapierbereinigungsgesetz oder auf Grund von anderen Entschädigungsgesetzen anerkannten) Betrag.





## 10. Brutto-Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien

V. Kapitalmarkt

aufgeteilt nach Wirtschaftsgruppen der Emittenten

Mio DM Nominalwert

Wirtschaftsgruppe der Emittenten	Industrie-Obligationen						Aktien					
	1948,2.Hj. bis 1963	1964	1965	1966	1967 Januar	seit der Währungs- reform insgesamt	1948,2.Hj. bis 1963	1964	1965	1966	1967 Januar	seit der Währungs- reform insgesamt
1) Land- und Forstwirtschaft, Binnen- und Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	10,0	0,9	2,9	1,2	—	15,0
2) Bergbau, Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	1 695,6	180,0	100,0	—	—	1 975,6	1 143,3	80,6	507,7	25,1	2,2	1 758,9
3) Eisen- und Metallzeugung und -verarbeitung	1 636,6	110,0	—	4,1	—	1 750,7	1 201,1	115,0	78,2	230,5	0,4	1 625,2
4) Energiewirtschaft und Versorgungsbetriebe	2 523,7	65,0	200,0	60,0	—	2 848,7	1 988,7	266,5	378,2	312,5	8,4	2 954,3
5) Stahl- und Eisenbau, Maschinen-, Fahrzeug-, Schiffbau, Eisen-, Stahl- und Blechwarengewerbe, Feinmechanik, Optik und Elektrotechnik	848,6	207,5	—	76,8	120,0	1 252,9	3 030,1	228,6	432,1	214,3	158,0	4 063,1
6) Chemische Industrie, Mineralöl- verarbeitung, Kohlenwertstoff- und Gummiindustrie, Kunststoffe	1 823,2	399,2	285,8	90,8	—	2 599,0	3 629,9	420,5	711,5	393,4	78,5	5 233,8
7) Nahrungs-, Genuß- und Futtermittelgewerbe	18,6	—	—	—	—	18,6	351,9	27,4	18,0	28,6	1,0	426,9
8) Sonstige verarbeitende Gewerbe (Feinkeramik, Glas, Sägerei, Holz, Papier, Leder, Textil, Bekleidung)	155,1	12,0	—	—	—	167,1	485,9	107,4	74,5	97,9	0,4	766,1
9) Bau- und Bauhilfsgewerbe	77,3	—	—	—	—	77,3	107,1	14,6	28,9	12,6	0,6	163,8
10) Wohnungs- und Grundstückswesen	1,1	—	—	—	—	1,1	427,1	83,3	51,7	68,5	1,7	632,3
11) Sonstige Dienstleistungen	—	—	—	—	—	—	73,9	8,1	1,6	2,0	0,1	85,7
12) Handel-, Geld- und Versicherungswesen	148,0	—	—	—	—	148,0 <sup>1)</sup>	2 419,3	225,9	337,7	386,5	10,8	3 380,2
13) Verkehrswirtschaft	85,0	—	—	—	—	85,0	526,4	26,0	22,3	251,9	4,0	830,6
14) Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	—	—	—	—	—	—	9,8	3,6	0,6	4,9	—	18,9
insgesamt	9 012,8	973,7	585,8	231,7	120,0	10 924,0	15 404,5	1 608,4	2 645,9	2 029,9	266,1	21 954,8

1) Schuldverschreibungen von Handelsunternehmen.

## 11. Brutto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten im Januar 1967

aufgeteilt nach Wertpapierarten und Zinssätzen, Emissionskursen und Laufzeiten

Mio DM Nominalwert

Zinssatz %	Emissionskurs	Bankschuldverschreibungen					Industrie- obligationen (einschl. Wandel- schuldver- schreibung.)	Anleihen der öffentlichen Hand	Festverzinsl. Wertpapiere insgesamt	Nach- richtlich: Anleihen aus- ländischer Emittenten
		Pfandbriefe (einschl. Schiffs- pfandbriefe)	Kommunal- obligationen (u. ähnl.)	Schuld- verschrei- bungen von Spezial- kredit- instituten	Sonstige Bankschuld- verschrei- bungen	insgesamt				
5	—	4,3	—	25,0	3,6	32,9	—	—	32,9	—
	unter 92	0,0	—	25,0	—	25,0	—	—	25,0	—
	98 bis unter 100	4,3	—	—	—	4,3	—	—	4,3	—
	100	0,0	—	—	3,6	3,6	—	—	3,6	—
5 1/2	—	7,4	6,8	—	32,5	46,7	—	—	46,7	—
	unter 97	0,1	1,5	—	0,0	1,6	—	—	1,6	—
	97 bis unter 99	4,9	1,0	—	32,4	38,3	—	—	38,3	—
	99 " " 100	2,4	—	—	—	2,4	—	—	2,4	—
	100	—	4,3	—	0,1	4,4	—	—	4,4	—
5 3/4	—	0,2	0,4	—	—	0,6	—	—	0,6	—
	99	—	0,4	—	—	0,4	—	—	0,4	—
	100	0,2	—	—	—	0,2	—	—	0,2	—
6	—	37,2	9,2	—	13,2	59,6	—	33,9	93,5	—
	81 bis unter 83	6,2	—	—	—	6,2	—	—	6,2	—
	83 " " 85	6,5	—	—	—	8,0	—	—	8,0	—
	85 " " 87	2,3	2,7	—	—	5,0	—	—	5,0	—
	87 " " 89	4,5	1,1	—	—	5,6	—	—	5,6	—
	89 " " 92	8,3	0,0	—	—	8,3	—	—	8,3	—
	94 " " 97	—	—	—	0,6	0,6	—	—	0,6	—
	97 " " 100	8,0	3,4	—	12,6	24,0	—	—	24,0	—
	100	1,4	—	—	0,5	1,9	—	33,9	35,8	—
6 1/4	—	—	15,0	—	—	15,0	—	—	15,0	—
	99	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6 3/8	—	—	5,0	—	—	5,0	—	—	5,0	—
6 1/2	—	0,5	5,2	—	5,3	11,0	—	—	11,0	3,4
	88 bis unter 92	0,5	—	—	0,3	0,8	—	—	0,8	—
	95 " " 97	—	—	—	5,0	5,0	—	—	5,0	—
	97 " " 100	—	3,2	—	—	3,2	—	—	3,2	3,4
	100	—	2,0	—	—	2,0	—	—	2,0	—
6 3/4	—	—	2,0	—	—	2,0	—	—	2,0	—
	99	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	—	278,3	410,9	18,1	27,3	734,6	120,0	1 246,0	2 100,6	—
	85 bis unter 88	6,2	2,0	—	—	8,2	—	—	8,2	—
	88 " " 91	8,4	15,0	—	—	23,4	—	—	23,4	—
	91 " " 94	12,4	63,6	—	—	76,0	—	—	76,0	—
	94 " " 97	140,4	275,0	13,5	8,5	437,4	—	150,0	587,4	—
	97 " " 100	110,9	54,3	4,6	18,8	188,6	120,0	1 096,0	1 404,6	—
	100	—	1,0	—	—	1,0	—	—	1,0	—
7 1/4	—	—	0,2	—	—	0,2	—	—	0,2	—
	97	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7 1/2	—	0,8	9,2	—	—	10,0	—	—	10,0	—
	88 bis unter 91	—	3,5	—	—	3,5	—	—	3,5	—
	93 " " 96	—	0,7	—	—	0,7	—	—	0,7	—
	96 " " 100	—	5,0	—	—	5,8	—	—	5,8	—
	100	—	—	—	—	0,0	—	—	0,0	—
7 3/4	—	—	0,5	—	—	0,5	—	—	0,5	—
	93	—	—	—	—	—	—	—	—	—
insgesamt		328,7	464,4	43,1	81,9	918,1	120,0	1 279,9	2 318,0	3,4
davon zu vereinbarten Laufzeiten		—	—	—	—	—	—	—	—	—
bis einschl. 4 Jahre		—	41,0	25,0	3,6	69,6	—	1 096,0	1 165,6	—
von über 4 bis unter 10 Jahre		2,3	13,8	—	37,5	53,6	—	—	53,6	—
von 10 bis unter 20 Jahre		36,3	136,9	11,4	40,8	225,4	120,0	183,9	529,3	3,4
von 20 Jahren und darüber		290,1	272,7	6,7	—	569,5	—	—	569,5	—













Table with columns: Zeit, Steuer-einnahmen von Bund und Ländern gesamt, Bundeseinnahmen (Gesamt, Bundes-eigene Steuern, Bundes-anteil am Einkommen-steuer-ertrag), Ländereinnahmen (Gesamt, Länder-anteil am Einkommen-steuer-ertrag, Länder-eigene Steuern), Einzelne Steuern (Einkommensteuern: Gesamt, Lohn-steuer, Veranlagte Einkommen-steuer, Körperschaft-steuer, Kapital-ertrag-steuer; Notopfer Berlin; Vermögen-steuer).

\*) Ab Januar 1960 einschl. Saarland. — \*) Ohne die der Bundesbahn von November 1952 bis März 1958 kreditierten Einnahmen aus der Beförderungsteuer. — \*) Errechnet nach 1958/59 bis 1962: 35 vH; 1963: 38 vH; von 1964 bis 1966: 39 vH, ab 1967: 37 vH. — \*) Einschl. Umsatzausgleichsteuer. — \*) Bis einschl. August 1952: Allgemeine Soforthilfen-Summen durch Kunden.

2. Umlauf an öffentlichen Anleihen und Kassenobligationen \*)  
Mio DM

Table with columns: Stand am Monats-ende, Gesamt (An-leihen, Kassen-obliga-tionen), Bund (An-leihen, Kassen-obliga-tionen), Lasten-ausgleichs-fonds (An-leihen \*, Kassen-obliga-tionen \*), Länder (An-leihen, Kassen-obliga-tionen), Ge-meinden (An-leihen \*), Bundesbahn (An-leihen, Kassen-obliga-tionen), Bundespost (An-leihen, Kassen-obliga-tionen), Nach-richtlich: Nicht börsen-gängige Titel \*).

\*) Die Angaben für die Anleihen beziehen sich sowohl auf Schuldverschreibungen, die — nach einigen tilgungsfreien Jahren — durch Auslosung getilgt werden, als auch auf verzinsliche Schatzanweisungen, die am Ende der Laufzeit mit dem Gesamtbetrag fällig werden, soweit sie eine Laufzeit von mehr als vier Jahren haben. Anleihen (verzinsliche Schatzanweisungen) mit kürzeren Laufzeiten sind als „Kassenobligationen“ ausgewiesen. — \*) Im Gegensatz zu den Angaben in Tab. V, 6 sind hier neben den an Hauptentschädigungsberechtigten ausgegebenen Schuldverschreibungen des Lastenausgleichsfonds auch die Anleihen und Kassenobligationen der Lastenausgleichsbank, soweit sie für den Lastenausgleichsfonds begeben wurden, einbezogen, dagegen sind bei den Anleihen der Gemeinden die Emissionen von öffentlich-rechtlichen Zweckverbänden unberücksichtigt geblieben. — \*) Verzinsliche Schatzanweisungen der Bundesbahn (bis März 1960 auch der Bundespost); die Titel wurden den Gläubigern als Sicherheiten für gewährte Darlehen ausgedient. — \*) Ohne die vorübergehend in Sonderschatzanweisungen umgewandelten Anleihenstücke (s. Tab. VI, 3). — \*) Ab 1961 einschl. Entwicklungshilfe-Anleihe; Aufgliederung des Gesamtbetrags s. Tab. VI, 6.

Einzelne Steuern										Einnahmen des Lastenausgleichsfonds				Zeit
Umsatzsteuer *)	Kraftfahrzeugsteuer	Verbrauchssteuern und Zölle								Gesamt	Vermögensabgabe *)	Hypothekengewinnabgabe *)	Kreditgewinnabgabe	
		Gesamt	darunter											
			Zölle	Tabaksteuer	Kaffeesteuer	Zuckersteuer	Biersteuer	Branntweinmonopol	Mineralölsteuer					
4 745,8	349,4	4 606,9	617,3	2 159,8	340,1	383,2	348,6	496,3	72,7	1 623,5	—	—	1950	
6 820,6	409,5	5 564,7	828,5	2 404,1	431,7	425,2	276,1	537,5	462,5	1 488,4	—	—	1951	
8 380,6	469,8	5 939,8	1 054,4	2 334,0	535,3	379,6	331,2	528,9	589,9	2 010,1	431,9	1,4	1952	
8 865,3	530,7	6 290,7	1 271,8	2 326,2	513,5	350,1	362,1	542,8	733,8	2 188,3	452,8	68,9	1953	
9 593,0	598,6	6 362,5	1 486,1	2 303,9	301,5	374,7	386,0	554,2	780,9	2 401,0	535,4	54,6	1954	
11 117,7	728,1	7 410,7	1 792,5	2 559,7	345,3	378,2	440,5	577,7	1 135,9	2 438,0	615,0	86,5	1955	
12 183,5	836,9	8 132,7	1 982,7	2 781,0	405,2	222,6	483,5	683,6	1 415,2	2 078,9	558,0	110,9	1956	
12 597,8	967,1	8 704,5	2 030,1	2 932,8	447,9	153,9	561,4	777,8	1 641,7	2 072,2	354,8	107,8	1957	
12 962,6	1 082,4	9 130,4	2 093,6	3 093,4	485,7	162,3	604,9	857,4	1 664,6	2 092,3	348,9	117,3	1958	
14 239,0	1 216,3	10 414,8	2 482,3	3 265,4	608,8	161,0	649,7	914,8	2 145,0	2 339,6	412,3	207,5	1959	
15 870,8	1 448,1	11 684,2	2 775,0	3 512,9	681,2	174,2	685,6	1 012,0	2 641,2	2 023,0	1 585,4	340,1	1975	
16 148,3	1 475,2	11 785,2	2 785,7	3 537,0	689,0	176,6	699,9	1 027,0	2 663,8	2 023,0	1 585,4	340,1	1960	
17 865,8	1 678,4	13 348,4	3 129,6	3 892,0	744,8	178,0	762,6	1 093,4	3 325,1	2 023,9	1 610,8	321,6	1961	
19 210,0	1 888,3	14 572,0	3 447,1	4 205,2	766,5	173,7	819,6	1 222,2	3 699,0	2 092,4	1 651,8	353,6	1962	
20 043,3	2 133,5	15 613,0	3 640,5	4 311,1	872,4	184,4	877,1	1 335,2	4 138,6	1 827,3	1 468,3	280,8	1963	
21 927,3	2 372,1	17 246,3	2 986,1	4 416,3	920,8	180,7	954,6	1 440,6	6 070,6	1 959,3	1 562,3	319,0	1964	
24 219,1	2 624,1	18 888,1	2 982,2	4 696,9	954,4	115,5	979,1	1 508,1	7 428,0	1 659,6	1 325,1	255,4	1965	
25 064,2	2 853,1	20 015,3	2 779,6	4 981,7	947,8	114,5	1 031,8	1 779,2	8 016,4	1 531,8	1 266,4	191,4	1966	

den für die einzelnen Rechnungsjahre gesetzlich festgelegten Anteilssätzen: 1951/52: 27 vH; 1952/53: 37 vH; 1953/54 und 1954/55: 38 vH; 1955/56 bis 1957/58: 33 1/3 vH; abgabe ohne Berlin. — \*) Bis einschl. August 1952: Einnahmen aus Umstellungsrundschulen ohne Berlin. — \*) Nach den Ergebnissen der Vorausmeldung. — Differenzen in

3. Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren \*)

Mio DM

Stand am Monatsende	Bund			Länder			Bundesbahn		Bundespost	Insgesamt	darunter: Geldmarktpapiere (Sp. 11./1.3./1.9)	
	Schatzwechsel	Schatzanweisungen		Schatzwechsel	Schatzanweisungen	Steuergut-scheine *)	Schatzwechsel	Schatzanweisungen				Schatzanweisungen
		Geldmarkt-papiere	zweck-gebundene Papiere *)					Geldmarkt-papiere	zweck-gebundene Papiere *)			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1950 Dez.	498,7	—	—	260,2	2,8	50,0	571,5	127,6	19,5	1 530,3	1 510,8	
1951 Dez.	608,2	697,8	—	137,8	44,9	163,6	642,1	149,2	54,7	2 498,3	2 443,6	
1952 Dez.	110,6	751,0	—	66,3	102,4	162,0	528,3	549,1	51,4	2 471,1	2 437,7	
1953 Dez.	78,7	529,9	145,0	24,3	128,3	147,6	519,6	553,2	86,8	2 509,2	2 277,4	
1954 Dez.	65,0	400,0	—	16,8	89,2	193,5	551,8	394,7	124,7	3 811,2	2 092,1	
1955 Dez.	—	—	138,0	30,6	149,5	141,1	472,1	216,5	135,6	1 688,7	1 415,1	
1956 Dez.	—	—	94,0	—	409,7	138,0	432,9	102,1	183,0	500,0	1 589,7	
1957 Dez.	—	—	—	—	661,3	236,5	320,8	538,9	251,9	439,8	2 449,2	
1958 Dez.	—	—	—	—	311,1	234,5	398,6	590,0	382,4	300,0	2 216,6	
1959 Dez.	65,2	230,6	—	—	163,7	256,0	296,8	445,0	429,3	269,9	1 727,2	
1960 Dez.	—	880,8	—	—	105,5	164,2	199,4	445,0	192,2	2 250,2	1 987,1	
1961 Dez.	—	407,6	—	—	33,7	99,9	182,4	590,0	520,7	264,3	2 098,6	
1962 Dez.	—	479,1	—	—	1,3	52,7	186,9	571,0	584,5	232,0	1 523,0	
1963 Dez.	—	400,6	—	—	—	50,9	343,9	445,0	619,2	300,1	2 159,7	
1964 März	285,0	520,0	—	—	—	47,7	366,0	445,0	587,2	293,6	2 544,5	
Juni	—	580,0	—	—	—	44,5	277,8	445,0	551,9	258,6	2 157,8	
Sept.	—	610,0	—	—	—	—	307,7	452,4	542,9	294,4	2 250,3	
Dez.	—	547,0	—	—	—	50,8	400,0	450,0	521,7	300,0	2 269,5	
1965 März	—	700,0	—	—	—	50,6	345,2	450,0	529,2	300,0	2 375,0	
Juni	401,0	700,0	—	—	—	50,6	325,3	450,0	525,3	300,0	2 642,9	
Sept.	580,0	670,0	—	—	—	50,6	296,9	450,0	513,6	292,6	2 850,7	
Dez.	522,5	670,0	—	—	135,0	50,8	342,2	450,0	633,6	292,0	3 096,1	
1966 Jan.	728,0	1 000,0	—	—	135,0	50,8	251,8	449,9	631,0	300,0	3 546,5	
Febr.	510,0	980,0	—	—	135,0	51,1	341,2	450,0	631,0	300,0	3 398,3	
März	547,0	980,0	—	—	135,0	51,1	333,9	450,0	631,0	252,5	3 380,5	
April	329,0	901,0	—	—	135,0	51,1	322,1	450,0	631,0	297,0	3 116,2	
Mai	100,0	851,0	—	—	175,0	51,1	342,4	450,0	631,0	270,7	2 871,2	
Juni	—	655,0	—	—	175,0	51,1	345,6	449,7	606,8	299,7	2 582,9	
Juli	—	568,7	—	—	175,0	50,3	334,6	449,9	601,8	300,0	2 480,3	
Aug.	408,4	548,7	—	—	175,0	49,3	196,9	449,6	734,8	300,0	2 822,7	
Sept.	606,2	752,0	—	—	175,0	51,0	197,4	450,0	724,8	299,4	3 256,0	
Okt.	664,1	890,0	—	—	175,0	50,0	218,2	450,0	749,8	297,7	3 496,8	
Nov.	1 400,0	1 230,0	—	—	175,0	49,1	138,0	450,0	739,8	298,8	4 480,7	
Dez.	1 195,5	2 271,6	—	—	175,0	51,0	256,3	449,5	707,8	288,0	5 394,7	
1967 Jan.	1 700,0	2 460,0	—	—	175,0	24,9	134,0	429,9	704,5	270,0	5 898,3	

\*) Ohne die aus der Umwandlung von Ausgleichsfordernungen entstandenen Geldmarktpapiere und ohne Vorratsstellenwechsel. — \*) Für Zwecke eines Sonderfinanz-ausgleichs zwischen Bund und Ländern begeben. — \*) Land Bayern; außerdem bis zum 31. März 1955 auch Berliner Schuldverschreibungen. — \*) Für die Sicherung von Investitionskrediten. — \*) Einschl. der unverzinslichen Schatzanweisungen Sonderreihe S (aus der vorübergehenden Umwandlung von Anleihen). — \*)







## 9. Ausgleichsforderungen

Mio DM

Posten	Ausgleichsforderungen				
	gesamt	für Deutsche Bundesbank	für Kreditinstitute <sup>1)</sup>	für Versicherungsunternehmen	für Bausparkassen
<b>I. Entstehung und Aufgliederung nach Gläubigern</b>					
1. Höhe der zugeteilten Ausgleichsforderungen <sup>2)</sup>	22 309	8 681 <sup>3)</sup>	7 615	5 947	66
2. Planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen bis Ende Januar 1967	2 044	—	1 191	843	10
3. Höhe der Ausgleichsforderungen Ende Januar 1967	20 265	8 681	6 424	5 104	56
davon befanden sich					
a) im Bestand der folgenden Gläubiger <sup>4)</sup> :					
Deutsche Bundesbank	8 681	8 681 <sup>5)</sup>	—	—	—
(davon in Geldmarkttitel umgewandelt)	(1 758)	(1 758)	( — )	( — )	( — )
Kreditinstitute	6 031	—	5 880	148	3
Versicherungsunternehmen	4 705	—	—	4 705	—
Bausparkassen	49	—	—	—	49
b) im Bestand des Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen <sup>6)</sup>	657	—	455	198	4
c) im Eigenbestand der Schuldner	142	—	89	53	—
<b>II. Aufgliederung nach Schuldnern und Zinstypen</b>					
Ende Januar 1967					
1. Gliederung nach Schuldnern					
a) Bund	11 809	8 681	512	2 616	—
b) Länder	8 456	—	5 912	2 488	56
2. Gliederung nach Zinstypen					
a) unverzinsliche Ausgleichsforderungen	44	—	44	—	—
b) 3 %ige Ausgleichsforderungen	14 066	8 134	5 932	—	—
c) 3 1/2 %ige	5 154	—	3	5 095	56
d) 4 1/2 %ige	445	—	445	—	—
e) 3 %ige Sonderausgleichsforderungen	9	—	—	9	—
f) unverzinsliche Schuldverschreibung <sup>7)</sup>	547	547	—	—	—
3. Gesamt (1a + 1b = 2a bis 2f)	20 265	8 681	6 424	5 104	56
<sup>1)</sup> Einschl. Ausgleichsforderungen für Postscheck- und Postsparkassenämter. — <sup>2)</sup> Einschl. Ansprüche auf Ausgleichsforderungen, die bereits bedient, d. h. verzinst und getilgt werden, aber noch nicht in den Schuldbüchern eingetragen sind. — <sup>3)</sup> Einschl. unverzinsliche Schuldverschreibung; vgl. Anm. <sup>7)</sup> . — <sup>4)</sup> Unter Berücksichtigung der Käufe und Verkäufe zwischen den ursprünglichen Gläubigergruppen. — <sup>5)</sup> Lt. Ausweis der Deutschen Bundesbank vom 31. 1. 1967 (Bestand zuzüglich in Geldmarkttitel umgewandelte Ausgleichsforderungen). — <sup>6)</sup> Gemäß § 8 ff. des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 30. 7. 1965. — <sup>7)</sup> Unverzinsliche Schuldverschreibung wegen Geldausstattung West-Berlins.					















## 6. Kapitalverkehr mit dem Ausland\*)

Mio DM

Position	1963	1964	1965	1966	1965		1966						1967 (Jan. <sup>p)</sup> )		
					3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Nov.	Dez.			
<b>A. Langfristiger Kapitalverkehr (ohne Sondertransaktionen)</b>															
<b>I. Privater Kapitalverkehr</b>															
<b>1. Deutsche Nettokapital- anlagen im Ausland, gesamt</b>	-1 247	-1 872	-1 916	-2 435	- 325	- 545	- 648	- 906	- 405	- 476	- 312	- 67	- 87		
davon:															
Festverzinsliche Wertpapiere Aktien <sup>1)</sup>	- 221	- 489	- 391	- 522	+ 25	- 90	- 132	- 491	+ 67	+ 34	- 22	+ 59	+ 29		
Nicht in Wertpapieren verbrieftete Geschäfts- und Kapitalanteile	- 265	- 346	- 657	- 883	- 82	- 164	- 297	- 178	- 188	- 220	- 117	- 79	- 51		
Kredite, Darlehen u. Sonstiges Grundbesitz	- 393	- 457	- 406	- 469	- 98	- 151	- 84	- 109	- 127	- 149	- 87	- 38	- 43		
	- 201	- 401	- 256	- 370	- 118	- 83	- 88	- 76	- 104	- 102	- 76	+ 6	- 9		
	- 167	- 179	- 206	- 191	- 52	- 57	- 47	- 52	- 53	- 39	- 10	- 15	- 13		
<b>2. Ausländische Nettokapital- anlagen in der Bundesrepublik, gesamt</b>	+4 366	+2 320	+4 021	+3 919	+ 818	+1 095	+1 189	+1 391	+ 762	+ 577	+ 213	+ 383	+ 98		
davon:															
Festverzinsliche Wertpapiere Aktien <sup>1)</sup>	+1 991	+ 5	+ 103	- 128	+ 89	- 18	+ 13	- 29	- 19	- 93	- 60	- 9	- 1		
Nicht in Wertpapieren verbrieftete Geschäfts- und Kapitalanteile <sup>2)</sup>	+ 910	+ 563	+ 692	+ 865	+ 72	+ 360	+ 108	+ 735	- 31	+ 53	+ 30	+ 29	+ 17		
Kredite, Darlehen u. Sonstiges Grundbesitz	+ 590	+ 757	+1 766	+1 122	+ 294	+ 280	+ 218	+ 189	+ 363	+ 352	+ 78	+ 228	+ 56		
	+ 954	+1 084	+1 563	+2 167	+ 385	+ 496	+ 868	+ 550	+ 468	+ 281	+ 170	+ 142	+ 32		
	- 79	- 89	- 103	- 107	- 22	- 23	- 18	- 54	- 19	- 16	- 5	- 7	- 6		
<b>Saldo</b>	+3 119	+ 448	+2 105	+1 484	+ 493	+ 550	+ 541	+ 485	+ 357	+ 101	- 99	+ 316	+ 11		
<b>II. Öffentlicher Kapitalverkehr</b>	-1 181	-1 240	-1 287	-1 447	- 339	- 428	- 341	- 344	- 336	- 426	- 212	- 165	- 63		
darunter:															
Finanzierungshilfen an Entwicklungsländer <sup>3)</sup>	(- 954)	(-1 060)	(-1 143)	(-1 294)	(- 328)	(- 383)	(- 279)	(- 267)	(- 278)	(- 470)	(- 212)	(- 171)	(- 61)		
<b>Saldo des gesamten langfristigen Kapitalverkehrs</b>	+1 938	- 792	+ 818	+ 37	+ 154	+ 122	+ 200	+ 141	+ 21	- 325	- 311	+ 151	- 52		
<b>B. Kurzfristiger Kapitalverkehr (ohne Sondertransaktionen)</b>															
<b>1. Kreditinstitute <sup>4)</sup></b>															
Forderungen	- 129	- 709	- 319	+ 21	+ 762	- 218	- 304	- 92	- 556	+ 973	- 566	+ 1 695	-1 550		
Verbindlichkeiten	+ 833	+ 760	+ 132	- 409	+ 277	+1 094	-1 086	+ 98	+ 86	+ 493	- 93	+ 534	-1 196		
<b>Saldo</b>	+ 704	+ 51	- 187	- 388	+1 039	+ 876	-1 390	+ 6	- 470	+1 466	- 659	+2 229	-2 746		
<b>2. Unternehmen „Finanzkredite“ <sup>5)</sup></b>															
Forderungen	- 6	- 209	- 224	+ 164	- 37	- 123	+ 3	- 44	+ 63	+ 142	+ 42	+ 105	- 205		
Verbindlichkeiten <sup>6)</sup>	+ 48	+ 436	+1 043	+1 547	+ 379	+ 337	+ 495	+ 441	+ 739	- 128	+ 88	- 313	+ 465		
<b>Saldo</b>	+ 42	+ 227	+ 819	+1 711	+ 342	+ 214	+ 498	+ 397	+ 802	+ 14	+ 130	- 208	+ 260		
Sonstiges	- 3	- 2	- 2	- 3	+ 2	- 0	- 1	-	- 0	- 2	- 2	- 0	+ 4		
<b>Saldo</b>	+ 39	+ 225	+ 817	+1 708	+ 344	+ 214	+ 497	+ 397	+ 802	+ 12	+ 128	- 208	+ 264		
<b>3. Öffentliche Hand <sup>7)</sup></b>	- 458	-1 447	+1 203	- 189	+ 611	+ 416	- 178	+ 315	+ 13	- 339	- 3	- 587	- 371		
<b>Saldo des gesamten kurzfristigen Kapitalverkehrs</b>	+ 285	-1 171	+1 833	+1 131	+1 994	+1 506	-1 071	+ 718	+ 345	+1 139	- 534	+1 434	-2 853		
<b>Statistisch erfaßter Kapitalverkehr (ohne Sondertransaktionen) (A + B)</b>	+2 223	-1 963	+2 651	+1 168	+2 148	+1 628	- 871	+ 859	+ 366	+ 814	- 845	+1 585	-2 905		
<b>C. Sondertransaktionen im Kapitalverkehr (Saldo) <sup>8)</sup></b>	-	-	-	-1 378	-	-	-	- 594	-	- 784	-	- 784	-		
<b>Saldo aller statistisch erfaßten Kapital- bewegungen (A + B + C) (Nettokapitalexport: -)</b>	+2 223	-1 963	+2 651	- 210	+2 148	+1 628	- 871	+ 265	+ 366	+ 30	- 845	+ 801	-2 905		

<sup>1)</sup> Zunahme von Forderungen und Abnahme von Verbindlichkeiten: —, Abnahme von Forderungen und Zunahme von Verbindlichkeiten: +. — <sup>1)</sup> Einschl. Investmentzertifikate. — <sup>2)</sup> Hauptsächlich GmbH-Anteile. — <sup>3)</sup> „Bilaterale“ Kredite und Leistungen, die den Entwicklungsländern über internationale Organisationen zufließen. — <sup>4)</sup> Wegen Bestandsangaben hierzu vgl. Tab. VII, 9. — <sup>5)</sup> Wegen Bestandsangaben hierzu vgl. Tab. VII, 8. — <sup>6)</sup> Einschl. der Veränderungen, die auf die Umwandlung von früher hereingenommenen kurzfristigen Krediten in Eigenkapital und in langfristige Kredite zurückgehen. — <sup>7)</sup> Im wesentlichen handelt es sich um die Veränderung der Forderungen des Bundes aus Vorauszahlungen für Verteidigungseinfuhren und der Verbindlichkeiten des Bundes gegenüber dem IWF im Rahmen der deutschen Quote. — <sup>8)</sup> Die hier gesondert ausgewiesenen Transaktionen setzen sich im einzelnen wie folgt zusammen: Vorfristige Rückzahlung von Verbindlichkeiten in Höhe von 156 Mio DM an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (April 1966), die in der Tabelle „Wichtige Posten der Zahlungsbilanz“ als Abnahme langfristiger deutscher Verbindlichkeiten berücksichtigt ist; Erhöhung der deutschen Quote im Internationalen Währungsfonds in Höhe von 1 650 Mio DM (Mai 1966) sowie Kapitalerhöhung bei der Weltbank in Höhe von 92 Mio DM (Mai 1966), die in Tabelle VII, 1 als Zunahme der langfristigen deutschen Forderungen behandelt sind; Hinterlegung von DM-Schuldscheinen beim Internationalen Währungsfonds (1 221 Mio DM) und bei der Weltbank (83 Mio DM) aus Anlaß der Quotenerhöhungen in diesen Institutionen (in den Zahlungsbilanzübersichten als Zunahme der kurzfristigen deutschen Auslandsverbindlichkeiten berücksichtigt); vorfristige Rückzahlung von Verbindlichkeiten in Höhe von 784 Mio DM aus der Nachkriegswirtschaftshilfe an die Vereinigten Staaten von Amerika (in den Zahlungsbilanzübersichten als Abnahme langfristiger deutscher Verbindlichkeiten berücksichtigt). — <sup>p)</sup> Vorläufig.



## 8. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Wirtschaftsunternehmen gegenüber dem Ausland \*)

(ohne Kreditinstitute)

„Kurzfristige Finanzkredite“<sup>1)</sup>

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Saldo zwischen Forderungen und Verbindlichkeiten	Forderungen					Verbindlichkeiten				
		Insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken			Kurzfristige Kredite an ausländische Nichtbanken <sup>2)</sup>	Insgesamt	Kurzfristige Kredite von			
			Insgesamt	Täglich fällige Gelder	Termingelder			ausländischen Banken	ausländischen Nichtbanken <sup>2)</sup>		
1962	- 1 713	520	273	173	100	247	2 233	1 361	872		
1963	- 1 746	526	267	163	104	259	2 272	1 143	1 129		
1964	- 1 930	826	430	274	156	396	2 756	1 253	1 503		
1965	- 2 700	1 120	457	236	221	663	3 820	2 642	1 178		
1966	- 4 390	956	479	253	226	477	5 346	3 644	1 702		
1964 März	- 2 385	518	250	160	90	268	2 903	1 403	1 500		
Juni	- 2 456	583	328	201	127	255	3 039	1 294	1 745		
Sept.	- 2 183	758	358	172	186	400	2 941	1 409	1 532		
Dez.	- 1 930	826	430	274	156	396	2 756	1 253	1 503		
1965 März	- 2 162	810	391	204	187	419	2 972	1 910	1 062		
Juni	- 2 193	890	465	162	303	425	3 083	2 001	1 082		
Sept.	- 2 556	927	430	174	256	497	3 483	2 426	1 057		
Dez.	- 2 700	1 120	457	236	221	663	3 820	2 642	1 178		
1966 Jan.	- 3 253	1 011	433	214	219	578	4 264	3 056	1 208		
Febr.	- 3 399	1 061	493	212	281	568	4 460	3 242	1 218		
März	- 3 177	1 117	532	248	284	585	4 294	3 204	1 090		
April	- 3 248	1 109	556	209	347	553	4 357	3 134	1 223		
Mai	- 3 373	1 137	576	250	326	561	4 510	3 247	1 263		
Juni	- 3 574	1 161	591	240	351	570	4 735	3 359	1 376		
Juli	- 3 957	1 259	638	275	363	621	5 216	3 592	1 624		
Aug.	- 4 144	1 039	479	195	284	560	5 183	3 653	1 530		
Sept.	- 4 376	1 098	596	216	380	502	5 474	3 848	1 626		
Okt.	- 4 468	1 103	604	244	360	499	5 571	3 885	1 686		
Nov.	- 4 598	1 061	585	224	361	476	5 659	3 807	1 852		
Dez.	- 4 390	956	479	253	226	477	5 346	3 644	1 702		
1967 Jan. <sup>p)</sup>	- 4 650	1 161	572	256	316	589	5 811	3 666	2 145		

<sup>x)</sup> Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischer Währung sind mit dem am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums geltenden Paritätskurs bewertet. — <sup>y)</sup> Einschl. Veränderungen, die auf die Umwandlung von früher herein genannten kurzfristigen Krediten in Eigenkapital und in langfristige Kredite zurückgehen (1964: 234 Mio DM, 1965: 847 Mio DM, 1966: 243 Mio DM). Statistische Zu- und Abgänge aus Änderungen des Kreises der berichtenden Unternehmen sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle „Kapitalverkehr mit dem Ausland“ (Tab. VII, 6) unter Teil B, 2 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — <sup>1)</sup> Ohne Forderungen und Verbindlichkeiten auf Grund gewährter bzw. in Anspruch genommener Zahlungsziele und geleisteter bzw. empfangener Vorauszahlungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr. — <sup>2)</sup> Einschl. „Intercompany Accounts“. — <sup>p)</sup> Vorläufig.

9. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute gegenüber dem Ausland \*)<sup>1) 2)</sup>

(ohne Deutsche Bundesbank)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Saldo zwischen Forderungen und Verbindlichkeiten	Forderungen					Verbindlichkeiten					Nachricht- lich: Swap- Engagement der Deutschen Bundes- bank in US-\$ mit deutschen Kreditin- stituten <sup>7)</sup>		
		Ins- gesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken		Geld- markt- papiere	Kurz- fristige Kredite	Ins- gesamt	Einlagen von Ausländern nach Einlegergruppen					Kurz- fristige Kredite	
			Täglich fällige Gelder	Termi- ngelder				Ins- gesamt	Ins- gesamt	Banken <sup>3)</sup>	Nichtbanken			Kurz- fristige Kredite
1955	- 1 397	524	312	7	1	204	1 921	1 473	730	—	622	121	448	—
1956	- 2 309	715	362	13	4	336	3 024	2 114	1 197	—	733	184	910	—
1957	- 2 285	1 320	307	20	448	545	3 605	2 650	1 580	—	914	156	955	—
1958	- 1 551	1 919	431	128	481	879	3 470	2 893	1 702	77	1 075	116	577	325
1959	- 272	3 471	754	543	1 246	928	3 743	3 410	1 924	140	1 095	175	577	746
1960	- 2 526	2 368	526	410	379	1 053	4 894	3 641	1 796	99	1 348	308	189	1 679 <sup>8)</sup>
1961	- 2 262	3 226	651	906	1 221	1 148	6 188	3 985	2 044	141	1 419	311	211	2 203
1962	- 2 121	4 095	1 022	780	724	1 569	6 216	3 932	1 723	111	1 743	270	196	2 284
1963	- 2 808	4 208	1 116	855	842	1 395	7 016	4 792	2 323	149	2 041	287	141	2 224
1964	- 2 859	4 917	1 206	980	1 101	1 630	7 776	5 159	2 630	189	2 063	302	164	2 617
1965	- 2 709	5 236	1 550	1 198	886	1 602	7 945	5 606	2 753	205	2 434	235	184	2 339
1966	- 2 321	5 215	1 666	1 565	286	1 698	7 536	5 574	2 688	123	2 506	241	139	1 962
1964 März	- 584	5 317	1 092	1 766	897	1 562	5 901	4 125	1 931	114	1 804	254	136	1 776
Juni	- 1 006	5 094	1 019	1 343	1 105	1 627	6 100	4 377	2 198	149	1 797	234	148	1 723
Sept.	- 1 185	5 189	1 309	1 338	985	1 557	6 374	4 359	2 182	128	1 804	245	128	2 015
Dez.	- 2 859	4 917	1 206	980	1 101	1 630	7 776	5 159	2 630	189	2 063	302	164	2 617
1965 März	- 790	5 741	1 151	1 043	1 803	1 744	6 531	4 866	2 494	324	1 989	216	167	1 665
Juni	- 794	5 780	1 465	1 062	1 354	1 899	6 574	4 861	2 429	91	2 074	230	128	1 713
Sept.	- 1 833	5 018	1 528	1 168	736	1 586	6 851	4 896	2 518	206	2 032	209	137	1 955
Dez.	- 2 709	5 236	1 550	1 198	886	1 602	7 945	5 606	2 753	205	2 434	235	184	2 339
1966 März	- 1 319	5 540	1 710	1 507	507	1 816	6 859	4 998	2 521	210	2 145	208	124	1 861
Juni	- 1 325	5 632	1 759	1 655	453	1 765	6 957	5 048	2 522	227	2 155	217	154	1 909
Juli	- 1 449	5 602	1 741	1 656	394	1 811	7 051	5 032	2 504	199	2 151	227	150	2 019
Aug.	- 1 246	5 701	1 736	1 842	481	1 642	6 947	4 890	2 353	202	2 124	263	150	2 057
Sept.	- 855	6 188	1 707	2 199	537	1 745	7 043	4 996	2 477	201	2 150	244	125	2 047
Okt.	- 751	6 344	1 794	2 376	547	1 627	7 095	4 970	2 433	175	2 167	258	122	2 125
Nov.	- 92	6 910	1 805	2 854	516	1 735	7 002	4 789	2 307	143	2 150	214	118	2 213
Dez.	- 2 321	5 215	1 666	1 565	286	1 698	7 536	5 574	2 688	123	2 506	241	139	1 962
1967 Jan.	+ 425	6 765	1 928	2 749	275	1 813	6 340	4 658	2 110	151	2 192	238	118	1 682

<sup>\*)</sup> Angaben für die Zeit nach der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes (6. 7. 1959) einschl. der Forderungen und Verbindlichkeiten der saarländischen Kreditinstitute gegenüber dem Ausland. — <sup>1)</sup> Die hier ausgewiesenen Zahlen aus dem Auslandsstatus der Kreditinstitute weichen von entsprechenden Zahlen aus der Bilanzstatistik ab, da in den monatlichen Zwischenbilanzen der Niederlassungen ausländischer Banken die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem ausländischen Mutterinstitut und den ausländischen Schwesterfilialen — anders als im Auslandsstatus — nur saldiert ausgewiesen werden. — <sup>2)</sup> Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischer Währung sind mit dem am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums geltenden Paritätskurs bewertet. — <sup>3)</sup> Einschl. ausländischer Zentralbanken. — <sup>4)</sup> Weltbank, Europäische Investitionsbank und Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. — <sup>5)</sup> Vgl. Anm. <sup>3)</sup>. — <sup>6)</sup> Ohne die bei „Banken“ berücksichtigten internationalen Organisationen; vgl. Anm. <sup>4)</sup>. — <sup>7)</sup> Über die Swapätze der Deutschen Bundesbank unterrichtet die Tabelle IV, 2. b. — <sup>8)</sup> Einschl. der in der Zeit vom 24. August bis 11. November 1960 zur Erleichterung der Einfuhr- und Transithandelsfinanzierung vorgenommenen Swapabschlüsse.







## 8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts\*)

in jeweiligen Preisen

Bis 1959 Bundesgebiet ohne Berlin

Position	1950	1955	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965 P)	1966 P)
<b>I. Entstehung des Bruttosozialprodukts</b>	Mrd DM										
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	10.2	14.5	16.5	16.9	17.7	17.9	18.0	19.3	20.5	20.1	20.1
Warenproduzierendes Gewerbe <sup>1)</sup>	48.5	95.8	120.4	131.7	158.1	174.7	189.9	199.0	218.9	237.7	248.8
Handel und Verkehr <sup>2)</sup>	19.4	35.2	46.2	50.3	58.5	63.4	69.7	73.9	80.6	87.5	92.8
Dienstleistungsbereiche <sup>3)</sup>	19.7	35.3	48.1	51.9	62.4	70.6	77.3	85.8	94.6	105.4	117.5
Brutto-Inlandsprodukt	97.8	180.8	231.2	250.8	296.6	326.6	354.9	378.0	414.6	450.7	479.2
Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland	+ 0.1	- 0.4	- 0.3	+ 0.2	+ 0.2	- 0.4	- 0.4	- 0.4	- 0.8	- 1.1	- 0.8
Bruttosozialprodukt	97.9	180.4	231.5	250.9	296.8	326.2	354.5	377.6	413.8	449.6	478.4
	vH des Brutto-Inlandsprodukts										
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	10.4	8.1	7.1	6.7	6.0	5.5	5.1	5.1	4.9	4.4	4.2
Warenproduzierendes Gewerbe <sup>1)</sup>	49.6	53.0	52.1	52.5	53.3	53.5	53.5	52.7	52.8	52.7	51.9
Handel und Verkehr <sup>2)</sup>	19.9	19.5	20.0	20.1	19.7	19.4	19.6	19.6	19.4	19.4	19.4
Dienstleistungsbereiche <sup>3)</sup>	20.2	19.5	20.8	20.7	21.0	21.6	21.8	22.7	22.8	23.4	24.5
Brutto-Inlandsprodukt	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
<b>II. Verwendung des Bruttosozialprodukts</b>	Mrd DM										
Privater Verbrauch	63.4	106.2	137.7	146.5	170.0	186.8	204.0	215.9	232.9	255.1	272.8
Staatsverbrauch											
Ziviler Aufwand	9.6	17.8	24.6	25.8	31.0	34.6	38.2	41.9	45.8	51.6	57.9
Verteidigungsaufwand <sup>4)</sup>	4.4	6.1	6.0	7.8	9.4	11.5	14.9	17.3	16.0	18.0	17.2
Staatsverbrauch insgesamt	14.0	23.8	30.6	33.5	40.4	46.1	53.1	59.2	61.7	69.6	75.1
Brutto-Investitionen											
Ausrüstungen	9.3	21.6	25.6	28.5	35.6	40.7	44.7	46.0	51.6	58.4	58.8
Bauten	8.9	19.1	24.8	29.5	35.0	40.1	45.5	49.4	57.6	60.7	63.9
Anlagen insgesamt	18.1	40.7	50.4	58.0	70.6	80.7	90.2	95.3	109.2	119.1	122.7
Vorratsveränderungen	+ 3.7	+ 5.6	+ 3.7	+ 4.2	+ 8.6	+ 5.9	+ 3.5	+ 2.1	+ 4.7	+ 6.6	+ 1.2
Brutto-Investitionen insgesamt	21.8	46.3	54.1	62.2	79.2	86.6	93.7	97.4	113.9	125.7	123.9
Außenbeitrag <sup>5)</sup>	- 1.3	+ 4.1	+ 9.1	+ 8.7	+ 7.2	+ 6.8	+ 3.7	+ 5.0	+ 5.3	- 0.8	+ 6.6
Bruttosozialprodukt	97.9	180.4	231.5	250.9	296.8	326.2	354.5	377.6	413.8	449.6	478.4

Quelle: Statistisches Bundesamt. — \*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Bergbau, Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. — 2) Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 3) Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Staat und sonstige Dienstleistungen. — 4) Bis 5. 5. 1955 Besatzungskosten. — 5) Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland, mit dem Währungsgebiet der DM-Ost und — bis 1959 — mit Berlin (West). — P) Vorläufig.

## 9. Masseneinkommen\*)

Bis 1960 (erster Wert) Bundesgebiet ohne Berlin

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter <sup>1)</sup>		Abzüge <sup>2)</sup>		Nettolöhne und -gehälter (1 - 2/3)		Beamtenpensionen netto <sup>3)</sup>		Sozialrenten und Unterstützungen		Masseneinkommen (5 + 7 + 9)	
	Mrd DM	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum vH
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1950	39.8	-	5.0	-	34.8	-	2.1	-	9.7	-	46.6	-
1951	48.4	+ 21.5	6.8	+ 34.9	41.6	+ 19.5	2.4	+ 15.0	10.8	+ 11.5	54.8	+ 17.7
1952	53.9	+ 11.4	7.9	+ 16.7	46.0	+ 10.5	3.0	+ 25.1	12.5	+ 15.7	61.5	+ 12.2
1953	59.4	+ 10.2	8.5	+ 7.3	50.9	+ 10.6	3.4	+ 11.2	13.6	+ 9.3	67.8	+ 10.4
1954	65.0	+ 9.4	9.1	+ 7.0	55.9	+ 9.8	3.7	+ 9.7	14.3	+ 4.8	73.8	+ 8.8
1955	73.9	+ 13.8	10.5	+ 15.6	63.4	+ 13.6	4.0	+ 7.4	16.2	+ 13.6	83.6	+ 13.3
1956	82.9	+ 12.1	12.1	+ 14.8	70.8	+ 11.6	4.3	+ 8.4	18.3	+ 12.9	93.4	+ 11.7
1957	89.7	+ 8.2	12.7	+ 5.2	77.0	+ 8.8	4.6	+ 7.4	23.1	+ 26.6	104.8	+ 12.2
1958	96.8	+ 7.9	14.4	+ 13.7	82.3	+ 6.9	5.0	+ 7.8	26.2	+ 13.4	113.6	+ 8.4
1959	103.9	+ 7.4	15.3	+ 6.1	88.6	+ 7.6	5.1	+ 1.5	27.3	+ 4.0	121.0	+ 6.5
1960	116.8	+ 12.5	18.5	+ 21.0	98.3	+ 11.0	5.4	+ 5.4	28.3	+ 3.5	131.9	+ 9.1
1960	124.2	-	19.6	-	104.6	-	5.9	-	30.8	-	141.3	-
1961	140.1	+ 12.8	23.0	+ 17.1	117.1	+ 12.0	6.6	+ 11.6	33.6	+ 9.1	157.3	+ 11.3
1962	155.2	+ 10.7	26.1	+ 13.6	129.0	+ 10.2	7.2	+ 9.8	36.7	+ 9.2	173.0	+ 9.9
1963	166.5	+ 7.3	28.7	+ 9.8	137.8	+ 6.8	7.9	+ 9.8	38.9	+ 5.8	184.6	+ 6.7
1964	183.4	+ 10.2	32.4	+ 13.0	151.0	+ 9.6	8.4	+ 6.2	43.0	+ 10.6	202.4	+ 9.6
1965 P)	202.7	+ 10.5	34.5	+ 6.6	168.2	+ 11.4	9.3	+ 10.7	48.3	+ 12.3	225.8	+ 11.5
1966 P)	217.5	+ 7.3	39.0	+ 12.9	178.5	+ 6.1	10.0	+ 7.1	52.9	+ 9.5	241.4	+ 6.9
1963 1. Vi.	37.5	+ 4.6	5.9	+ 10.7	31.6	+ 3.6	1.9	+ 10.6	10.3	+ 9.5	43.8	+ 5.2
2. "	42.0	+ 8.5	7.0	+ 8.5	35.0	+ 8.5	2.0	+ 10.6	9.5	+ 4.8	46.4	+ 7.8
3. "	42.8	+ 7.9	7.4	+ 8.8	35.4	+ 7.8	2.0	+ 9.2	9.4	+ 5.2	46.7	+ 7.3
4. "	44.3	+ 7.9	8.4	+ 11.1	35.9	+ 7.2	2.1	+ 9.0	9.7	+ 3.8	47.7	+ 6.6
1964 1. Vi.	42.0	+ 11.9	6.6	+ 11.6	35.3	+ 11.9	2.1	+ 8.5	10.6	+ 2.8	48.0	+ 9.6
2. "	45.5	+ 8.5	7.8	+ 11.2	37.8	+ 7.9	2.0	+ 4.1	10.5	+ 10.3	50.3	+ 8.2
3. "	46.3	+ 8.2	8.4	+ 13.3	37.9	+ 7.1	2.1	+ 4.6	10.7	+ 13.6	50.6	+ 8.3
4. "	49.7	+ 12.2	9.6	+ 15.1	40.0	+ 11.5	2.3	+ 7.8	11.3	+ 16.3	53.6	+ 12.3
1965 P) 1. Vi.	46.3	+ 10.3	7.0	+ 6.6	39.2	+ 11.0	2.3	+ 11.4	12.1	+ 14.0	53.6	+ 11.7
2. "	50.5	+ 11.0	8.0	+ 2.8	42.5	+ 12.7	2.3	+ 12.2	11.6	+ 10.7	56.4	+ 12.3
3. "	51.9	+ 12.2	9.3	+ 10.4	42.6	+ 12.6	2.3	+ 10.8	12.0	+ 12.9	57.0	+ 12.6
4. "	54.0	+ 8.7	10.2	+ 6.2	43.8	+ 9.3	2.4	+ 8.7	12.6	+ 11.8	58.8	+ 9.8
1966 P) 1. Vi.	50.6	+ 9.4	8.1	+ 14.4	42.5	+ 8.5	2.5	+ 7.5	13.4	+ 11.1	58.4	+ 9.0
2. "	54.3	+ 7.5	9.3	+ 16.8	45.0	+ 5.7	2.4	+ 5.5	12.8	+ 10.7	60.2	+ 6.7
3. "	55.6	+ 7.1	10.4	+ 11.9	45.2	+ 6.1	2.4	+ 6.1	13.1	+ 8.9	60.8	+ 6.7
4. "	57.0	+ 5.5	11.2	+ 9.9	45.7	+ 4.5	2.7	+ 9.1	13.5	+ 7.4	61.9	+ 5.3

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Ohne Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen und ohne freiwillige Sozialleistungen. — 2) Steuern und Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen einschl. freiwillig gezahlter Beiträge. — 3) Nach Abzug direkter Steuern. — P) Vorläufig.



## noch: IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse

## Kassa-Kurse in DM

Zeit	Oslo			Paris			Stockholm			Wien			Zürich		
	100 nkr			100 FF			100 skr			100 S			100 sfr		
	Parität: 56,00 DM			Parität: 81,0199 DM			Parität: 77,3214 DM			Parität: 15,3846 DM			Parität: 91,4742 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1967															
Jan. 2.	55,630	55,570	55,690	80,360	80,260	80,460	76,845	76,765	76,925	15,374	15,354	15,394	91,855	91,755	91,955
3.	55,625	55,565	55,685	80,340	80,240	80,440	76,875	76,795	76,955	15,378	15,358	15,398	91,890	91,790	91,990
4.	55,635	55,575	55,695	80,335	80,235	80,435	76,860	76,780	76,940	15,378	15,358	15,398	91,840	91,740	91,940
5.	55,635	55,575	55,695	80,410	80,310	80,510	76,895	76,815	76,975	15,382	15,362	15,402	91,880	91,780	91,980
6.	55,645	55,585	55,705	80,450	80,350	80,550	76,915	76,835	76,995	15,384	15,364	15,404	91,905	91,805	92,005
9.	55,640	55,580	55,700	80,440	80,340	80,540	76,910	76,830	76,990	15,387	15,367	15,407	91,890	91,790	91,990
10.	55,615	55,555	55,675	80,420	80,320	80,520	76,915	76,835	76,995	15,388	15,368	15,408	91,935	91,835	92,035
11.	55,625	55,565	55,685	80,410	80,310	80,510	76,905	76,825	76,985	15,388	15,368	15,408	91,925	91,825	92,025
12.	55,595	55,535	55,655	80,375	80,275	80,475	76,900	76,820	76,980	15,384	15,364	15,404	91,925	91,825	92,025
13.	55,590	55,530	55,650	80,370	80,270	80,470	76,925	76,845	77,005	15,380	15,360	15,400	91,900	91,800	92,000
16.	55,610	55,550	55,670	80,365	80,265	80,465	76,955	76,875	77,035	15,380	15,360	15,400	91,860	91,760	91,960
17.	55,590	55,530	55,650	80,345	80,245	80,445	76,890	76,810	76,970	15,375	15,355	15,395	91,855	91,755	91,955
18.	55,595	55,535	55,655	80,350	80,250	80,450	76,935	76,855	77,015	15,376	15,356	15,396	91,870	91,770	91,970
19.	55,600	55,540	55,660	80,355	80,255	80,455	76,945	76,865	77,025	15,378	15,358	15,398	91,870	91,770	91,970
20.	55,605	55,545	55,665	80,380	80,280	80,480	76,980	76,900	77,060	15,382	15,362	15,402	91,905	91,805	92,005
23.	55,600	55,540	55,660	80,370	80,270	80,470	76,960	76,880	77,040	15,378	15,358	15,398	91,890	91,790	91,990
24.	55,555	55,495	55,615	80,305	80,205	80,405	76,910	76,830	76,990	15,370	15,350	15,390	91,825	91,725	91,925
25.	55,570	55,510	55,630	80,320	80,220	80,420	76,910	76,830	76,990	15,364	15,344	15,384	91,825	91,725	91,925
26.	55,580	55,520	55,640	80,315	80,215	80,415	76,925	76,845	77,005	15,366	15,346	15,386	91,845	91,745	91,945
27.	55,575	55,515	55,635	80,305	80,205	80,405	76,955	76,875	77,035	15,367	15,347	15,387	91,735	91,635	91,835
30.	55,585	55,525	55,645	80,335	80,235	80,435	76,990	76,910	77,070	15,372	15,352	15,392	91,685	91,585	91,785
31.	55,590	55,530	55,650	80,280	80,180	80,380	76,960	76,880	77,040	15,365	15,345	15,385	91,640	91,540	91,740
Febr. 1.	55,570	55,510	55,630	80,265	80,165	80,365	76,940	76,860	77,020	15,365	15,345	15,385	91,690	91,590	91,790
2.	55,590	55,530	55,650	80,260	80,160	80,360	76,895	76,815	76,975	15,362	15,342	15,382	91,650	91,550	91,750
3.	55,555	55,495	55,615	80,290	80,190	80,390	76,870	76,790	76,950	15,358	15,338	15,378	91,640	91,540	91,740
6.	55,555	55,495	55,615	80,415	80,315	80,515	76,885	76,805	76,965	15,360	15,340	15,380	91,635	91,535	91,735
7.	55,555	55,495	55,615	80,410	80,310	80,510	76,920	76,840	77,000	15,359	15,339	15,379	91,680	91,580	91,780
8.	55,540	55,480	55,600	80,430	80,330	80,530	76,905	76,825	76,985	15,355	15,335	15,375	91,630	91,530	91,730
9.	55,540	55,480	55,600	80,430	80,330	80,530	76,900	76,820	76,980	15,359	15,339	15,379	91,640	91,540	91,740
10.	55,555	55,495	55,615	80,390	80,290	80,490	76,880	76,800	76,960	15,364	15,344	15,384	91,615	91,515	91,715
13.	55,540	55,480	55,600	80,340	80,240	80,440	76,905	76,825	76,985	15,360	15,340	15,380	91,620	91,520	91,720
14.	55,535	55,475	55,595	80,330	80,230	80,430	76,895	76,815	76,975	15,364	15,344	15,384	91,620	91,520	91,720
15.	55,525	55,465	55,585	80,280	80,180	80,380	76,900	76,820	76,980	15,360	15,340	15,380	91,585	91,485	91,685



Position	Zeit	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Bargeldumlauf</b> in Mrd DM	1964 zweimon. +) monatlich	25,91 25,82	26,02	26,32 26,51	26,14 26,14	26,72 26,80	26,63 26,63	27,09 26,90	27,30	27,32 27,25	27,38	27,67 27,62	27,72
	1965 zweimon. +) monatlich	28,41 28,31	28,52	28,87 28,57	29,17 29,17	29,32 29,25	29,40 29,40	29,53 29,63	29,43	29,65 29,57	29,74	29,69 29,61	29,76
	1966 zweimon. +) monatlich	30,22 30,21	30,22	30,53 30,16	30,90 30,90	30,59 30,59	30,59	30,97 31,10	30,82	31,17 31,26	31,08	30,81 30,71	30,90
<b>Arbeitslose</b> in 1 000	1964 zweimon. +) monatlich	170 187	152	169 160	178 178	178 179	177 177	172 173	170	167 166	167	151 145	158
	1965 zweimon. +) monatlich	152 159	145	143 142	144 144	143 145	141 141	140 140	139	134 134	134	138 136	139
	1966 zweimon. +) monatlich	133 149	118	117 100	135	152 148	156	177 170	183	215 201	229	269 247	291
<b>Index der industriellen Produktion</b>	1964 zweimon. monatlich	144 143	145	147 149	144 144	148 151	146 146	150 151	150	151 150	152	154 153	155
	1965 zweimon. monatlich	157 157	156	156 154	158 158	156 155	157	157 157	157	158 158	158	159 158	160
	1966 zweimon. monatlich	159 158	160	164 165	164	160 158	162	160 163	156	158 159	158	157P) 157P)	158P)
<b>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</b> 1958 = 100	1964 zweimon. monatlich	160 158	161	164 164	163 163	165 164	166 166	168 169	167	171 170	172	176 175	177
	1965 zweimon. monatlich	177 177	176	175 175	176 176	176 176	176	178 177	179	179 179	179	179 178	180
	1966 zweimon. monatlich	182 180	184	188 192	184	187 185	189	184 186	183	183 183	182	184P) 183P)	185P)
<b>Investitionsgüterindustrien</b> 1958 = 100	1964 zweimon. monatlich	147 145	149	150 155	146 146	154 157	152	155 155	155	154 153	156	160 159	160
	1965 zweimon. monatlich	163 163	163	164 161	167 167	163 162	165	164 164	164	165 165	164	163 161	165
	1966 zweimon. monatlich	162 162	162	169 166	171	164 162	167	163 168	156	160 160	160	155P) 156P)	154P)
<b>Verbrauchsgüterindustrien</b> 1958 = 100	1964 zweimon. monatlich	141 139	143	144 148	140 140	146 148	143	146 147	145	146 145	148	147 147	148
	1965 zweimon. monatlich	153 153	153	154 151	157 157	154 152	155	156 156	156	156 157	156	157 156	158
	1966 zweimon. monatlich	158 158	158	166 166	165	160 158	163	161 168	152	156 158	155	152P) 152P)	152P)
<b>Bauhauptgewerbe</b> 1958 = 100	1964 zweimon. monatlich	141 141	143	144 164	145	146 162	142	146 153	145	146 158	148	147 167	148
	1965 zweimon. monatlich	157 168	153	151 146	157 157	149 145	152	157 156	157	163 158	167	164 153	176
	1966 zweimon. monatlich	163 147	186	177 185	168	154 153	155	159 161	157	162 159	165	162P) 164P)	161 P)
<b>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</b> 1958 = 100	1964 zweimon. monatlich	126 127	125	127 131	122 122	128 134	123	129 129	128	128 127	129	130 127	132
	1965 zweimon. monatlich	133 133	133	132 130	134	130 129	132	131 131	132	134 134	133	136 137	135
	1966 zweimon. monatlich	134 131	137	136 136	137	138 135	140	135 136	135	137 138	136	133P) 133P)	133P)
<b>Bergbau</b> 1958 = 100	1964 zweimon. monatlich	105 105	105	105 104	106 106	104 104	105	106 106	106	106 106	106	103 102	105
	1965 zweimon. monatlich	104 104	103	103 102	103	105 106	104	103 103	103	103 102	103	100 100	100
	1966 zweimon. monatlich	103 104	101	100 99	101	99 100	98	97 98	97	97 98	95	94P) 92P)	94P)
<b>Energieversorgungsbetriebe</b> 1958 = 100	1964 zweimon. monatlich	157 156	157	160 161	160	165 164	166	173 172	175	173 173	173	165 165	166
	1965 zweimon. monatlich	169 168	170	172 170	174	175 175	175	174 175	173	175 175	176	181 183	179
	1966 zweimon. monatlich	175 180	169	180 176	185	178 176	181	178 183	173	190 191	189	187P) 188P)	187P)
<b>Investitionsgüter (warenweise zusammengefaßt)</b> einschl. Personenkraftwagen 1958 = 100	1964 zweimon. monatlich	144 143	145	146 152	141	149 153	144	149 149	149	147 145	149	151 152	151
	1965 zweimon. monatlich	156 156	157	155 155	160	153 153	156	155 155	155	157 157	157	155 155	159
	1966 zweimon. monatlich	157 157	157	166 164	167	158 156	161	157 164	151	152 151	153	149P) 151P)	146P)
<b>Investitionsgüter (warenweise zusammengefaßt)</b> ohne Personenkraftwagen 1958 = 100	1964 zweimon. monatlich	141 139	142	144 149	138	146 151	140	145 145	145	143 141	144	146 147	146
	1965 zweimon. monatlich	152 152	153	153 151	157	151 150	153	151 152	150	152 152	151	151 149	153
	1966 zweimon. monatlich	151 151	152	159 157	161	152 150	156	150 157	142	146 143	148	143P) 145P)	140P)
<b>Verbrauchsgüter (warenweise zusammengefaßt)</b> einschl. Personenkraftwagen 1958 = 100	1964 zweimon. monatlich	150 148	152	153 158	149	154 156	152	156 157	156	156 155	158	159 158	160
	1965 zweimon. monatlich	164 164	163	163 160	167	164 163	165	165 164	165	166 166	166	166 165	167
	1966 zweimon. monatlich	167 168	166	172 171	172	167 165	169	166 171	160	165 167	163	162P) 159P)	166P)
<b>Verbrauchsgüter (warenweise zusammengefaßt)</b> ohne Personenkraftwagen 1958 = 100	1964 zweimon. monatlich	144 142	146	149 153	144	150 152	147	151 151	150	151 150	153	153 153	153
	1965 zweimon. monatlich	159 159	159	156 156	162	159 159	161	161 161	161	162 162	161	161 161	163
	1966 zweimon. monatlich	163 164	162	169 168	169	163 161	166	163 170	153	160 162	158	159P) 155P)	164P)
<b>Baugenehmigungen, Veranschl. reine Baukosten</b> Alle Hochbauten in Mrd DM	1964 zweimon. +) monatlich	3,25 3,18	3,32	3,25 3,16	3,34	3,27 3,08	3,46	3,29 3,29	3,44	3,47 3,35	3,58	3,49 3,47	3,51
	1965 zweimon. +) monatlich	3,42 3,45	3,41	3,60 3,58	3,62	3,73 3,77	3,69	3,82 3,85	3,79	3,75 3,82	3,69	3,72 3,72	3,68
	1966 zweimon. +) monatlich	3,81 3,81	3,84	4,09 4,50	3,76	3,73 3,58	3,88	3,55 3,58	3,53	3,65 3,63	3,67	3,37 3,26	3,46
<b>Wohnbauten</b> in Mrd DM	1964 zweimon. +) monatlich	2,04 1,96	2,12	2,03 1,95	2,10	2,05 1,99	2,10	2,09 2,09	2,13	2,17 2,15	2,18	2,21 2,21	2,22
	1965 zweimon. +) monatlich	2,17 2,18	2,16	2,32 2,31	2,33	2,39 2,39	2,40	2,41 2,41	2,41	2,39 2,39	2,39	2,41 2,41	2,44
	1966 zweimon. +) monatlich	2,40 2,42	2,39	2,61 2,89	2,39	2,42 2,34	2,51	2,29 2,27	2,31	2,32 2,31	2,33	2,18 2,15	2,20

+ ) Durchschnitt. — P ) Vorläufig.

Position	Zeit	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<i>Nichtwohnbauten</i> in Mrd DM	1964 zweimon. +) monatlich	1,20	1,20	1,21	1,23	1,10	1,23	1,21	1,25	1,21	1,31	1,26	1,30
	1965 zweimon. +) monatlich	1,25	1,26	1,27	1,27	1,39	1,34	1,44	1,41	1,44	1,36	1,31	1,29
	1966 zweimon. +) monatlich	1,35	1,41	1,50	1,47	1,24	1,31	1,32	1,28	1,32	1,33	1,12	1,27
<b>Baugenehmigungen, cbm umbauter Raum</b> <i>Alle Hochbauten</i> Baufertigstellungen 1954 = 100	1964 zweimon. monatlich	162	164	158	158	148	161	165	171	171	175	177	172
	1965 zweimon. monatlich	160	159	158	165	177	170	180	177	177	173	173	176
	1966 zweimon. monatlich	168	170	174	176	156	161	162	161	160	160	141	165
<i>Wohnbauten</i> Baufertigstellungen 1954 = 100	1964 zweimon. monatlich	143	143	140	144	138	141	142	148	152	149	151	146
	1965 zweimon. monatlich	144	144	147	151	158	154	160	158	155	153	149	155
	1966 zweimon. monatlich	147	151	150	159	147	148	138	141	140	141	131	138
<i>Nichtwohnbauten</i> Baufertigstellungen 1954 = 100	1964 zweimon. monatlich	196	205	192	191	168	198	211	221	220	230	228	223
	1965 zweimon. monatlich	190	183	184	191	216	203	222	216	227	213	214	219
	1966 zweimon. monatlich	206	205	204	208	169	186	207	198	195	200	169	200
<b>Auftragseingang bei der Industrie</b> <i>Gesamte Industrie</i> Umsatz 1954 = 100	1964 zweimon. monatlich	242	245	232	242	233	244	253	248	246	248	251	256
	1965 zweimon. monatlich	254	254	268	262	269	264	256	260	266	264	268	269
	1966 zweimon. monatlich	265	263	265	274	278	273	251	260	259	255	249	252P)
<i>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</i> Umsatz 1954 = 100	1964 zweimon. monatlich	218	221	212	220	212	217	229	224	223	225	224	227
	1965 zweimon. monatlich	222	221	230	225	233	231	225	230	232	229	230	233
	1966 zweimon. monatlich	235	232	230	235	244	238	230	237	231	228	237	235P)
<i>Investitionsgüterindustrien</i> Umsatz 1954 = 100	1964 zweimon. monatlich	293	304	285	299	291	306	312	307	308	308	314	324
	1965 zweimon. monatlich	324	326	343	337	343	336	324	328	335	333	339	339
	1966 zweimon. monatlich	322	326	359	346	362	355	312	323	329	322	306	311P)
<i>Verbrauchsgüterindustrien</i> Umsatz 1954 = 100	1964 zweimon. monatlich	191	191	181	190	178	188	199	196	188	193	195	196
	1965 zweimon. monatlich	193	200	211	205	211	206	200	204	214	209	213	215
	1966 zweimon. monatlich	221	212	236	221	203	201	191	201	199	193	182	183P)
<i>Gesamte Industrie aus dem Inland</i> Umsatz 1954 = 100	1964 zweimon. monatlich	225	228	218	228	220	230	242	236	231	233	235	240
	1965 zweimon. monatlich	239	239	251	246	253	248	239	244	251	248	251	250
	1966 zweimon. monatlich	243	243	269	254	253	248	231	237	237	231	218	220P)
<i>Investitionsgüterindustrien aus dem Inland</i> Umsatz 1954 = 100	1964 zweimon. monatlich	272	286	272	284	279	293	300	293	291	290	294	308
	1965 zweimon. monatlich	313	314	328	325	330	322	312	316	320	320	325	318
	1966 zweimon. monatlich	298	304	336	326	331	324	290	292	298	283	265	271P)
<i>Gesamte Industrie aus dem Ausland</i> Umsatz 1954 = 100	1964 zweimon. monatlich	320	322	293	311	296	308	304	305	320	320	322	324
	1965 zweimon. monatlich	318	322	348	335	342	338	336	339	343	337	339	350
	1966 zweimon. monatlich	365	355	387	375	400	395	350	380	381	385	392	389P)
<i>Einzelhandelsumsätze Gesamt</i> 1962 = 100	1964 zweimon. monatlich	108	109	108	107	108	110	112	111	114	116	112	115
	1965 zweimon. monatlich	115	116	119	119	120	121	123	124	128	127	130	129
	1966 zweimon. monatlich	128	130	133	132	134	134	132	135	136	130	124	125P)
<i>Nahrungs- u. Genussmittel</i> 1962 = 100	1964 zweimon. monatlich	107	109	107	105	108	108	109	110	110	112	109	112
	1965 zweimon. monatlich	111	111	114	116	116	117	120	119	123	122	123	124
	1966 zweimon. monatlich	123	123	124	127	132	131	129	130	138	130	131	127P)
<b>Außenwirtschaft</b> <i>Einfuhr gesamt</i> in Mrd DM	1964 zweimon. +) monatlich	4,50	4,53	4,40	4,65	4,29	4,59	5,08	5,02	5,03	5,17	5,35	5,41
	1965 zweimon. +) monatlich	5,47	5,46	5,56	5,54	5,82	5,83	5,82	5,93	6,14	6,13	6,19	6,21
	1966 zweimon. +) monatlich	5,91	6,01	6,21	6,04	6,07	6,07	5,70	6,01	5,91	6,09	5,97	5,95
<i>Ausfuhr gesamt</i> in Mrd DM	1964 zweimon. +) monatlich	5,26	5,35	5,00	5,34	4,96	5,27	5,30	5,25	5,39	5,48	5,43	5,50
	1965 zweimon. +) monatlich	5,68	5,68	5,95	5,78	5,96	5,91	5,93	5,94	6,01	5,95	6,10	6,21
	1966 zweimon. +) monatlich	6,13	6,18	6,35	6,32	6,51	6,71	6,44	6,91	7,04	6,87	6,74	6,93
<i>Einfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft</i> in Mrd DM	1964 zweimon. +) monatlich	3,32	3,38	3,30	3,51	3,19	3,42	3,85	3,75	3,79	3,92	4,07	4,23
	1965 zweimon. +) monatlich	4,25	4,25	4,30	4,26	4,46	4,43	4,35	4,42	4,55	4,54	4,59	4,60
	1966 zweimon. +) monatlich	4,47	4,54	4,66	4,50	4,60	4,63	4,28	4,52	4,42	4,61	4,46	4,47

+ ) Durchschnitt. — P) Vorläufig.